

**Heft 182**

Ausgabe 1 | 2011

ISSN 0170-461

K 53 61

5,00 Euro



spow

# Politik und Ökonomie des Internets

Hans Peter Bull  
Regulierung des Internets  
mit den Instrumenten des Datenschutzes?

Andreas Hetzer  
Mehr Demokratie durch das Internet?

Stefan Meretz  
Commons-basierte Peer-Produktion

Interview mit Ingrid El Masry  
Bürgerliche Revolution mit akzentuiertem  
sozialem Gehalt

## Kurzum | von Thomas Westphal

Richard Sennett verdanken wir die Erkenntnis, dass „das übermäßige Interesse an Personen“ uns glauben macht, „Gemeinschaft sei das Produkt gegenseitiger Selbstentblößung!“. Aber liegt Sennett damit richtig? Ist es nicht in der Tat so, dass das Schicksal öffentlicher Menschen, von Lady Di über Take That bis Robert Enke oder jüngst Monica Lierhaus die Menschen in der Gemeinschaft zusammen geführt hat? Ist nicht der alte „Respekt der Privatheit“ durch eine neue „Fähigkeit der Gefühlsmittelung und Teilnahme“ abgelöst worden? Ist die Fähigkeit zur öffentlichen Trauer und Zuwendung nicht sozialer Fortschritt? Ist die intime Gesellschaft, die alle Grenzen verliert und in der die Menschen auf der Basis ihrer Gefühlsregungen öffentliche Angelegenheiten betreiben, nicht die eigentliche Form von Demokratie, weil sie authentisch ist? Lassen sich am Ende nur in dieser Form der Welt intimer, echter Empfindungen anonyme Institutionen, Fabriken und Verwaltungen überwinden? Nun es gibt einen Haken in dieser schönen, neuen, coolen Gefühlsgesellschaft: Sie mobilisiert keine Lösungen, nur Verwirrung!

**Kurzum:** Sennett hat recht, wir erleben die Tyrannei der Intimität.

Warum dieses Thema? Was soll der anrührende Auftritt einer ehemaligen Sportschau-Moderatorin mit Politik zu tun haben? Der neu entflammte Intimitätskult ist nicht einfach nur eine Laune des Medien-Systems oder eine nebensächliche Geschmacksfrage, darüber was man noch erträgt oder eben nicht mehr erträgt. Es ist ein erhebliches, grundsätzliches Thema unserer modernen Gesellschaft. Drei Momente sind dafür relevant:

1. Die permanente, gegenseitige Selbstentblößung aller mentaler Innereien führt nicht zur Förderung sondern zur Deformation der Persönlichkeitsbildung.



↳ Thomas Westphal ist Diplom-Volkswirt, spw- Mitherausgeber und lebt in Weinheim.

Foto: privat

Die Kette neuer Probleme mit Kindern aus sogenannten partnerschaftlichen Eltern-Kind-Beziehungen sprechen Bände darüber.

2. Der Diskurs der gesellschaftlichen Wärme durch Nähe und offene Intimität erzeugt eine naives Verständnis von Macht, Interessen und Herrschaftsinszenierung. So wird die Demokratie anfällig für Vereinfacher und Verführer.

**Kurzum:** Die Tyrannei der Intimität schwächt die Zivilgesellschaft und ihre moralische Urteilskraft.

Der **dritte** Moment ist nicht zu unterschätzen: Wir beurteilen Handelnde nicht mehr nach ihren Handlungen, sondern danach wie wir uns dabei fühlen. Damit ist der Damm gebrochen. Nun ist es ein Leichtes, die wirklichen Ziele jeder Machtausübung hinter dem Schleier der authentischen Persönlichkeit zu verstecken. Demokratie, Politik und Gesellschaft werden inhaltlich entkernt. Sie sinken herab zur Miss-Wahl der Sympathien. Hören wir noch einmal Richard Sennett: „Das Überhandnehmen einer persönlichkeitsorientierten Politik ist unzivilisiert, weil sie die Menschen davon ablenkt, sich Gedanken darüber zu machen, was sie in der Gesellschaft gewinnen oder verändern wollen.“

**Kurzum:** Wer die Tyrannei der Intimität sät, wird Politiker im Star-System zwischen Bambi und Goldene Kamera ernten. ■

## ■ Meinung

Die tunesische Lokomotive | Christina Ujma ..... 4

Bürgerliche Revolution mit akzentuiertem sozialem Gehalt  
| Interview mit Ingrid El Masry über die Proteste in Ägypten ..... 5

Vergesst Cancún  
Es ist Zeit für einen Strategiewechsel in der Klimapolitik  
| Karl-Martin Hentschel ..... 8

## Debatte:

Steuerfinanzierung in der Gesetzlichen Krankenversicherung  
– Pro & Contra | Florian Blank, Simone Leiber und Claus Schäfer ..... 12

## ■ ■ Im Fokus: Politik und Ökonomie des Internets

Einleitung zum Schwerpunkt  
| Björn Böhning, Kai Burmeister, Tim Rohardt, Thilo Scholle und Stefan Stache ..... 16

Regulierung des Internets mit den Instrumenten des Datenschutzes?  
| Hans Peter Bull ..... 21

Commons-basierte Peer-Produktion | Stefan Meretz ..... 27

Mehr Demokratie durch das Internet? | Andreas Hetzer ..... 32

Die digitale Gesellschaft sozial und demokratisch gestalten.  
| Lars Klingbeil und Björn Böhning ..... 40

## ■ ■ ■ Magazin

Kinderspiel Kapitalismus:  
Kapitalismus im Spiel | Gesa Rünker ..... 43

Stichwort zur Wirtschaftspolitik:  
Wirtschaftspolitische Koordinierung in der EU | Arne Heise ..... 44

Rot-Grün-Rot und die Außenpolitik | Ulrich Cremer ..... 46

Affirmative Action – Heilsbringer für die deutsche Integrationspolitik?  
| Daniela Kolbe und Daniela Kaya ..... 52

Am Ausgangspunkt von Stamokap – 40 Jahre Hamburger Strategiepapier | Thilo Scholle und Jan Schwarz ..... 57

Mehr Demokratie von unten wagen: Ein sozialdemokratisches Projekt?  
| Ralf Höschele und Bettina Schulze ..... 61

Hat Europa seine Zukunft hinter sich? | Bertram Sauer ..... 63

Rezension: Euro-Dämmerung? | Klaus Dräger ..... 65

## ■ ■ ■ ■ Personen & Positionen

Meldungen: LINKSREFORMISMUS – Neuer Rahmen für eine breite Debatte, Jahrestagung des Forums Neue Politik der Arbeit am 11. und 12. März in Berlin, Tagung „Das Programm der LINKEN. in der Diskussion“ am 19. März in Köln, Petition Verwaltungsverfahrenrecht ..... 67

Fünf Fragen an...Sonja Riedemann ..... 69

## □ Impressum:

spw – Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft

### HerausgeberInnen:

Niels Annen (Hamburg)  
Jutta Blankau (Hamburg)  
Klaus Dörre (Jena)  
Iris Gleicke (Schleusingen)  
Michael Guggemos (Frankfurt am Main)  
Michael R. Krätke (Lancaster)  
Uwe Kremer (Dortmund)  
Detlev von Larcher (Weyhe)  
Benjamin Mikfeld (Berlin)  
Susi Möbbeck (Magdeburg)  
Andrea Nahles (Weiler)  
Horst Peter (Kassel)  
Florian Pronold (Deggendorf)  
René Röspel (Hagen)  
Ernst-Dieter Rossmann (Elmshorn)  
Sigrid Skarpelis-Sperk (Bonn)  
Thomas Westphal (Weinheim)

### Redaktion:

Thorben Albrecht  
Claudia Bogedan  
Björn Böhning  
Cordula Drautz  
Sebastian Jobelius  
Oliver Kaczmarek  
Bettina Kohlrausch  
Lars Neumann  
Dorothea Steffen  
Thilo Scholle  
Till van Treeck  
Christina Ujma

### Chefredaktion und V.i.S.d.P.:

Stefan Stache  
Telefon 0177-525 04 98  
redaktion@spw.de

### Abo-/Verlagsadresse:

spw-Verlag / Redaktion GmbH  
Postfach 12 03 33, 44 293 Dortmund  
Telefon 0231-2 02 00 11  
Telefax 0231-2 02 00 24  
spw-verlag@spw.de, www.spw.de

### Berliner Büro:

Müllerstraße 163, 13353 Berlin

### Geschäftsführung:

Robin Baranski  
Hans-Joachim Olczyk  
Eckhart Seidel

### Konto des Verlages:

Postbank Dortmund  
Kto. Nr. 32 44 34 68, BLZ 440 100 46

Die spw erscheint mit sechs Heften im Jahr.  
Jahresabonnement Euro 39,-  
(bei Bankeinzug Euro 37,-)  
Auslandsabonnement Euro 42,-  
Abbestellungen mit einer Frist von drei Monaten zum Jahresende.  
Postvertriebsstück, keine Nachsendung.  
Anschriftänderung ist dem Verlag mitzuteilen.  
ISSN 0170-461-K 5361  
© spw-Verlag/Redaktion GmbH 2010.  
Alle Rechte vorbehalten.

### Titelfoto:

www.Fotolia.com © pn\_photo

Gestaltung und Druck:  
Druckerei Uwe Nolte, Iserlohn  
1-3. Tausend, Februar 2011

## Die tunesische Lokomotive

Impuls für einen neuen Internationalismus?

von Christina Ujma



↳ Dr. phil. Christina Ujma ist Wissenschaftlerin und Publizistin und lebt in Berlin.

Foto: privat

Wenn Revolutionen die Lokomotiven der Geschichte sind, wie Karl Marx sagte, dann gilt das für die tunesische Revolution besonders, denn die dient als Beispiel für den Rest der arabischen Welt. Anders als die realexistierenden Lokomotiven Tunesiens, die oft noch aus der Kolonialzeit stammen, war die revolutionäre Lokomotive ein Hightechmodell; einer erstaunten westlichen Öffentlichkeit führten die Tunesier vor, wie man mit Internet, Facebook und Handys erfolgreich einen Umsturz organisiert. Dabei waren sie auf sich allein gestellt, denn westliche Unterstützung bekam immer nur der korrupte Diktator Ben Ali, dessen Staatspartei bis vor wenigen Wochen noch Mitglied der sozialistischen Internationale war. Geholfen beim schnellen Erfolg hat sicherlich die Tatsache, dass Tunesien, abgesehen von schönen Stränden, wenig hat, was der Westen dringend braucht, weder Erdöl, noch einen Suezkanal, was die Einmischung in Grenzen hielt.

Die tunesische Revolution verlief relativ stringent, weil es das Land geschafft hat, sowohl eine Zivilgesellschaft zu entwickeln als auch eine ständig von Repressionen bedrohte oppositionelle politische Szene notdürftig am Leben zu erhalten. Die Demonstrationen waren neben vielen jungen Leuten vor allem

durch Gewerkschaften sowie Intellektuelle und SchriftstellerInnen geprägt, einer Zusammensetzung, wie sie hiesigen Linken vertraut sein müsste. Aber statt linker europäischer Solidarität gab es eher Befremden und Befürchtungen. Dabei ist Tunesien ganz nah an Europa, nicht nur weil es fast in Sichtweite von Sizilien liegt und Tunis eher Marseille als Kairo ähnelt. Tunesien hat bereits 1995 mit der EU ein Assoziierungsabkommen geschlossen, in dessen Rahmen es seit 1996 zur schrittweisen Öffnung des Marktes und Subventionsabbau gekommen ist. Der große staatliche Sektor wurde seitdem privatisiert, wobei, wie in solchen Transformationsprozessen üblich, sich die herrschenden Familien viel vom Staatseigentum aneigneten. Auch wenn die EU zur Einhaltung der Menschenrechte aufforderte, stand die Öffnung der Märkte im Vordergrund. Die Freizügigkeit gibt es nur im Warenverkehr, nicht für die vielen gutausgebildeten TunesierInnen. All diese Faktoren waren zusammen mit der Wut über die steigenden Lebensmittelpreise und die Korruption Auslöser der Revolution.

Dabei hat die tunesische Revolution das Maghreb-Bild von linken wie rechten Europäern gründlich auf den Kopf gestellt. Dass nun die tunesischen Revolutionäre den ägyptischen KollegInnen übers Internet Ratschläge für den Freiheitskampf geben und dass das tunesische Modell nicht nur in protestfreudigen Ländern wie Ägypten und Algerien, sondern selbst in Syrien und Sudan Nachahmer findet, ist wohl die größte Überraschung. Es zeigt auch, dass Internationalismus den progressiven Kräften meist recht gut bekommt. Die Entwicklung eines neuen Internationalismus, der über den Tellerrand des Nationalstaats wie der EU hinaus schaut, könnte auch den hiesigen Linken aus der Defensive helfen, sich vielleicht nicht als Lokomotive, aber zumindest als Antrieb für die Entwicklung globaler Politikwürfe erweisen. ■

## Bürgerliche Revolution mit akzentuiertem sozialem Gehalt

Interview mit Ingrid El Masry über die Proteste in Ägypten



☞ Dr. Ingrid El Masry ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Centrum für Nah- und Mitteloststudien und am Institut für Politikwissenschaft der Phillips-Universität Marburg. Ihre Arbeitsschwerpunkte liegen in der Politik, Soziologie und Ökonomie sozialen Wandels in der arabischen Region, darunter insbesondere Nordafrikas.

Foto: privat

**spw:** Seit Anwar al Sadat 1981 von islamistischen Offizieren ermordet wurde hat Husni Mubarak Ägypten beherrscht. Wie frei waren die Präsidenten- und Parlamentswahlen, die seine Herrschaft legitimierten?

» E.M.: Seit der Einführung eines Mehrparteiensystems durch Mubaraks Vorgänger Anwar as-Sadat im Jahre 1977 haben Parlamentswahlen noch nie zur Abwahl der von Sadat seinerzeit zur Legitimation seiner Herrschaft gegründeten „National-Demokratischen Partei“ (NDP), deren Vorsitz später Mubarak übernahm, geführt. Auch wurden ägyptische Präsidenten bisher noch nie aus ihrem Amt gewählt. Mubarak selbst erfüllt mit dem Zugeständnis, bei den für den 11. September (!) 2011 angesetzten Präsidentschaftswahlen nicht wieder kandidieren zu wollen, die Forderung einer seit 2004 laufenden breiten Protestbewegung. Der Abgang der Person würde freilich noch nicht das Ende der Dominanz der regierenden NDP bedeuten, die strukturell bedingt ist: Hier greifen ein restriktives Parteiengesetz, das die Etablierung und Profilierung oppositioneller Parteien wirkungsvoll verhindert, schier unglaubliche, mehr oder minder massive Wahlmanipulationen, angefangen von der Fälschung von Wählerlisten und Stimmzetteln über die kurzfristige Verhaftung potentiell erfolgreicher Oppositionskandidaten bis hin zum Einsatz staatlich bezahlter Kleinkrimineller, der so genannten „Baltagiya“, welche auch mit Mitteln brutaler Gewalt WählerInnen einschüchtern oder an der Stimmabgabe hindern, ineinander.

Im Ergebnis hat die regierende NDP es bisher immer geschafft, sich mindestens eine Zweidrittel-Mehrheit im Parlament und damit auch in allen anderen wichtigen Entscheidungsgremien des Staatsapparates zu verschaffen. Auf dieser Grundlage kann der amtierende Präsident, der zugleich Vorsitzender der Regierungspartei ist, quasi autokratisch regieren, und seinen Untertanen sogar eine gewisse Presse- und Demonstrationsfreiheit erlauben.

Parlaments- und Präsidentschaftswahlen waren in Ägypten immer nur so frei, dass sie das Herrschaftsmonopol der regierenden NDP nicht gefährden konnten. Sie werden im Grunde nur abgehalten, um die Regierungspartei und den Präsidenten im Amt zu bestätigen, und, je nach aktuellen Opportunitätserwägungen, oppositionelle Kräfte in strikt kontrolliertem Umfang zu integrieren. Entsprechend niedrig ist die Wahlbeteiligung, die nur sehr grob auf 10-40 Prozent geschätzt werden kann, Stimmenkauf ist weit verbreitet (die Preise liegen bei ca. 3 Euro), die Opposition schwankt permanent zwischen totalem Wahlboykott oder Partizipation.

Doch auch in einem derart durchdachten System der Wahlmanipulation passieren Pannen: Bei den vergleichsweise freien Parlamentswahlen 2005 gewann die islamische Opposition 20 Prozent der Sitze; das Regime reagierte darauf im Vorfeld der letzten Parlamentswahlen im November 2010 effizient:

Die NDP gewann wieder 95 Prozent der Sitze, die säkulare Opposition kam auf 3 Prozent, die unabhängige islamische Opposition auf 2 Prozent der Sitze. Von einer Legitimation der Herrschaft Mubaraks durch Wahlen kann vor diesem hier nur knapp skizzierbaren Hintergrund nicht gesprochen werden.

**spw:** Was sind die wichtigsten Oppositionsparteien und wie sind diese politisch einzuordnen?

» **E.M.:** Die Zulassung und Profilierung oppositioneller Parteien ist ungeachtet der offiziellen Einführung eines Mehrparteiensystems wirkungsvoll eingeschränkt: Ein restriktives Parteiengesetz verlangt, dass neu zu gründende Parteien sich in ihrem Profil qualitativ von der regierenden NDP, die beansprucht, als Volkspartei die Interessen aller gesellschaftlichen Schichten und Gruppen zu vertreten, unterscheiden. Der Ausschuss zur Bewilligung von Gründungsanträgen ist durch die regierende NDP dominiert.

Auf dieser Basis existieren nur wenige zugelassene Oppositionsparteien. Die „Neue Wafd-Partei“, hervorgegangen aus der zu Beginn des 20. Jahrhunderts mächtigen, aber kolonial diskreditierten Wafd-Partei, vertritt einen liberal-konservativen Kurs, die „al-Ghad-Partei“ bildet eine Abspaltung derselben und die National-Progressiv Unionistische Sammlungs-Partei (Tagammu), hervorgegangen aus dem linken Flügel der früheren Einheitspartei „Arabische Sozialistische Union“ (ASU) steht für eine diffus-sozialistische Orientierung, die sich dem in den vergangenen Jahren forcierten neoliberalen Privatisierungs- und Umstrukturierungsprogramm widersetzt. Der Einfluss der säkularen Parteien ist aufgrund ihrer systematischen Benachteiligung im öffentlichen Leben (mangelnder Zugang zu Medien, vielfältige politische Schikanen) sowie innerer Organisations- und Mobilisierungsschwächen gering.

**spw:** Bei der tunesischen Revolution waren Frauen und Oppositions-Aktivistinnen in vorderster Linie beteiligt, wie sieht das in Ägypten aus?

» **E.M.:** Auch in Ägypten waren Frauen aller gesellschaftlichen Schichten und Altersgruppen gewichtig in die Protestbewegung involviert. Weibliche Aktivistinnen finden wir aber nicht nur wortgewaltig bei den aktuellen Demonstrationen in ganz Ägypten, sondern auch massiv vertreten in der seit zehn Jahren blühenden, verborgenen Zivilgesellschaft der Sozial-, Bürger-, Menschen- und Frauenrechtsnetzwerke. Wen kann das wundern: Frauen spüren als erste, dass Demokratie und Frauenrechte untrennbar verbunden sind. Die Frauen in der Region sind es leid, von oberflächlichen westlichen BeobachterInnen als unterwürfige Wesen betrachtet zu werden. Sie haben begonnen, ihre Partizipation fotografisch fest zu halten und auf Facebook und anderen Netzwerken zu dokumentieren.

**spw:** In Tunesien haben die Gewerkschaften eine wichtige Rolle beim Umsturz gespielt. Wo stehen die ägyptischen Gewerkschaften? Ist von der früheren Militanz und Stärke der Arbeiterbewegung noch etwas übrig?

» **E.M.:** Hier müssen wir differenzieren zwischen Gewerkschaften und Arbeiterbewegung. Anders als die tunesische „UGTT“ wurde der „Ägyptische Allgemeine Gewerkschaftsverband“ (Egyptian Trade Union Federation - ETUF) über die Jahre vom Regime integriert, korrumpiert und zugleich unterdrückt, sodass er die ArbeiterInnen nicht repräsentiert und ihren Interessen zuwider agiert. Die historisch militante ägyptische Arbeiterbewegung erwies sich freilich als nicht zählbar. Seit der Forcierung des wirtschaftlichen Strukturanpassungsprogramms unter der Regierung Nazif und starkem Engagement von Gamal Mubarak er-

lebt das Land seit fünf Jahren nicht nur den Ausverkauf seines nationalen Industrie- und Bankensystems, und damit der historischen Symbole seiner nationalen Unabhängigkeit auf Kosten der ArbeiterInnen, sondern auch eine Streikwelle, die nur mit der antikolonialen Widerstandsbewegung vergleichbar ist. Die Hunderttausende von Menschen integrierenden Streikwellen haben maßgeblich zur Etablierung und Profilierung einer Protestkultur beigetragen, die alle gesellschaftlichen Schichten und Altersgruppen geschlechtsübergreifend in ihrem Bewusstsein für bürgerliche und soziale Rechte revolutioniert hat. Im Ergebnis dieser Revolution hat sich am 30. Januar 2011 auch eine neue unabhängige Gewerkschaft gegründet (Federation of Egyptian Trade Unions - FETU), welche die aktuellen Proteste nicht nur durch den Aufruf zum Generalstreik unterstützt hat, sondern in ihrer Gründungserklärung auch bereits einen substantiellen Forderungskatalog formuliert.

**spw:** Die revolutionären Unruhen in Ägypten haben den Westen, der Mubarak gern als Bollwerk gegen den Islamismus unterstützte, nervös gemacht. Wie stark sind die Islamisten und wie sind die Muslimbrüder politisch einzuschätzen?

» **E.M.:** Richtig, diese über Jahrzehnte hinweg erfolgreiche Strategie des ägyptischen und anderer arabischer Regime (Muslimbrüder= Islamisten = Iran) ist angesichts der Breite der aktuellen Revolte erodiert. Die islamische Opposition in Gestalt der Muslimbruderschaft hat keinen Parteienstatus und kann diesen unter den Bedingungen des gegenwärtigen Parteiengesetzes aufgrund ihres Bezuges auf islamische Normen und Werte auch nicht erlangen. Die Muslimbruderschaft ist aber hervorragend organisiert, volksnah, realpolitisch orientiert und nicht mit „islamistisch“ etwa im Sinne des iranischen Regimes zu verwechseln. Sie spielt keine tragende Rolle in den aktuellen

Protesten, die als bürgerliche Revolution mit akzentuiertem sozialem Gehalt begriffen werden müssen, könnte bei freien Wahlen aber durchaus 20-30 Prozent der Stimmen gewinnen, solange die säkularen Parteien keine Chance zur freien Entfaltung erhalten.

**spw:** Welche Bedeutung schreiben Sie den altlinken Intellektuellen wie der Schriftstellerin Nawal as-Sadawi bei den Protesten zu?

» **E.M.:** Die nunmehr achtzigjährige Nawal as-Sadawi hat sich „vorgenommen, lange zu leben“, und das ist gut so. Die bekannte ägyptische Feministin tummelt sich agil wie wir sie kennen inmitten der DemonstrantInnen auf dem Tahrir-Platz. Sie hat sich auch über die vergangenen Jahrzehnte hinweg systematisch in den sozialen Netzwerken wie Facebook u.a. engagiert, 1995 sogar erneut für die Präsidentschaftswahlen in Ägypten kandidiert, ihre Kandidatur aber wegen der Manipulationsstrategien des Regimes zurückgezogen. Für sie wie für andere säkular orientierte und sozial engagierte überzeugte Alt-DemokratInnen geht in Ägypten gerade ein Lebenstraum in Erfüllung. Die altlinken Intellektuellen haben die aktuellen Ereignisse nicht maßgeblich initiiert oder gesteuert, aber sie haben seit Jahrzehnten subversiv den Samen gestreut, der jetzt in der Revolutionierung des Bewusstseins der jungen Aktivistinnen, Männer wie Frauen, aufgeht. ■

☞ Das Interview führte Christina Ujma.

## Vergesst Cancún Es ist Zeit für einen Strategiewechsel in der Klimapolitik

von Karl-Martin Hentschel

**Hören wir auf zu träumen! Die Klimakonferenz in Cancún hat im vergangenen Monat zwar die Scherben von Kopenhagen zusammengekratzt. Mehr aber war nicht möglich. Ein Klimaabkommen, das die Erwärmung des Klimas auf maximal zwei Grad oder gar 1,5 Grad sichert, steht weiter in den Sternen. Deshalb brauchen wir eine neue Strategie und sie liegt auf der Hand. Deutschland kann dabei eine Schlüsselfunktion einnehmen und davon sogar profitieren.**

Die Weltklimakonferenz in Kopenhagen war erbärmlich gescheitert. Nun sammelten sich erneut tausende Klimareisende aus Politik, Wissenschaft, Verbänden und Medien in Cancún, einem Badeort am Golf von Mexiko. Als Erfolg gefeiert wurde, dass überhaupt ein gemeinsames Dokument zu Stande kam. Es enthält lediglich drei wichtige neue Punkte: Es soll einen Fonds zur Rettung der Regenwälder geben. Es soll eine Unterstützung der armen Länder bei der Anpassung an die Klimaveränderung um jährlich 100 Milliarden Dollar geben. Und es wurde eine internationale Überprüfung der Klimapolitik der Länder vereinbart. Zweifellos wichtige Punkte. Aber keine dieser Vereinbarungen ist finanziert. Und keine ist völkerrechtlich verbindlich.

Denn die Wahrheit ist auch: Es wird in absehbarer Zeit kein verbindliches Abkommen geben. Die USA wird keinem Abkommen zustimmen, weil der Beitritt zu einem internationalen Abkommen in den USA durch eine Zweidrittelmehrheit im Senat gebilligt werden muss und die ist nicht abzusehen. Selbst



⇨ Karl-Martin Hentschel, geb. 1950, war 14 Jahre lang Abgeordneter und 8 Jahre Fraktionsvorsitzender der Grünen im Landtag Schleswig-Holstein.

Der studierte Mathematiker hat hat zahlreiche Artikel u.a. über Erneuerbare Energien, Ökosteuern, das skandinavische Steuer- und Kommunalsystem und die schleswig-holsteinische Gemeinschaftsschule veröffentlicht.

Foto: privat

eine einfache Erklärung (ein „agreement“) des Kongresses, dass Amerika sich an den Vertrag halten wird, ist nach der für Obama verlorenen Nachwahl nicht mehr drin. Und ohne die USA werden China und Indien nicht mitmachen.

### Es gibt Hoffnung

Ist also alles verloren? Ich denke: Keineswegs! Es gibt sogar gute Gründe für Optimismus. Diese zunächst verblüffende Feststellung beruht auf überraschenden Entwicklungen der letzten Jahre. Es gibt positive Nachrichten aus allen Ecken der Welt – auch und gerade aus den USA und aus China: Es kommt jetzt darauf an, eine Strategie zu entwerfen, die diese Entwicklungen berücksichtigt und die erforderliche Kehrtwende einleitet. Dabei könnte Deutschland eine wichtige Rolle spielen – was allerdings einen Politikwechsel erfordert.

Wir müssen endlich aufhören, auf Klimaabkommen zu warten. Immer mehr ExpertInnen schlagen statt dessen eine Vorreiterstrategie vor. Dieser Vorschlag geht davon aus, dass die erneuerbaren Energien in den kommenden 50 Jahren die Schlüsseltechnologien schlechthin werden. Dabei geht es an erster Stelle um den elektrischen Strom. Die Stromversorgung ist schon heute zur Lebensader der Zivilisation geworden. Ohne Strom geht fast nichts mehr – kaum ein Herd, kaum eine Heizung, kein Wasserhahn, kein Telefon. Wenn in den kommenden Jahrzehnten auch noch die Autos mit Strom fahren und die gut gedämmten Häuser mit elektrischen Wärmepumpen geheizt

werden, dann wird die Stromversorgung mit erneuerbaren Energien endgültig zur Gretchenfrage werden, die über Wohlstand und Konkurrenzfähigkeit von Staaten entscheidet.

Bislang glaubte man noch, ein Alleingang einer Nation oder gar der Europäischen Union wäre zu teuer. Aber die Situation hat sich geändert. So sind die erneuerbaren Energien in den letzten Jahren bereits zunehmend günstiger geworden. Noch wichtiger aber ist der Bewusstseinswandel bei vielen EntscheidungsträgerInnen. PolitikerInnen und ManagerInnen in aller Welt haben die strategische Bedeutung der Erneuerbare-Energien-Technologien erkannt. Sie wissen, dass die Vorbereitung auf den Wettlauf um die Zukunftstechnologien bereits begonnen hat und stehen in den Startlöchern. Selbst die Internationale Energie Agentur IEA, bis vor wenigen Jahren Vertreterin der Kohle- und Öllobby schlechthin, hat eine Kehrtwende vorgenommen und warnte in Cancún, dass jede Verzögerung des Klimaabkommens um ein Jahr die Welt jeweils eine Billion Dollar kostet.

### Erfolgsmodell EEG

Ausgerechnet die Hauptbremser der Klimakonferenzen, die USA und China, sind schon dabei, Europa einzuholen. Im Krisenjahr 2009 wuchs der Weltmarkt für Windkraftwerke gegen den Trend um 31 Prozent und davon wurde ein Drittel allein in China aufgebaut – ein weiteres Viertel in den USA.

Über 40 Staaten haben das deutsche Erfolgsmodell EEG (Erneuerbare-Energien-Gesetz) kopiert, nachdem erneuerbare Energien im Netz Vorrang haben. Auch in den USA hat die Mehrzahl aller Staaten engagierte Klimagesetze verabschiedet. Bei der Installation von Windkraftanlagen hat die USA Deutschland bereits überholt – mit Texas und Kalifornien an der Spitze. Hawaii hat sich per Gesetz verpflichtet, bis 2030 die CO<sub>2</sub>-Emissionen aus der Stromerzeugung um 70 Prozent zu senken.

Auch China, das seinen Strom heute zu 80 Prozent mit Kohle erzeugt, hat bereits die Wende eingeleitet. Im Jahre 2009 wurden Windkraftwerke mit einer Leistung von 13 Gigawatt ans Netz gebracht – das ist mehr Kapazität als die aller neun chinesischen Atomkraftwerke zusammen – und das nur in einem Jahr. Bei solarthermischen Anlagen für Haushalte ist China bereits Weltmeister und hat fünfmal soviel Anlagen installiert wie ganz Europa. Außerdem hat China die größten Wasserkraftreserven der Welt: 67 Gigawatt sind im Bau, weitere 100 Gigawatt in Planung. Sogar beim Netzausbau ist China schon weiter als Europa. Während bei uns noch über die Notwendigkeit diskutiert wird, ein neues Gleichstrom-Overlay-Netz, das so genannte Supergrid, zu bauen, um den Strom der Erneuerbaren ohne große Verluste quer durch Europa zum Kunden zu bringen, handelt China. Über 10.000 Kilometer HGÜ-Leitungen (Hochspannungsgleichstromübertragung; mit geringen Verlusten) wurden bereits in Betrieb genommen.

China und die USA stehen mit diesem Engagement nicht allein. Brasilien, Kanada und Indien sind in die Spitzengruppe der Windkraftbauer vorgedrungen. Länder wie Mexiko, die Türkei und Marokko haben Zuwachsraten von über 100 Prozent. Auch Südafrika hat einen Einspeisetarif eingeführt.

### Deutschland als Vorreiter

Angeichts dieser Entwicklung ist es kein Wunder, dass die Mehrzahl der von mir im Sommer befragten ExpertInnen der Auffassung ist, dass Europa mit Deutschland an der Spitze vorangehen sollte, anstatt auf den Konferenzen um Klimaziele zu pokern. Konkret heißt das, zu beschließen, in den kommenden 30 Jahren einseitig die komplette Stromversorgung auf erneuerbare Energien umzustellen und dafür alle Weichen zu stellen. Die Befürchtung, dass wir uns damit eine viel zu teure Energieversorgung anschaffen, ist über-

holt. Im Gegenteil: Wenn Deutschland, das führende Maschinenbaurand der Welt, loslegt, ist das ein Startsignal. China und Indien, Ägypten und Marokko, Brasilien und Mexiko und viele US-Staaten beobachten sehr genau, was hier in Europa geschieht. Eine solche Entscheidung würde einen Wettlauf um die Erneuerbaren weltweit auslösen. Jeder will dabei sein, niemand will die Entwicklung versäumen.

Wird eine solche Entwicklung erst einmal eingeleitet, dann kann die Umstellung viel schneller erfolgen, als die ExpertInnen bislang für möglich hielten. Prof. Schellnhuber, der Direktor des Klimaforschungsinstituts in Potsdam, spricht vom Selbstbeschleunigungspotenzial solcher Innovationsprozesse. Noch vor fünf Jahren hielten die meisten ExpertInnen eine CO<sub>2</sub>-freie Stromversorgung frühestens Ende des Jahrhunderts für möglich. Nun liegen bereits mehrere Studien vor, nach denen die Umstellung bereits 2050, 2040 oder gar sogar 2030 abgeschlossen werden kann. Die Stellungnahme des Sachverständigenrates der Bundesregierung rechnet vor, dass ab 2030 die Strompreise der Erneuerbaren bereits niedriger liegen, als die aus noch nicht abgeschriebenen fossilen und nuklearen Kraftwerken. Wer wird bei solchen Aussichten noch Kohle- oder Atomkraftwerke bauen?

Hinzu kommt: Deutschland hat ideale Voraussetzungen, um loszulegen. Denn es liegt zwischen den größten Wasserspeichern Europas: den Stauseen in Skandinavien und den Alpen. Der Sachverständigenrat hat deshalb für die Übergangsphase einen kleinen Stromverbund zwischen Deutschland und Skandinavien vorgeschlagen – eventuell unter Einbeziehung der Schweiz. Wenn diese Speicher durch neue „Super-Strom-Leitungen“ verfügbar gemacht werden, um die Schwankungen der Windkraftparks auszugleichen, dann kann bereits 2020 über die Hälfte des Stroms in Deutschland aus Erneuerbaren gewonnen werden. Dies sollte im Rahmen einer abgestimmten EU-Strategie geschehen.

So können parallel der Ausbau von Speichern vor Ort – zum Beispiel Druckluftspeicher oder auch Wasserstoffspeicher – und die Einbindung von thermischen Solarkraftwerken in Nordafrika beginnen.

## Was ist zu tun?

Im Moment gibt es zwei entscheidende Stellschrauben, an denen die Politik ansetzen sollte, damit Deutschland wieder die Spitzenposition beim Ausbau der Erneuerbaren zurückgewinnt: Die Novellierung des Erneuerbare Energien Gesetzes (EEG) und der Ausbau der Netze.

Im EEG muss der Export von Strom aus Erneuerbaren geregelt werden, damit ein Lastausgleich mit Skandinavien möglich wird. Weiter müssen die Speichertechnologien wie Wasserstoff- und Druckluftspeicher in das EEG einbezogen werden. Und schließlich müssen die Einspeisevergütungen für die unterschiedlichen Erneuerbaren neu justiert werden. Dabei kann ein europäisches EEG, wie es jetzt in Brüssel diskutiert wird, sicher hilfreich sein, wenn es die europäischen Länder, die bislang noch nicht in die Puschen gekommen sind, auf die Schiene setzt und den Verkauf von EEG-Strom über die Grenzen regelt. Es darf aber auf keinen Fall die Nationalstaaten daran hindern mehr zu tun – und so die Vorreiterrolle von Deutschland zerstören.

Die zweite dringende Aufgabe ist der Ausbau der Stromnetze, um den Strom der Erneuerbaren von den Windstandorten an der Küste, den Wasserkraftwerken in Skandinavien und künftig dann von den Solarkraftwerken im Süden in die Industrie- und Verbrauchszentren zu ermöglichen. Ganz oben auf der Agenda steht dabei die Verfüffachung der Übertragungskapazitäten zwischen Skandinavien und Zentraleuropa bis 2020 – denn das ist die Voraussetzung dafür, den Ausbau der Windenergie in dem bereits geplanten Umfang fortsetzen zu können.

Das aktuelle Buch zur Klimakonferenz in Cancún:

### Es bleibe Licht – 100% Ökostrom für Europa ohne Klimaabkommen – Ein Reiseführer



Deutscher Wissenschafts-Verlag (DWV), Baden-Baden, September 2010, 345 Seiten, 24,90 €, ISBN: 978-3-86888-023-6

chenden Ergebnisse bringen wird. Dabei müssen die Kohlendioxidemissionen in den Industriestaaten um 80 bis 90% reduziert werden – und das eher heute als morgen. Das kann nur gelingen, wenn wir unsere gesamte Energieversorgung auf Erneuerbare Energien umstellen. Doch kaum jemand kann sich vorstellen, wie das gehen soll.

„Es bleibe Licht“ beschreibt eine präzise Reiseroute, auf der dieses Ziel bis spätestens 2050 erreicht werden kann. Überzeugend wird dargestellt, warum Deutschland und Europa auf diesem Weg vorangehen müssen, um den Rest der Welt – allen voran China – mitzureißen.

Im Zentrum des Buches steht die Versorgung mit elektrischem Strom, der zur Lebensader der Menschheit geworden ist. Kenntnisreich und anschaulich werden technische Fragen, die Ökonomie der Energiewende, Umweltprobleme und die Probleme der politischen Durchsetzung diskutiert: Was passiert bei Flaute, wenn die Windräder sich nicht drehen? Wie soll Wüstenstrom aus der Sahara nach Europa kommen? Welche strategische Rolle kommt den Wasserkraftwerken in Skandinavien zu? Wieso werden die Atomkraftwerke ab 2020 ein Störfaktor im Netz und was sind die Alternativen? Diese und Dutzende anderer Fragen werden auf interessante und verständliche Weise beantwortet.

Die Antworten ergeben ein erstaunliches Bild. Die Energiewende ist nicht nur möglich. Mittelfristig wird sie sich auch wirtschaftlich lohnen und zu einer deutlichen Senkung der Strompreise führen. Dazu bedarf es keines Weltklimaabkommens – auch wenn ein solches wünschenswert wäre. Spätestens in den 20er Jahren des neuen Jahrhunderts wird ein Wettlauf in die Zukunft einsetzen. Die neuen Energien werden der Wirtschafts- und Innovationsmotor der kommenden 50 Jahre sein. Dazu müssen aber heute die entsprechenden Weichen durch die Politik gestellt werden. Das Buch beschreibt gezielt, wo wir ansetzen können und was getan werden muss.

„Die Frage ist nicht mehr ‚ob‘ eine Energiewende möglich ist, sondern nur noch ‚wie‘ die Umstellung auf Erneuerbare Energien gestaltet werden sollte. Dieses Buch zeigt die Handlungsmöglichkeiten auf, die bereits jetzt zur Disposition stehen. Absolut lesenswert!“

Max Schön, Präsident  
Deutsche Gesellschaft  
Club of Rome

**Zusammenfassung:**  
Die Lage scheint verzweifelt. Das Klima spielt bereits verrückt, die Klimakonferenz in Kopenhagen ist gescheitert und es ist absehbar, dass auch Cancún keine ausreichenden

Eine wichtige Rolle muss natürlich auch die Effizienzstrategie haben. Allerdings darf man sich keine Illusionen machen. Während im Wärmesektor durch die Sanierung der Wohnhäuser mit Einsparungen von weit über 50 Prozent der Energie gerechnet wird, werden die Einsparungen im Stromsektor eher gering bleiben. Denn ab 2030 wird der Strom aus Erneuerbaren günstiger sein als konventioneller Strom und es werden mit der Umstellung auf Elektroautos und Wärmepumpen sogar neue Stromverbraucher dazukommen.

### Sind Klimaabkommen überflüssig?

Während viele meiner Interviewpartner wie Prof. Hohmeyer vom Sachverständigenrat für Umweltfragen eine Vorreiterstrategie empfehlen, so hält insbesondere der Wissenschaftliche Beirat für globale Umweltveränderungen (WBGU) mittelfristig ein Klimaabkommen für unbedingt erforderlich. Eine der wichtigsten Funktionen kann sein, den nötigen Transfer von Nord nach Süd, sowohl in Form von Geld wie auch in Form von Know-how zu organisieren. Klimaabkommen können auch verhindern, dass Ölförderländer versuchen, den Innovationsprozess zu sabotieren, in dem sie mit Dumping-Angeboten von Öl und Gas reagieren. Um dem entgegenzutreten, können zum Beispiel Regeln über die Welthandelsorganisation (WTO) festgelegt werden, die es erlauben, gegenüber Ländern, die sich nicht an vereinbarte Klimaziele halten, Sonderzölle zu erheben.

Klimaabkommen können also hilfreich sein. Es wäre aber fatal, weiter darauf zu warten. Denn wenn wir weiter mauern, müssen wir uns nicht wundern, dass andere skeptisch auf uns schauen und sich fragen, ob wir unsere engagierten Reden ernst meinen. Wir können und müssen heute damit beginnen, das Notwendige zu tun. Nur so wird die Dynamik entstehen, die erforderlich ist. ■

## Debatte: Steuerfinanzierung in der Gesetzlichen Krankenversicherung – Pro & Contra

von Florian Blank, Simone Leiber und Claus Schäfer

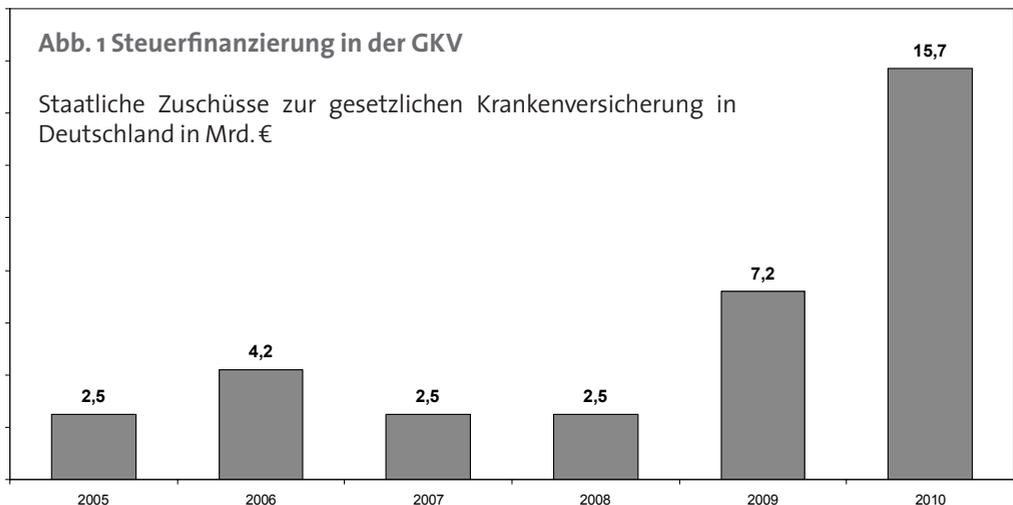
### Vorbemerkung

In der Debatte um die Finanzierung der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) ist die (stärkere) Bezuschussung des Systems aus Steuermitteln eine immer wieder diskutierte Reformation, sei es als Ergänzung der von Arbeitnehmern und Arbeitgebern geleisteten Beiträge, sei es in Form des Solidarausgleichs in einem Prämienmodell. Immer stellen sich Fragen nach dem Sinn und Zweck einer Ergänzung der GKV-Einnahmen aus dem Bundeshaushalt.

Beim Abwägen des Für und Wider ist die Ausgangsposition zu bedenken. 2010 trugen Steuern schon etwa 15 Mrd. Euro zum Budget der GKV bei (zum Vergleich: 2009 beliefen sich die gesamten Einnahmen der GKV auf 172 Mrd. Euro). Verglichen mit anderen Zweigen der Sozialversicherung erfolgte der Einsatz von Steuermitteln spät und unterlag starken Schwankungen (Abb. 1). Von zunächst 2,5 Mrd. Euro ausgehend (2005) wurde der Steuerzuschuss für die so genannten versicherungsfremden Leistungen schrittweise ausgebaut. Zuletzt wurden die im SGB V vorgesehenen Steuermittel auch durch Gelder aus den Konjunkturpaketen aufgestockt. Dennoch wird für 2011 vom Bundesministerium für Gesundheit ein ungedeckter Finanzbedarf von 9 Mrd. Euro in der GKV erwartet.

Im Folgenden werden vor diesem Hintergrund Argumente dafür und dagegen aufgeführt, künftig weiter auf eine Strategie der Teilfinanzierung durch Steuermittel zu setzen. Diese wird hier so verstanden, dass die Steuermittel mindestens auf heutigem Niveau verstetigt oder sogar weiter ausgebaut werden. Eine vollständige Umfinanzierung auf Steuern steht hier nicht zur Diskussion, denn sie wäre mit dem Sozialversicherungsmodell unver-

gleichbar. Die Diskussion über die vollständige Umfinanzierung auf Steuern steht hier nicht zur Diskussion, denn sie wäre mit dem Sozialversicherungsmodell unver-



einbar. Gegenwärtige Reformvorschläge und Berechnungen zu einer solidarischen und nachhaltigen Finanzierung des Gesundheitssystems (Reformkommission 2010, Rothgang et al. 2010, SPD 2011) gehen weiter von einer zentralen Rolle der Beitragsfinanzierung aus, sind aber grundsätzlich vereinbar mit Zuschüssen aus dem Steueraufkommen.

### Pro-Argumente

- **Breitere Einnahmehasis/Nachhaltigkeit:** In den letzten Jahrzehnten wuchs die Bruttolohn- und Gehaltsumme langsamer als das Bruttoinlandsprodukt (BIP). Die Gesundheitsausgaben haben sich dagegen ähnlich wie das BIP entwickelt. Allein aus diesem Grund ist es problematisch, die Einnahmen der GKV fast ausschließlich an die Bruttolohn- und Gehaltsumme zu koppeln. Eine Verbreiterung der Einnahmehasis durch Steuern könne dagegen Abhilfe schaffen.<sup>1</sup>
- **Beitragsstabilität:** (Zusätzliche) Steuern können im Rahmen einer Mischfinanzierung den Beitragssatz stabil halten, wenn zusätzliche Aufgaben oder Ausgaben anfallen. Sie können zudem, wenn die Beitragseinnahmen sinken und der Beitragssatz (relativ) stabil bleiben soll, für eine **Einnahmestabilisierung und konjunkturellen Ausgleich** sorgen. So können speziell Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt – konjunkturelles Sinken der Gesamtbeschäftigung, strukturelle Verschiebungen weg von Vollzeitarbeit

– die Beitragseinnahmen der GKV senken; Steuern sind dann geeignet als willkommener Ausgleich bzw. (vorübergehender) Anpassungspuffer. In beiden Fällen stellt sich aber das Problem, dass der Umfang der Steuerfinanzierung regelmäßig neu politisch bestimmt werden muss.

- Der Finanzbeitrag durch Steuern könnte jedoch im Sinne einer **Ausfallgarantie** automatisiert werden. Dadurch können Befürchtungen stark relativiert werden, Steuern könnten stärker als Beiträge von politischen Wertentscheidungen oder Ad hoc-Beschlüssen abhängig sein. Allerdings setzt auch das einen politischen Konsens bspw. über die (maximale) Höhe des Beitragssatzes voraus.
- **Gesamtwirtschaftliche und Beschäftigungseffekte:** Ein Umstieg auf einen höheren Steueranteil bei gleichzeitiger Senkung der Beitragssätze hat u. U. positive Beschäftigungseffekte. Zunächst würde – für sich genommen – die gesamte Abgabenquote in der Volkswirtschaft unverändert belassen.<sup>2</sup> Allerdings würden die Anreize für Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt deutlich verändert. Die Reduzierung der Arbeitskosten über niedrigere Beiträge könnte ceteris paribus sowohl beschäftigungsfördernd und preissenkend wirken als auch – im Endergebnis – die realen Nettoeinkommen der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten erhöhen. Simulationsrechnungen mit einem makroökonomischen Modell (Meinhardt/Zwiener 2005) zeigen, dass bei einer Kombination von Lohn-/Einkommensteuer und Mehrwertsteuer zur Gegenfinanzierung einer Senkung der Beitragssätze insgesamt die besten gesamtwirtschaftlichen Wirkungen erreicht

<sup>1</sup> Funktionales Äquivalent dafür könnte – je nach konkreter Ausgestaltung – auch die Verbeitragung von anderen Einkommensarten als Lohn, wie etwa Einkommen aus Kapital (Zinsen) sein. Auf Grund der Beitragsbemessungsgrenzen in der Sozialversicherung ist es jedoch nicht einfach, Versicherte, deren Einkünfte sich in unterschiedlicher Gewichtung aus Kapital- und Erwerbseinkommen zusammensetzen, nicht ungleich zu behandeln. Dieses Problem lässt sich durch eine Anhebung der Beitragsbemessungsgrenzen zwar nicht lösen, aber mildern. Auch ist mit einem zusätzlichen administrativen Aufwand bei der Verbeitragung anderer Einkommen neben Lohn zu rechnen. Einige Modelle schlagen daher als Mittel zur Einbeziehung zusätzlicher Einkunftsarten in die Krankenversicherung eine Abgeltungssteuer auf Kapitalerträge vor, womit die Grenze zwischen einer steuer- und einer beitragsbezogenen Lösung verschwimmt.

<sup>2</sup> Formal kann dabei je nach gewählter Steuerart die Abgabenlast der privaten Haushalte zu- und die der Unternehmen abnehmen oder umgekehrt. Die effektive Abgabenlast hängt allerdings von den zur Gegenfinanzierung gewählten Steuern und deren Überwälzungsmöglichkeiten ab.

würden. Das verteilungspolitisch „bessere“ Ergebnis zeigt allerdings die Lohn-/Einkommensteuer (ebd.; Leiber/Zwiener 2007).

- **Gerechtigkeit/gesamtgemeinschaftliche Aufgaben:** Den Beitragszahlern soll die (beitrags erhöhende) Finanzierung von so genannten versicherungsfremden Leistungen – bzw. eigentlich gesamtgesellschaftlichen Aufgaben – nicht aufgebürdet werden, auch wenn die Abgrenzung solcher Aufgaben schwierig und politisch ist.<sup>3</sup> Im Einzelnen ist ihre Definition allerdings eindeutig möglich, wie z.B. bei den Vorsorge- und Gesundheitsleistungen für Kinder, für die dann der Einsatz von Steuermitteln legitim scheint.<sup>4</sup>
- **Schwankungs-/Kürzungsanfälligkeit:** Um der vermeintlich größeren Schwankungs- und Kürzungsanfälligkeit<sup>5</sup> der Steuerfinanzierung entgegenzuwirken, lassen sich „Schutzmechanismen“ einbauen. Hierzu zählt neben der oben erwähnten „Ausfallgarantie“ etwa die verlässliche politische Bindung der Steuerfinanzierung an Kriterien (z.B. bestimmte versicherungsfremde Leistungen, die übernommen werden sollen). Allerdings kann auch hier hinterfragt werden, wie weit dieser Schutz trägt, da er durch politische Entscheidungen stets revidierbar ist.

3 Bereits heute wird die Steuerfinanzierung in der GKV mit der Finanzierung gesamtgesellschaftlicher Aufgaben begründet. Das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zählt dazu Leistungen, die keinen Bezug zu Krankheit typischen Versicherungsfall der gesetzlichen Krankenversicherung haben. Das beinhalte u.a. Leistungen bei Schwangerschaft und Mutterschaft, vor allem aber auch die beitragsfreie Mitversicherung von Kindern und anderen Familienangehörigen (BMELV 2010). Einige Studien (z.B. Sachverständigenrat 2005) zählen sogar die gesamte Einkommensumverteilung zwischen einkommensschwächeren und einkommensstärkeren Beitragszahlern in der GKV als versicherungsfremde Leistung, was die großen Unterschiede in den Summen der als versicherungsfremd bezeichneten Leistungen erklärt (45 Mrd. Euro nach Sachverständigenrat 2005, rund 22 Mrd. Euro etwa nach Meinhardt/Zwiener 2005). Die GKVn weisen zudem auf die von ihnen übernommenen Präventionsleistungen hin, die auch privat Versicherten zugute kämen.

4 Insbesondere die Frage, inwiefern die Familienmitversicherung zu den versicherungsfremden Leistungen oder umgekehrt gerade zu den originären Prinzipien der Sozialversicherung zu zählen ist, ist aber umstritten.

5 Empirisch bestätigt sich diese in Deutschland zwar für die GKV und Arbeitslosenversicherung, nicht aber für die Gesetzliche Rentenversicherung.

- **Gerechtigkeit/Verteilungswirkungen:** Steuern können die Finanzierungslasten gerechter verteilen als – heutige! – Beiträge, wenn sie über progressiv wirkende Steuerarten beschafft werden. Steuern können aber kaum ungerechter wirken als – heutige! – Beiträge, da diese ähnlich wie Verbrauchsteuern (Mehrwertsteuer) regressiv wirken.
- **Geteilte Verantwortung:** Steueranteile zwingen neben den Beitragszahlern auch die allgemeine Öffentlichkeit bzw. alle Steuerzahler zur Sensibilität gegenüber GKV-Entwicklungen.
- **Selbstverwaltung:** Ein Steuerbeitrag ist nicht per se Einfallstor für eine Aufweichung der Selbstverwaltung der GKV. Letztere ist allein vom Gesetzgeber abhängig und auch völlig unabhängig von Steuerfinanzierung möglich.

## Contra-Argumente

- **Politischer Hintergrund Haushaltskonsolidierung/Kürzungsanfälligkeit:** Höhere Steueranteile bzw. die Verpflichtung des Bundes zu einem größeren Beitrag könnten die politische Wirkung haben, dass zum Zweck der Haushaltskonsolidierung verstärkt die Ausgaben gesenkt werden sollen mit den potentiellen Folgen Leistungskürzung und Privatisierung.<sup>6</sup> Es ist angesichts der aktuellen Größe des für den Bereich „Soziales“ und speziell für die Sozialversicherungen aufgewendeten Mittel im Bundeshaushalt nicht unwahrscheinlich, dass eine höhere steuerliche Förderung der GKV, d.h. eine Vergrößerung des Posten „Soziales“, nicht ins Gesamtbild passt, zumal wenn Steuersenkungen angestrebt werden.

6 Dies heißt im Umkehrschluss allerdings nicht, dass Beitragsfinanzierung gegenüber solchen Kürzungen immun macht. Die Gesundheitspolitik der vergangenen Jahre hat ja gerade gezeigt, wie das Ziel der Beitragssatzstabilität über Leistungskürzungen und -ausgliederungen verfolgt wurde, ohne dass Steuermittel in nennenswertem Ausmaß involviert waren.

Zudem ist festzuhalten, dass auch das Steueraufkommen nicht unabhängig von der konjunkturellen Entwicklung ist.

- **Erosion der Selbstverwaltung:** Eine stärkere Steuerfinanzierung könnte – auch wenn eine paritätische Selbstverwaltung weiter möglich ist – den Charakter einer parastaatlichen Sozialversicherung in Verantwortung der Sozialpartner erodieren lassen.
- **Erosion des Charakters der solidarischen Sozialversicherung:** Mit dem Ausbau der Steuerfinanzierung ist die – bisher hypothetische – Gefahr verbunden, dass die Verlagerung der solidarischen Elemente aus der GKV ins Steuersystem im Zusammenspiel mit anderen Reformen (Wettbewerb zwischen den Krankenkassen, Anwendung des Kartellrechts auf die Krankenkassen) den auch europarechtlich abgesicherten Charakter der GKV als geschütztes System der sozialen Sicherung unterminiert (z.B. Kingreen 2007). Wird die soziale Umverteilung zwischen hohen und niedrigen Einkommen innerhalb der GKV geschwächt, werden die Krankenkassen privatwirtschaftlichen Versicherungsunternehmen immer ähnlicher und müssen dann gegebenenfalls nach den entsprechenden Regeln spielen – sozialpolitische Ausnahmeregeln bspw. in der Vertragsgestaltung könnten dann für sie nicht mehr gelten.
- **Erosion des Solidarprinzips:** Die Bindung der Steuerfinanzierung an so genannte gesamtgesellschaftliche Aufgaben birgt potentiell die Gefahr, dass die Frage „wer kostet was“ aufkommt und zwischen Versicherungengruppen differenziert wird.

## Abschluss

Abschließend möchten wir betonen, dass es aus unserer Sicht in der Diskussion um eine

Verstärkung des Steuerzuschusses nicht um einen Systemwechsel gehen kann und soll. Das System der Beitragsfinanzierung allein lässt sich schon durch eine ganze Reihe von Stellschrauben nachhaltiger und solidarischer gestalten (z.B. Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze, Einbezug der PKV-Versicherten in den Risikostrukturausgleich und Verbeitragung anderer Einkommensarten als Lohn). Die Steuerfinanzierung kann jedoch ein weiterer Baustein für die dauerhafte Sicherung der Finanzierungsbasis sein. ■

☞ Dr. Florian Blank ist Wissenschaftler im Bereich Sozialpolitik im Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung.

☞ Prof. Dr. Simone Leiber ist Professorin für Sozialpolitik an der Fachhochschule Düsseldorf.

☞ Dr. Claus Schäfer ist Leiter der Abteilung Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (WSI) in der Hans Böckler-Stiftung.

### Literatur/Quellen:

■ BMELV (2010): Fragen und Antworten zur Beteiligung der landwirtschaftlichen Krankenversicherung an Bundesmitteln zur Finanzierung versicherungsfremder Leistungen, <http://www.bmelv.de/SharedDocs/Standardartikel/Landwirtschaft/Agrar-Sozialpolitik/Krankenversicherung/FAQzumGKV-WSG2.html>.

■ Kingreen, Thorsten (2007): Europarechtliche Implikationen des Entwurfs eines Gesetzes zur Stärkung des Wettbewerbs in der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz - GKV-WSG), Rechtsgutachten für den DGB und die Hans-Böckler-Stiftung, Regensburg.

■ Leiber, Simone/ Rudolf Zwiener (2007): Wirtschaftliche Rahmenbedingungen und Finanzierungsgrundlagen des Sozialstaates, in: WISO Diskurs: Zukunft des Sozialstaats – Sozialpolitik Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, 89-101.

■ Meinhardt, Volker / Rudolf Zwiener (2005): Gesamtwirtschaftliche Wirkungen einer Steuerfinanzierung versicherungsfremder Leistungen, Berlin.

■ Reformkommission „Für ein solidarisches Gesundheitssystem der Zukunft“ (2010): Bürgerversicherung statt Kopfpauschale, Berlin.

■ Rothgang et. al (2010): Berechnungen der finanziellen Wirkungen verschiedener Varianten einer Bürgerversicherung in der Gesetzlichen Krankenversicherung, Gutachten im Auftrag der Bundestagsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen, Bremen.

■ Sachverständigenrat (2005): Die Chancen nutzen – Reformen mutig voranbringen. Jahresgutachten des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 2005/06, Wiesbaden.

■ SPD (2011): Beschluss des SPD-Präsidiums: Sozialer Fortschritt geht nur gemeinsam: Die Bürgerversicherung, [http://www.spd.de/aktuelles/Pressemitteilungen/5782/20101108\\_beschluss\\_praesidium\\_buergerversicherung.html](http://www.spd.de/aktuelles/Pressemitteilungen/5782/20101108_beschluss_praesidium_buergerversicherung.html)

## Politik und Ökonomie des Internets

### Einleitung zum Schwerpunkt

von Björn Böhning, Kai Burmeister, Tim Rohardt, Thilo Scholle und Stefan Stache

Foto: www.fotolia.com, © pn\_photo



„Wettrüsten für den Krieg im Internet“ titelt die Financial Times Deutschland am 7. Februar und der Leitartikel dazu fragt: Sind jetzt alle Missetaten im Internet bereits ein Kriegsakt in Zeiten des Cyberwars? Stuxnet, der Wurm, der die iranischen Atomanlagen befallen hat, mag in so eine Kategorie passen. Die Jugendlichen, die illegal Musik downloaden, begehen hingegen möglicherweise Straftaten gegen das geistige Eigentum, aber nicht mehr. Wikileaks dagegen hat wohl letztlich einfach der weitestgehenden Interpretation des Free Information Act vorgegriffen, als es tausende von Botschaftskabeln veröffentlichte. Das Medium Internet hat es Wikileaks ermöglicht, dieser Datenmenge habhaft zu werden. Einmal im Internet veröffentlicht, dürfte es zudem nahezu unmöglich sein, diese jemals wieder unter Verschluss zu bringen. Auch die Banker, die mittels digitalen Handelsplätzen komplexe Finanzprodukte über dem Erdball verstreuten, stehen nicht qua Technologie-nutzung im Fokus von Gerichtsverfahren. In polit-ökonomischer Sicht hat das Internet mit zur Herausbildung des neuen Paradigmas des finanzmarktgetriebenen Kapitalismus beigetragen. Ohne die Möglichkeiten globaler Vernetzung in Echtzeit wäre eines der bestimmenden Prinzipien – die Ausbeutung von Zeit bei der Spekulation – nicht möglich.

Die Einschätzung der ökonomischen Bedeutung des Internets fällt schwer. Es ist zu bemerken, dass das Internet bereits vor zehn Jahren seine erste Blase produziert hat. Dieses Platzen hat die damalige Euphorie hinsichtlich der ökonomischen Potentiale auf den Boden der Tatsachen zurückgeholt. Zugleich haben die Informations- und Kommunikationstechnologien neue Beschäftigung geschaffen, bestehende Wirtschaftszweige drastisch verändert und auch neue Unternehmen entstehen lassen. Heute sehen wir, Wertschöpfungsprozesse werden durch ITK-Technologien auf eine veränderte Grundlage gestellt. Doch in welchem Maße dies zu Wachstum und Beschäftigung beiträgt, darüber gehen wilde Spekulationen weit auseinander, vor allem weil eindeutige Befunde fehlen.

Klar ist, die Ökonomie des Internets ist nicht unabhängig von den Bedingungen der Konjunktur. Nicht selten klaffen bei den Unternehmen der dot.com-Ökonomie Börsenperformance und realer Unternehmenswert weit auseinander. So mag der Erfolg von Facebook ganze Kinofilme füllen, ob ein gut sortierter Werbeträger, wie es diese Plattform schlicht ist, wirklich 50 Milliarden Dollar wert ist, sei dahingestellt. Insofern sind Befürchtungen einer gerade entstehenden „Blase 2.0“ nicht aus

der Luft gegriffen, sondern real. Denn wie sehr Kapital momentan auf der Suche nach Anlagemöglichkeiten ist, und wie wenig interessante Investitionsmöglichkeiten es momentan gibt, sieht man am mehrere hundert Millionen Dollar schweren Kauf der Online-Zeitung Huffington Post durch AOL. So versuchen sich auch „alte“ Granden der Neuen Medien in die neue Zeit einzukaufen. Der Ausgang ist mehr als ungewiss. Für die politische Linke ergeben sich zahlreiche unbearbeitete Fragestellungen der Ökonomie und Politik des Internets:

**1. Ökonomie des Internets:** Wie entwickeln sich die Eigentumsverhältnissen an Produktions- und Distributionsmitteln, insbesondere von Computerprogrammen und an Konsumgütern, derzeit insbesondere kultureller Güter wie Musik, Filme oder Spiele? Welche Auswirkungen hat diese Entwicklung auf Netzökonomie, Informationsrenten und das Urheberrecht? Welche Folgen hat eine forcierte Internationalisierung von Produktion und Distribution für Volkswirtschaften, Wirtschaftsräume und das Arbeitsverhältnis? Wie groß ist die Gefahr einer digitalen Spaltung und was ist dagegen zu unternehmen?

**2. Politik des Internets:** In welchem Maß kann das Internet ein Medium herrschaftsfreier Kommunikation sein? Ist es bereits im Interesse ökonomischer und politischer Organisationen vorstrukturiert? Führt die durch das Internet hergestellte Sichtbarkeit persönlicher Daten zu Transparenz und Kommunikation oder ermöglicht sie eher Repression und Kommerzialisierung?

Der Heftschwerpunkt soll eine erste Annäherung von spw leisten. Insgesamt gilt: Das Internet stellt Theorie und Praxis der sozialistischen Politik und Wirtschaft vor mehrere miteinander verflochtene Herausforderungen.

### Mehr Demokratie durch das Internet?

Nicht erst seit der „Facebook – Revolution“ in Tunesien ist die Frage nach dem Zusammen-

hang von Internet und Demokratie in den Mittelpunkt gerückt. Oft wird der Gedanke entwickelt, im Internet biete sich die Chance einer herrschaftsfreien Welt, die mit den regulatorischen Mitteln des analogen Zeitalters nicht mehr zu regulieren sei. Einher geht eine solche Position oft mit einer emphatischen Beschreibung von Blogs, sozialen Netzwerken und globaler Vernetzung schlechthin. Dass auch das Netz kein herrschaftsfreier Ort ist, dürfte aber trotzdem schnell einleuchten. Dies beginnt mit dem simplen Fakt, dass für den Zugang zum Internet auch materielle Voraussetzungen – Computer, Netzleitungen, freie Zeit – bestehen, die längst nicht überall erfüllt sind.

Zudem: Nur die schlichte Tatsache, dass über das Netz nun in viel kürzerer Zeit viel mehr Informationen zur Verfügung stehen, macht einen politischen Diskurs noch nicht pluraler und die Kommunikation nicht herrschaftsfreier. Ein politisches Flugblatt wird nicht deshalb mehr gelesen, weil es nun auch als Blog-Eintrag zu finden ist. Das Internet stellt hohe Anforderungen an die individuelle Medienkompetenz. Es reicht eben nicht, einfach nur zu surfen. Um die Informationen verstehen und kritisch einordnen zu können, sind Kenntnisse der Informationsbearbeitung und -verarbeitung nötig. Alternative Informationen jenseits des Hauptstroms, die z.B. durch soziale Bewegungen im Netz bereit gestellt werden, treffen wie die klassischen Medien auf eine milieuspezifische Nutzung.

Zudem prägt die Oligopolstruktur der Medienunternehmen auch die Bereitstellung anerkannter Inhalte im Netz. Die journalistische Qualität leidet unter kurzfristigem ökonomischen Renditedruck und der Abhängigkeit von Werbewirtschaft und verlegerischen Eingriffen. In spw wurde das Wechselspiel zwischen ökonomischer Konzentration und publizistischer Krise bereits im Zusammenhang von Medien, Macht und Hegemonie diskutiert (spw 138/2004). Auch wenn sich Räume für kritische Gegenöffentlichkeiten aufgetan haben, so ist deren Reichweite begrenzt.

Kurz: Jenseits von plumpem Technik-Skeptizismus oder allzu schlichter Euphorie geht es darum, einzuordnen, welche Entwicklungen und Potentiale sich im Internet tatsächlich abspielen. Dass die Möglichkeiten kurzfristiger Vernetzung und Benachrichtigung enorm gestiegen sind, weiß jeder. Nur genauso wenig wie die Erfindung des Buchdrucks automatisch die herrschaftsfreie Verfügung über das Wissen bedeutete, genauso wenig wird dies das Internet tun.

Interessant sind die Fragen, wie sich Zugang zum Netz herstellen, und wie sich das Internet zu demokratischen Diskussionen, zu politischer Arbeit und zu gesellschaftlicher Vernetzung nutzen lässt. Es liegt nahe, das Netz als einen weiteren „öffentlichen Raum“ zu betrachten, der entsprechend für die verschiedenen Tätigkeiten reguliert werden muss – für geschäftliche Tätigkeiten, für die private Nutzung, für politischen und gesellschaftlichen Austausch.

### Regulierung des Internets

Bei einem solchen Prozess spielen netzpolitische Aktivitäten eine wichtige Rolle. Ihre Einbindung zu gewährleisten, wird eine der Herausforderungen sein. Die Regulierung des Internets ist eine gesellschaftliche Frage, die nicht nur einer bestimmten Gruppe von Nutzerinnen und Nutzern überlassen bleiben darf. Wenn man dies in längere Linien einordnet, mag das zum Verständnis helfen. Hans-Peter Bull betrachtet in seinem Beitrag das Internet mit dem Prinzip des Datenschutzes, der in der Zeit des Volkszählungsurteils von 1983 entstand. Damals eine innovative normative Antwort auf die neuesten technischen Möglichkeiten der Datenspeicherung. Mit dem Internet kann man wohl sicher viel leichter viel größeren Schaden anrichten – gezielt oder ungezielt, absichtlich oder fahrlässig, als das mit bisherigen Medien der Fall war. Aber die Bewertung von Hans-Peter Bull erinnert zu Recht an den Umstand, dass die Grundregeln des Persönlichkeitsschutzes – die auf das Da-

tenschutzrecht zurückgeht – unabhängig von der Form der Kommunikation gelten. Beleidigung, üble Nachrede und Verleumdung sind verboten und strafbar, gleich wie und wo sie stattfinden.

Aber das Netz gilt oberflächlich betrachtet als ein Raum der Anonymität und wird gerne mit Blick auf die staatliche Ordnungsfunktion als anarchischer Raum beschrieben. Dazu gilt, was gerade von linken Denkern aufgenommen werden müsste: „Anarchy is what states make of It“ (Alexander Wendt, 1992<sup>1</sup>). Dieser Satz korrespondiert mit einem der Grundgedanken linker Politik, wonach die Welt und ihre sozialen Formung wandelbar sind. Die Wirklichkeit ist also das, was man sozusagen „erwirkt“ und nicht etwas, dem man hilflos ausgeliefert ist. Mit Blick auf die Chancen des Netzes und einer viel zitierten Netzgemeinde mag der Wahlspruch Wendts auch lauten: „Anarchy is what societies make of It“.

### Modernisierte Produktivkräfte und informationeller Kapitalismus

Es ist aber nicht nur der Umgang mit Informationen und deren Bereitstellung, welche die neue Netzgesellschaft ausmachen, sondern es sind auch die modernisierten Produktivkräfte und eine Veränderung der Wertschöpfung, bei denen Wissen, Information und technische Entwicklung – neben ökonomischem Kapital – eine immer wichtigere Rolle in der ökonomischen Entwicklung spielen. Die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien stellen Leitetchnologien und einen gewichtigen Aspekt der ökonomischen Strukturverschiebungen dar.

Manuel Castells, ein Vordenker der Informationsgesellschaft, hat zu dieser Strukturverschiebung von einigen Jahren das Konzept eines informationellen Kapitalismus entworfen, bei dem die globalen Finanzmärkte und

<sup>1</sup> Alexander Wendt (1992) "Anarchy is what states make of It", in: International Organization 46: 2, 391-425

ihre Managementnetzwerke der kollektive Kapitalist sind, die Mutter aller Akkumulation. Wenn man sich überlegt, womit die Finanzmärkte handeln, dann ist es weniger das Geld, sondern das Wissen und die Information, die Prognose und das Szenario zukünftiger wirtschaftlicher Entwicklungen. So wurde die Realwirtschaft und die tatsächliche Arbeit zur abhängigen Variable der Finanzialisierung, welche auch durch die Digitalisierung der Handelsplätze einen Boom erlebten. Als Quintessenz seiner Überlegungen kann die interne Fragmentierung der Arbeitskräfte zwischen informationellen Produzenten und ersetzbarer generischer Arbeit gelten.

Er beschreibt dazu auch die Exklusion eines bedeutenden Segments der Gesellschaft, das aus ausrangierten Individuen besteht, deren Wert als Arbeitskräfte und Konsumenten aufgebraucht scheint und deren Bedeutung als Menschen ignoriert wird. Das sei der Ausdruck der Trennung zwischen der Marktlogik der globalen Netzwerke der Kapitalströme und der menschlichen Erfahrung des Arbeitslebens<sup>2</sup>. Die informationstechnologische Revolution sei entscheidend für die fundamentale Neustrukturierung des kapitalistischen Systems seit den 1980er Jahren gewesen. Das Charakteristische der daraus resultierenden Gegenwart ist nicht die zentrale Bedeutung von Wissen und Information, sondern die Anwendung dieses Wissens und dieser Information zur Erzeugung neuen Wissens und zur Entwicklung von Geräten zur Informationsverarbeitung und zur Kommunikation.

Die Neuerung der Netzgesellschaft versprach noch zu Beginn der Jahrtausendwende nicht nur soziale Öffnungen wie mehr qualifizierte und gutbezahlte Arbeitsplätze, eine größere Arbeitsautonomie, neue Aufstiegsmöglichkeiten - bis hin zum vermeintlichen Abbau von organisatorischen Hierarchien. Sie

versprach ebenso einen allgemeinen Wohlstandszuwachs und ermöglichte Rausche spekulativer Investitionen, die in dramatischen Preissteigerungen bei Aktien mündete. Die Widersprüche in der Arbeitswelt sind offenkundig: Björn Böhning und Lars Klingbeil betonten in ihrem Beitrag, dass Zuwächse an Autonomie und Freiheit nicht selten mit Überforderung, Projektdruck und sozialer Verunsicherung einhergehen. So seien allein in Berlin knapp die Hälfte aller Menschen, die in der Kreativwirtschaft arbeiten, (Solo-)Selbständige und freie Mitarbeiter mit meist geringem Einkommen. Somit ergibt sich die Frage nach der Interessenvertretung dieser neuen Beschäftigtengruppen. Gewerkschaften müssen es schaffen, in diesen Bereichen die Interessen auch dieser Gruppen glaubwürdig zu vertreten, andernfalls geht dieses Potenzial für fortschrittliche Arbeitnehmerpolitik verloren.

Die Einordnung der Wirtschaft als informationellem Kapitalismus durch Castells fällt genau in die Zeit, in welcher der Rausch und die Überhitzung der Finanzmärkte, deren aberwitzige Handelsformen vollständig auf der neuen Infrastruktur von Digitalisierung, Satellitenkommunikation und Vernetzung elektronischer Handelsplätze beruhen, für sensible Beobachter bereits sichtbar wurde.

### Commons-basierte Peer-Produktion

Eine andere nun folgende Entwicklung, die zur Institutionalisierung der neuen Technologien hinzuzurechnen und dagegen politisch wünschenswert erscheint, ist die Bewegung des Open Source für freie Software. Stefan Meretz beschreibt dazu in seinem Beitrag vier Definitionsmerkmale dieser Freiheit: „verwenden, verbreiten, verändern“ und „Veränderungen verbreiten“. Ähnlich sind auch die Forderungen der Bauernbewegung, die über Saatgut frei verfügen will. Die Freie-Software-Bewegung kämpft gegen die Software-Patentierung und Bauern gegen Saatgut, dessen Lizenzen eine Neuaussaat der Erträge verbieten. Der Schutz

<sup>2</sup> Manuel Castells: Die Jahrtausendwende. Das Informationszeitalter III, Opladen 2003, S. 397

von so genanntem „intellektuellem Eigentum“ kann sich in Wahrheit als Enteignung und künstliche Verknappung von Wissen und Erfahrung erweisen, wenn er nicht die Arbeit der Produzenten, sondern die Verwandlung von Wissen in Kapital schützen soll.

Die so genannten Commons hingegen, im Deutschen mit „Gemeingütern“ missverständlich übersetzt, sind Güter oder Ressourcen, die von einer Gemeinschaft gemeinschaftlich hergestellt und gepflegt werden. Die Gemeinschaft entscheidet auch über die gemeinsame Nutzung. Die Commons-Regel „Alle können nehmen“, wie etwa bei freier Software, sieht zwar so ähnlich aus wie das „Alle nehmen einfach“ bei unregulierten Gütern (wie das Beispiel der Überfischung des Gemeingutes „Meere“ verdeutlicht), bedeutet jedoch etwas anderes. „Alle können nehmen“ ist wohlüberlegt explizit festgelegt worden, weil es die Güter nicht beschädigt, sondern die Gemeinschaft vergrößert und allen nutzt. Es führt auf das Wissen als Produktivkraft, welches bei Nutzung und Verschränkung im Wert nur steigt, während Arbeit und Boden knappe Güter sind.

## Chancenfenster sozialer Bewegungen

Das Wissen und die Wissens- und Medienkompetenz können im Kern als Chance und als Schranke einer teils digitalen Netzgesellschaft gelten – nicht allein die Kategorisierung aller Formen digitaler Aktion und Reaktion wie durch Andreas Hetzer in seinem Beitrag dargestellt, führt dabei auf Partizipation und Inklusion, sondern weiterhin die Verwirklichung einer gegensätzlichen sozioökonomischen Stratifikation der Gesellschaft in der Zukunft.

Die Herstellung demokratisch legitimierter und kollektiv bindender Entscheidungen mag durchaus von digitalen Applikationen beeinflusst sein. Auch der Charakter neuer sozialer Bewegungen und insbesondere ihre Kampagnen leben von der Möglichkeit der Mobilisierung durch das Netz. Gleichzeitig wird ihre Be-

ständigkeit darunter leiden, dass eine digitale Mitgliedschaft in einem Diskussionsforum im Gegensatz zur tatsächlichen Mitgliedschaft in einem Verein oder einer Partei schlicht flüchtig ist. Auch der „Like“-Button bei Facebook ersetzt nicht den Menschen aus Fleisch und Blut, der im Zweifel intersubjektiv handeln kann und die Prinzipien der von ihm digital geteilten Inhalte benennen, vertreten und somit leben kann.

Der gesellschaftliche Raum und so auch der „Raum der Ströme“, wie Castells es nennen würde, folgen den realen Machtverhältnissen des sozialen Raums, seinen Alltagskulturen und Milieus. Das heißt, der gesellschaftliche Raum ist nicht deshalb grundsätzlich anders vermachtet, weil den politischen Kräften neue Möglichkeiten der Kommunikation gegeben sind. Erst wenn eine Seite diese virtuoser nutzt als die andere, ergeben sich daraus andere politische Konstellationen, wie z. B. die „Change“-Kampagne Obamas und zuletzt die „Facebook-Revolution“ in Tunesien offenbarte. Dass die virale Kommunikation ausgerechnet der progressivere Teil der politischen Kräfte für sich nutzt, ist aber nicht ausgemacht.

Es ist daher zu debattieren und praktisch auszuprobieren, wie sich durch das Netz Chancen und Partizipationsmöglichkeiten jenseits der physischen Teilnahme an Demonstrationen eröffnen, die im Ergebnis zu einer politisch-demokratischen Revitalisierung beitragen können. Es kommt darauf an, was man aus dieser immer noch potentiell technologischen Anarchie „Internet“ formt. ■

⇒ Björn Böhning ist Vorsitzender des Forums Demokratische Linke (DL21) und Mitglied des SPD-Parteivorstandes.

⇒ Kai Burmeister ist Gewerkschaftssekretär und ist im spw-Zusammenhang aktiv.

⇒ Tim Rohardt (33), Politikwissenschaftler, studierte in Kiel, Hagen, Postdam, Kopenhagen und Wien. Er betreut den Blog der DL21 und arbeitet beim thüringischen Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie. Er lebt in Berlin und Erfurt.

⇒ Thilo Scholle, lebt in Lünen und ist Mitglied der spw-Redaktion.

⇒ Stefan Stache ist Chefredakteur der spw.

# Regulierung des Internets mit den Instrumenten des Datenschutzes?

von Hans Peter Bull

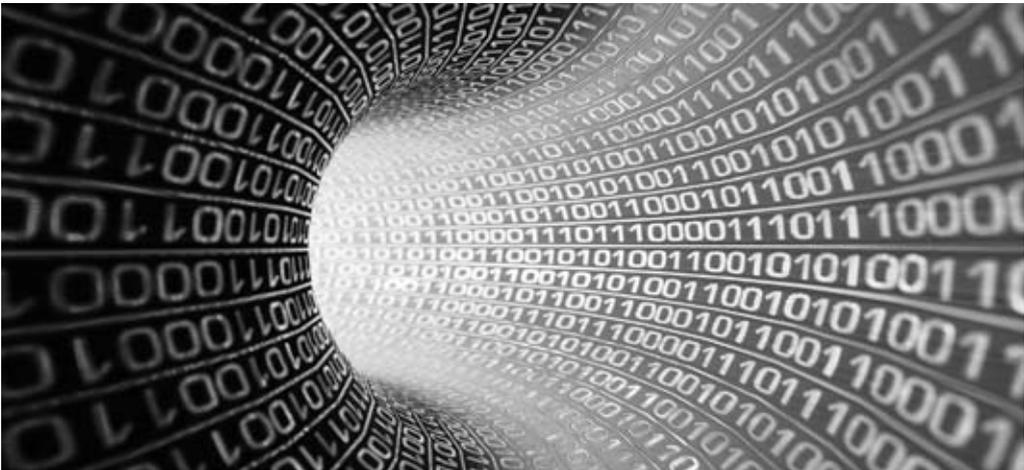


Foto: www.forcilia.com, © Mike Kley

## I. Was produziert das Internet?

Niemand weiß genau, was das Internet eigentlich ist, niemand hat es gesehen, gefühlt oder in allen seinen Dimensionen begriffen. Es ist eine riesige *black box*, deren Produkte wir auf unseren Bildschirmen mit wechselnden Gefühlen wahrnehmen – von ungläubigem Staunen über neue, aufregende oder beglückende Informationen bis zu wütendem Protest gegen beleidigende, boshafte, zerstörerische Äußerungen. All diese Produkte sind (unmittelbare oder mittelbare) Äußerungen von Menschen, teils solchen, die wir kennen, teils fremden, die uns als Adressaten benutzen, die eine Reaktion von uns auslösen wollen, als „Daten“ festgehalten, verarbeitet und verbreitet auf elektronischen Wegen. Die meisten Absender kennen uns nicht; wir sind für viele von ihnen nichts anderes als Rohstoff, menschliches Versuchsmaterial. Ein großer Teil des Internet-*output* ist Massenware, aber es gibt auch die gezielten, an einzelne Empfänger gerichtete Sendungen, die nicht für die Allgemeinheit bestimmt sind.

Selbstverständlich nutzt vor allem die Wirtschaft die virtuelle Vielfalt, die sich da bietet, und versucht, Informationen herauszufischen und zu verwerten, um ökonomische Vorteile zu erlangen. Aber der materielle Wert der Internetnutzung (der in anderen Beiträgen dieses Heftes behandelt wird) ist nicht alles: Informationen (bzw. ihre gespeicherte Form, die „Daten“) haben oft (auch) immateriellen Wert, und es kann immaterielle Rechtspositionen des Einzelnen beeinträchtigen, wenn bestimmte Informationen verbreitet und von Menschen zur Kenntnis genommen werden, für die sie nicht bestimmt sind. Auch der Staat und andere öffentliche Akteure können sich durch das Internet informieren und daraus Schlüsse ziehen – teils mit günstigen, teils mit nachteiligen Folgen für die Betroffenen.

Was einmal ins Internet gestellt wird, bleibt dort lange oder gar für immer. Eine Eintragung kann von Millionen Nutzern gelesen werden, eine Rundsendung kann Millionen von Empfängern erreichen. Ist die Informati-

on falsch, verzerrend, beleidigend, verletzt sie Rechte anderer, so ist die negative Wirkung um ein Vielfaches größer als bei individueller Kommunikation zwischen einzelnen Beteiligten. Via Internet kann man viel leichter viel größeren Schaden anrichten – gezielt oder ungezielt, absichtlich oder fahrlässig. Die Internetnutzung ist gefährlich. Sie ist es vor allem für die Betroffenen, manchmal aber auch für die Akteure. Da es aber faktisch schwierig ist, die jeweils Verantwortlichen auszumachen, und noch schwerer, sie zur Verantwortung zu ziehen, entsteht leicht ein Ungleichgewicht zwischen Opfern und Tätern.

## II. Wogegen schützt der Datenschutz?

Schutz gegen Beeinträchtigungen, die aus Informations- und Kommunikationsbeziehungen entstehen, bietet das Datenschutzrecht. Es dient der Bewahrung von Vertraulichkeit, Unbefangtheit und Integrität sozialer Kommunikation. Aber kann mit den Instrumenten des Datenschutzes auch die Kommunikation im Internet reguliert werden? Das Datenschutzrecht wurde schon mehr als zwei Jahrzehnte vor der Einführung des Internet geschaffen. Die wesentliche Sorge war seinerzeit, die Nutzung der LuK-Technik werde zur „Verdatung“ der Menschen führen, also zu ihrer Unterwerfung unter die Interessen der Informationsbesitzer. Dass der Mensch nicht zum Objekt herabgewürdigt werden darf, ist nach wie vor das zentrale Postulat und die verfassungsrechtliche Basis des Datenschutzes. Aber andere Sorgen sind hinzugekommen: Sind die Daten im Internet vor dem Zugriff unerwünschter Interessenten sicher? Werden sie korrekt und zuverlässig verarbeitet? Wer garantiert die Integrität der technischen Systeme? Das sind ebenfalls Fragen des Datenschutzes, aber sie führen zu anderen Antworten als die bisherigen Grundsätze, die auf der Konstruktion eines „Rechts auf informationelle Selbstbestimmung“ aufbauen.

Es ist zweifelhaft geworden, ob es im Internet ein Recht auf „informationelle Selbst-

bestimmung“ nach den Vorstellungen des Bundesverfassungsgerichts<sup>1</sup> geben kann. Diese rechtliche Konstruktion ist schon für die nicht vernetzte Datenverarbeitung kaum geeignet, weil sie im Kern keine materiellen Richtlinien bietet, sondern alle Ausnahmen von dem Selbstbestimmungsvorbehalt von einer Entscheidung des Gesetzgebers abhängig macht; der aber erlaubt – mit einer gewissen Verzögerung – regelmäßig sämtliche Datenverarbeitungsweisen, die er für sinnvoll hält – er kann gar nicht anders. Und wenn die Betroffenen – wie so oft – der Veröffentlichung ihrer Daten zustimmen oder sie sogar selbst betreiben, kann das Selbstbestimmungsprinzip sie nicht schützen.

Aber die Grundregeln der Persönlichkeitschutzes – auf den das Datenschutzrecht zurückgeht – gelten unabhängig von der Form der Kommunikation; die technische Ausgestaltung spielt zunächst keine Rolle. Beleidigung, üble Nachrede und Verleumdung sind verboten und strafbar, gleich in welchem Medium sie stattfinden. Zivilrechtlich begründen schwere Persönlichkeitsrechtsverletzungen Ansprüche der Verletzten auf Entschädigung. „Schmähdiskussion“ bleibt rechtswidrig, unabhängig davon, ob sie auf herkömmliche Weise begangen wurde oder über das Internet. Die Tatbestände der „Verletzung des persönlichen Lebens- und Geheimbereichs“ sind im Strafgesetzbuch vor einiger Zeit noch einmal ergänzt worden (§§ 201-206); schon das unbefugte Ausspähen von Daten ist strafbar (§ 202a StGB). Der Datenschutz ergänzt den Persönlichkeitsschutz, indem er schon für das „Vorfeld“ von Verletzungen beschränkende Regeln aufstellt; sie gelten selbstverständlich für die Sammlung und Nutzung personenbezogener Daten auch im Internet.

<sup>1</sup> So die zentrale Formel des BVerfG seit der Volkszählungs-Entscheidung vom 15.12.1983 (BVerfGE 65, 1). Krit. dazu H. P. Bull, Informationelle Selbstbestimmung – Vision oder Illusion?, Tübingen 2009, m.w.N.

Dass diese Normen tatsächlich im großen und ganzen durchgesetzt werden, ist unwahrscheinlich. Zu umfangreich und zu unübersichtlich sind die Datenspeicherungen und Datenflüsse im Internet, als dass auch nur ein relevanter Teil der Rechtsverstöße, die dabei geschehen, gerichtlich sanktioniert werden kann. Zudem sind viele Internetnutzer der Meinung, das Internet sei ein „rechtsfreier Raum“; die Normen des Zivil- und Strafrechts hätten für den virtuellen Raum des Internet keine Bedeutung. Mit beträchtlichem medialem Erfolg propagieren einige Gruppen weltweit die „Freiheit des Internet“, verstanden als die Freiheit von jeglichen Einschränkungen durch Recht, sei es das Recht der Staaten oder der internationalen Organisationen und Gemeinschaften. Fast klingt es manchmal, als seien alle im Netz vorhandenen und kommunizierten Daten nur positiv zu beurteilen und könnten niemandem schaden, ja als hätten sie in der realen Welt gar keine Wirkung. Doch diese Vorstellung von der bloß virtuellen Wirkung in einer virtuellen Welt ist widersprüchlich; so ist die Aufklärung der Bevölkerung über Fehler und Geheimnisse der Regierenden nach dem Muster von Wikileaks sehr wohl gewollt und soll natürlich nicht bloß im Netz bemerkbar sein, sondern auch in den Zeitungen und elektronischen Massenmedien.

Den meisten Menschen fällt es schon schwer, ihre Rechtsansprüche aus konventionell abgeschlossenen Verträgen oder aus ihnen zugefügten Delikten vor einem Gericht einzuklagen. Erst recht zögern wohl die meisten, Rechte aus Internetkontakten gerichtlich durchzusetzen – mit gutem Grund; denn schon die genaue Feststellung der Verantwortlichen ist oft kaum möglich, ganz abgesehen davon, dass viele Klagen vor ausländischen Gerichten eingereicht werden müssten. Für große Unternehmen ist das kein unüberwindliches Hindernis; deshalb werden allerhand Rechtsstreitigkeiten um elektronische Verträge und unzulässige

Nutzungen gespeicherter Daten geführt. Für mittelständische Unternehmen und für Privatleute ist die Rechtsverfolgung vor ausländischen Gerichten ein hohes Risiko und meist schon mit zu hohem Aufwand verbunden. Hilfe zur Erleichterung des Rechtsschutzes ist hier nur von supranationalem (europäischem) Recht und von internationalen Abmachungen zu erwarten. Wichtig wäre die Festlegung nationaler Gerichtsstände.

### III. Wie nötig sind neue Rechtsnormen?

Die Eignung des Datenschutzrechts für die Bewältigung der neuen Konflikte wird vielfach angezweifelt. So fordern Ralf B. Abel und Bernd Lutterbeck mit guten Gründen die grundsätzliche Abkehr von der bisherigen Methode der zahllosen „detailversessenen“ Zulässigkeitsbestimmungen und wollen den Gesetzgeber dazu anhalten, nur einen Rahmen für die selbstbestimmte Informationssammlung und -verarbeitung zu setzen.<sup>2</sup>

Weniger revolutionär, dafür konkreter und spezieller hat der Bundesminister des Innern (BMI), Thomas de Maizière, hat Anfang Dezember 2010 eine Gesetzesinitiative angekündigt, die „den Schutz vor besonders schweren Persönlichkeitsverletzungen im Internet verbessern soll“, und zwar durch eine Ergänzung des BDSG.<sup>3</sup> Kern des Entwurfs ist die Feststellung, dass öffentliche wie nicht-öffentliche Stellen keine personenbezogenen Daten veröffentlichen dürfen, wenn dadurch „ein besonders schwerer Eingriff in das Persönlichkeitsrecht des Betroffenen herbeigeführt wird“. Verstöße sollen durch „immateriellen Schadensersatz“, also ein Schmerzensgeld sanktioniert werden. Der BMI führt dazu Beispiele an: die gezielte Sammlung und Auswertung personenbezogener Daten, die ein „umfangreiches Persön-

2 Abel, Von der Autonomie im elektronischen Dorf, in: SCHUFA Holding AG (Hrsg.), Zwischen Liberalität und Paternalismus: Wo fördert, wo beschränkt der Datenschutz Bürgerrechte?, Wiesbaden 2010, S. 5 ff.; Lutterbeck, Komplexe Kontexte – einfache Regeln, ebd. S. 11 ff.

3 Pressemitteilung des BMI vom 1.12.2010.

lichkeits- oder Bewegungsprofil des Betroffenen ergeben können“, die „ehrverletzende“ Beschreibung oder Abbildung des Betroffenen, die „Veröffentlichung von TK-Verbindungsdaten, die Offenlegung von Betreuungsverhältnissen oder das systematische Veröffentlichenden des Aufenthalts- und Wohnorts von vorbestraften Personen“. Solche konkreten Tatbestände sind hilfreich – wie auch die Regelungsvorschläge zu bestimmten Internetdiensten, „die für die Integrität des Persönlichkeitsrechts von besonderer Bedeutung sind“, nämlich Gesichtserkennungsdiensten, Profilbildungen anhand von Suchmaschinenanfragen und Erhebung von Standortdaten. Ergänzend werden auch die Regelungen des Arbeitnehmerdatenschutzes anzuwenden sein, die seit einiger Zeit vorbereitet werden.

Neuerdings wird vielfach auch propagiert, den Grundsatz der *Datensparsamkeit* oder *Datenvermeidung* verstärkt zur Geltung zu bringen. Das Bundesdatenschutzgesetz enthält tatsächlich eine solche Bestimmung, nämlich § 3a: „Die Erhebung, Verarbeitung und Nutzung personenbezogener Daten und die Auswahl und Gestaltung von Datenverarbeitungssystemen sind an dem Ziel auszurichten, so wenig personenbezogene Daten wie möglich zu erheben, zu verarbeiten oder zu nutzen. Insbesondere sind personenbezogene Daten zu anonymisieren oder zu pseudonymisieren, soweit dies nach dem Verwendungszweck möglich ist und keinen im Verhältnis zu dem angestrebten Schutzzweck unverhältnismäßigen Aufwand erfordert.“ Dieser Paragraph hat bisher keine erkennbaren Wirkungen entfaltet, und das wird wohl auch in Zukunft so sein. Denn er steht in krassem Gegensatz zu der ökonomisch begründeten Tendenz, die Datenverarbeitung für immer mehr Zwecke zu nutzen und dabei einen hohen Grad an Komfort und Ausbeute zu ermöglichen. Eine gewisse Redundanz ist sogar um des Persönlichkeitsschutzes willen sinnvoll (zum Beispiel um Verwechslungen

zu vermeiden und die Informationen in dem Kontext ihrer Entstehung zu belassen). Andererseits werden Anonymisierung und Pseudonymisierung in Teilen des Internets in einer Weise praktiziert, die den Persönlichkeitsschutz konterkariert: Wer unter erfundenem Namen andere beleidigt, verleumdet oder lächerlich macht, schützt nur seine eigene Freiheit und verhindert, dass die Betroffenen ihn zur Verantwortung ziehen.

Schon früh ist auch die Idee entstanden, die Speicherung von Daten durch ein „programmiertes Vergessen“ zu humanisieren. Während das menschliche Gedächtnis Vergangenes im Laufe der Zeit gnädig vergisst, ist die technische Fixierung von Informationen grundsätzlich auf Dauerhaftigkeit gerichtet. Es ist möglich, die Löschung gespeicherter Daten von vornherein zu programmieren; man kann „Verfallsdaten“ eingeben, die je nach Art der Daten unterschiedlich sein können. Aber das ist nicht der Weisheit letzter Schluss. Man verspielt damit die Vorteile der langfristigen Aufbewahrung, vereitelt die Entstehung eines Archivs, das ja durchaus wertvoll sein kann. Einfacher und ausreichend wäre es an sich, die *Verwendung* älterer Informationen differenziert einzuschränken. Sicherheitshalber ist aber darüber hinaus die Löschung „verjährter“ Informationen vorgeschrieben.

## IV. Andere Konfliktpotentiale

### 1. Urheberrechte

Ein großer Teil der Konflikte, die durch das Internet möglich geworden sind, betrifft die Urheberrechte von Autoren, Musikproduzenten und anderen, die von der Verbreitung bestimmter Produkte leben. Auch hier spielt die Datenspeicherung als technische Voraussetzung eine Rolle, aber das Datenschutzrecht bietet keine Lösungen an; denn es unterscheidet nicht nach dem geistigen oder künstlerischen Wert der verbreiteten Werke.

Für die Geltendmachung der Urheber-(und Leistungsschutz-)rechte gilt selbstverständlich dasselbe wie beim Persönlichkeitsschutz: es sind Erleichterungen nötig. Für zahlreiche Fälle gilt US-amerikanisches Recht, und das bedeutet für Geschädigte in Mitteleuropa eine hohe Hürde.

## 2. Wikileaks, Whistleblower usw. – das Ende aller Geheimnisse?

Geheimhaltung, wie vom Datenschutz verlangt, ist durch das Informationsinteresse anderer gefährdet. Im Rahmen des Datenschutzes wird dieses Interesse Dritter sowohl vom Gesetzgeber bei der Schaffung allgemeiner Regeln wie von der behördlichen und unternehmerischen Praxis bei der Auslegung von Generalklauseln berücksichtigt – manchmal als ausschlaggebender Grund für Offenlegung, manchmal erfolglos. Darüber hinaus gelten seit einigen Jahren auf Bundesebene und in den meisten Ländern *Informationsfreiheitsgesetze*, die den Bürgern das Recht auf Einsicht in die Behördenakten geben, ohne dass ein eigenes Interesse geltend gemacht werden muss, also schlicht auch zur Befriedigung der staatsbürgerlichen Neugierde. Der scheinbare Widerspruch zwischen Datenschutz und Informationsfreiheit löst sich auf, wenn man bedenkt, dass personenbezogene Daten von dem Akteneinsichtsrecht in der Regel ausgenommen sind. Es handelt sich also um Sachdaten, und die sind oft politisch noch brisanter als die Äußerungen bestimmter Personen, die geheim bleiben sollen.

In neuester Zeit hat sich zwar nicht die Rechtslage, wohl aber die Praxis durch die Veröffentlichung großer Mengen geheimer Unterlagen der USA in Richtung noch größerer Offenheit gewandelt. Die Akteure von *Wikileaks* und ähnlichen Internet-Plattformen versprechen sich von der Offenlegung vertraulicher Dokumente einen Demokratisierungsschub. Sie stehen damit in der

Tradition der Bewegung für *Freedom of Information*<sup>4</sup> – das war ein gewichtiger Beitrag der amerikanischen Gesetzgebung zur stärkeren Kontrolle der Regierung und in der Tat insofern ein Element von Demokratisierung. In demselben Sinne hat sich eine Praxis der bewussten Geheimnisverletzung durch Insider – Regierungsmitarbeiter oder Unternehmensangestellte – entwickelt, die unter dem Namen *Whistleblower* Informationen über rechtswidrige oder gemeinwohlgefährliche Vorgänge an die Öffentlichkeit bringen (und dabei ein erhebliches dienst- oder arbeitsrechtliches Risiko eingehen). In verschiedenen Rechtsordnungen sind inzwischen Regeln eingeführt worden, die das Whistleblowing erleichtern oder zumindest das Risiko der Beteiligten verringern sollen.<sup>5</sup>

Die neue Welle der Offenlegung von Geheimnissen übertrifft die bisherigen Aktivitäten dadurch, dass auf einen Schlag große Mengen von Papieren, teilweise unsortiert und unsystematisch, ins Internet gestellt werden – Äußerungen von Diplomaten gegenüber ihren Regierungen ebenso wie die Erörterung von Plänen und Vorhaben von Behörden und Politikern, bloße Indiskretionen und vertraulich gemeinte Einschätzungen von Personen, aber auch Informationen, die aus Gründen der Sicherheit vor bestimmten Dritten geschützt werden sollten. Der Schutz personenbezogener Daten wird hier teilweise vernachlässigt. Es ist auch keineswegs sicher, dass die Aufdeckung solcher Dokumente in allen Fällen die Demokratie stärkt. Während ein Teil der Akteure die Qualität

4 Vgl. dazu den Freedom of Information Act (FOIA) von 1966, novelliert 1974 (US Code, Titl. 5, sect. 552). Die Watergate-Affäre wurde u.a. auf der Basis von Informationen aufgedeckt, die dem Jedermann-Einsichtsrecht nach dem FOIA unterlagen und von investigativen Journalisten eingesehen wurden. Grundsätzlich zum Thema Bernhard W. Wegener, *Der geheime Staat: Arkantradition und Informationsfreiheitsrecht*, Göttingen 2006.

5 Im deutschen Beamtenrecht ist zumindest für die Anzeige eines Korruptionsverdachts die Verschwiegenheitspflicht eingeschränkt worden, vgl. § 67 Abs. 2 Nr. 3 Bundesbeamtengesetz und entsprechende Landesgesetze. Zur Praxis des Whistleblowing s.a. verschiedene Veröffentlichungen der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler (VDW), u.a.: Dieter Deiseroth/Annegret Falter (Hrsg.), *Whistleblower in Gentechnik und Rüstungsforschung*, Berlin 2006; dies., *Whistleblower in Altenpflege und Infektionsforschung*, Berlin 2007; dies., *Whistleblower in der Steuerfahndung*, Berlin 2010.

der Veröffentlichungen durch Zusammenarbeit mit renommierten Redaktionen und entsprechende journalistische Aufbereitung verbessern will, setzen einige Initiatoren und Unterstützer auf eine Polarisierung zwischen den vermeintlich „bösen“, „korrupten“ oder „dummen“ Regierungen und Unternehmen und den angeblich nur von edlen Motiven bewegten Aufklärern. Diese werden wegen der (erwartbaren!) Reaktionen der düpierten Geheimnishüter sogleich zu Märtyrern erklärt. Für eine rechtliche Bewertung ist diese Polarisierung ungeeignet.

### 3. Netzneutralität

Unter diesem Begriff versteht man – verkürzt ausgedrückt – das Prinzip, dass die Übermittlung von Nachrichten nicht von einer Prüfung ihres Inhalts abhängig gemacht werden darf. Die Stellen, die für den Transport verantwortlich sind, sollen sich nicht für die unterschiedlichen Inhalte der Briefe und Pakete interessieren, sondern alle Sendungen ungeprüft und gleich schnell und sicher befördern. Es soll keine Vorzugsbehandlung und keine Benachteiligung bestimmter Datenarten oder Sendungsformen geben.<sup>6</sup> Dieses Prinzip ist im Ansatz sinnvoll, weil es die Verantwortung sachgerecht aufteilt und weil es Diskriminierungen beim Transport verhindert, aber es kann nicht ohne Ausnahmen gelten. So wie die Post z.B. die Befugnis hat, gemeingefährliche Sendungen vom Transport auszuschließen, muss auch ein TK-Dienstleister das Recht haben, seine Leistungen unter bestimmten, im voraus klar definierten Bedingungen zu verweigern. Die Regel muss sein, dass eine Kontrahierungspflicht besteht, und die Ausnahmen müssen auf gewichtige Gründe des Allgemeinwohls gestützt sein oder dem Schutz von Funktionsfähigkeit und Integrität des Dienstes dienen. Manche fürchten auch, dass künftig

Vorzugsbehandlung und Nachrangigkeit bestimmter Sendungsarten schon deshalb aufgenommen werden, weil die Kapazitätsgrenzen des Internet in seiner derzeitigen Form erreicht werden. Dann muss der Staat Regulierungen schaffen, die den Grundrechten der Beteiligten zur Durchsetzung verhelfen.

### V. Ergebnis

Festzuhalten ist: Datenschutz bestärkt das Persönlichkeitsrecht und die Privatsphäre der Individuen auch insoweit, wie sie durch Internetaktivitäten gefährdet sind. Für andere Zwecke eignet es sich nicht (oder allenfalls als Wirkungsverstärker anderer Rechtsnormen), und es versagt, wenn Menschen sich freiwillig im Netz „entblößen“. Ein allgemeines Recht der Informationsbeziehungen muss auch andere Instrumente bereitstellen, als das Datenschutzrecht bisher vorsieht. Die Anwendung der Informations- und Kommunikationstechnik in Staat und Wirtschaft kann im Ergebnis durch das Datenschutzrecht und die Datenschutzkontrollpraxis nicht grundlegend eingeschränkt werden. Bei der nationalen Gesetzgebung und den erforderlichen internationalen Abmachungen sind daher noch viel weiterführende Kreativität und Originalität gefordert. ■

<sup>6</sup> Vgl. dazu den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen v. 9.11.2010, BT-Drs. 17/3688.

↳ Hans Peter Bull, Dr. iur., ist Professor. (em.) für Öffentliches Recht an der Universität Hamburg. 1978-83 war er Bundesbeauftragter für den Datenschutz, 1988-95 Innenminister des Landes Schleswig-Holstein. Zahlreiche Veröffentlichungen zum Staats- und Verwaltungsrecht, zu Fragen der Verwaltungsorganisation und zum Informationsrecht, insbesondere Datenschutz.

## Commons-basierte Peer-Produktion

von Stefan Meretz



Foto: www.fotolia.com, © Spencer

Vor zehn Jahren hatte ich das Vergnügen in der spw 120 in einem Artikel zur Freien Software „20 Thesen für eine andere Gesellschaft“ zu formulieren. Zeit also, die Thesen zu überprüfen. Meine zentrale Aussage war seinerzeit, dass Freie Software eine Keimform einer neuen Form der Vergesellschaftung und neuen Art und Weise der Produktion der notwendigen und nützlichen Güter sei. Diese Grundthese hat sich bestätigt. Was mit der Freien Software begann, hat sich auf viele Bereiche der Gesellschaft ausgedehnt. Hinzu kam – das war vor zehn Jahren noch nicht im Blick – ein weltweiter Prozess der Wiederentdeckung der Gemeingüter (Commons).

Freie oder Open Source Software ist inzwischen vielen ein Begriff, ebenso Wikipedia und Wikileaks. Dies sind jedoch nur die weithin sichtbaren Leuchttürme der Ausdehnung einer beginnenden Produktionsweise, die heute allgemein *commons-basierte Peer-Produktion* genannt wird. Klären wir zunächst den komplizierten Begriff auf.

Commons, Gemeingüter, fassen einen sozialen Prozess der Entwicklung und Pflege von

Ressourcen oder Gütern durch eine Gemeinschaft, die auch die Regeln festlegt, wie und für wen die Resultate verfügbar sind – mindestens für die Mitglieder selbst, oft aber auch für viele andere, und im Falle von Freier Software und anderen Arten freien Wissens sogar für die ganze Welt. Das *Teilen* (engl.: sharing) ist das passende Stichwort.

Der Ausdruck Peer-Produktion bezeichnet die freiwillige Kooperation zwischen Gleichberechtigten (engl.: peers), die zu einem gemeinsamen Ziel beitragen. Man kooperiert mit anderen nicht, weil man Geld verdienen will oder von irgendjemand dazu gezwungen wird, sondern weil man einem gemeinsamen Ziel zum Erfolg verhelfen möchte. *Beitragen statt tauschen* kennzeichnet diese Praxis.

Die commons-basierte Peer-Produktion bringt beides zusammen. Peer-Produktion ist eine Produktionsweise, die auf Gemeingütern aufbaut, sie pflegt und weiterentwickelt und neue Gemeingüter herstellt. Der Übergang zwischen der Pflege des Vorhandenen und dem Hervorbringen von Neuem ist dabei fließend. Interessant ist, dass die klassische

„Eigentumsfrage“ in neuer Weise behandelt wird. Entscheidend ist, wer das Gut in der Peer-Produktion besitzt, es also tatsächlich benutzt und sicher sein kann, dass dies auch langfristig möglich ist, und nicht, wem etwas formal als Eigentümer zugeordnet ist. *Besitz statt Eigentum* lautet hier die Formel.

### Freie Software und Saatgut

Parallel zu der Entfaltung dieser manchmal auch „neue Commons“ genannten Produktions- und Nutzungsformen, die sich stark auf die neuen Möglichkeiten des Internets stützen, sind auch die „traditionellen Commons“, die sich vorwiegend auf natürliche Ressourcen beziehen (Luft, Wasser, Fische, Saatgut etc.), wieder in den Blick gerückt. Einen großen Anteil an dieser neuen Aufmerksamkeit hatte die Vergabe des Wirtschafts-Nobelpreises an die Commons-Forscherin Elinor Ostrom, die in zahlreichen empirischen Studien die Gelingensprinzipien traditioneller Commons formuliert hat.

Sehr unterschiedliche Güter und Ressourcen können aus einer Commons-Praxis hervorgehen. Dabei werden Gemeinsamkeiten neu entdeckt. Nehmen wir Software und Saatgut als Beispiel. Die Bewegung Freie Software hat vier Freiheiten definiert: verwenden, verbreiten, verändern und Veränderungen verbreiten. Genau das sind auch die Forderungen der Bauernbewegung, die über ihr Saatgut frei verfügen wollen. Die Frei-Software-Bewegung kämpft gegen die Software-Patentierung und Bauern gegen (oft genmanipuliertes) Saatgut, dessen Lizenzen eine Neuaussaat der Erträge verbieten. Der Schutz von sogenanntem „intellektuellem Eigentum“ erweist sich in Wahrheit als Enteignung und künstliche Verknappung von Wissen und Erfahrung.

### Commons-Irrtümer

Commons, Gemeingüter, sollten nicht mit freien, praxislosen Gütern verwechselt wer-

den. Die deutsche Fassung „Gemeingut“ legt dies mit dem Wort „Gut“ leider nahe. Unregulierte Güter oder Ressourcen haben keine Kümmerner, die Regeln für ihre Nutzung überlegen. Commons hingegen sind Güter oder Ressourcen, die von einer Gemeinschaft hergestellt und gepflegt werden. Sie entscheidet auch über die Nutzung. Die Commons-Regel „Alle können nehmen“ wie etwa bei Freie Software sieht zwar so ähnlich aus wie das „Alle nehmen einfach“ bei ungeregelten Gütern, bedeutet jedoch etwas anderes. „Alle können nehmen“ ist wohlüberlegt explizit festgelegt worden, weil es die Güter nicht beschädigt, sondern die Gemeinschaft vergrößert und allen nutzt. „Alle nehmen einfach“ setzt sich hingegen unüberlegt durch und kann bei bestimmten Ressourcen den Ruin bedeuten. Commoners hätten sich in solchen Fällen gegen einen freien Zugriff entschieden und sich eine andere Nutzungsregel überlegt. Die wichtige Erkenntnis ist: Es gibt *keine Gemeingüter ohne eine soziale Praxis*. Gemeingüter ohne Kümmernerpraktiken sind keine, es sind dann nur nackte Ressourcen.

Commons, Gemeingüter, sollten auch nicht mit öffentlichen Gütern verwechselt werden, um die sich der Staat kümmert. Parks müssen gepflegt, Seen zugänglich gehalten und die Bahn von der Börse ferngehalten werden – das sind Aufgaben des Staates, bisher. Die stellvertretende Sorge macht die Sache fern und anonym: Der Staat wird es richten. In Zeiten der Krise fällt dann oft nur ein: Privatisieren. Gemeingüter, sind etwas Drittes. Sie können verschiedene Eigentumsformen zur Grundlage haben, auch öffentliches. Kümmert sich eine Gemeinschaft von Commoners mit einem konkreten Nutzungsbezug um die Güter und Infrastrukturen, dann ist das etwas anderes als von Staats wegen gewährte Beteiligung, bei der die Ziele bereits feststehen (vgl. Stuttgart21). Es ist Selbstbestimmung – *Emanzipation statt Partizipation*.

## Bedürfnisse und Selbstentfaltung

Nimmt man die zentralen Paradigmen der herrschenden Ökonomie – das Knappheitsdogma der Warenproduktion und der „homo oeconomicus“ als nutzenmaximierendes Individuum – und schaut damit auf die Peer-Produktion, so bleibt diese völlig unverständlich. Waren müssen knapp sein, sonst können sie keinen Preis haben. Bei den Commons wird die Verfügung über die Güter und Ressourcen sozial vereinbart. Wenn genug da ist, können alle zugreifen – bei Wikipedia zum Beispiel alle Menschen weltweit, die Zugang zum Internet haben. Wenn bei einem Verbrauchsgut eine Übernutzung droht, kann die Nutzung auf die Mitglieder der Gemeinschaft beschränkt sein. Ausgangspunkt sind stets die *Bedürfnisse* der beteiligten Menschen.

Auch die Motivation zur Beteiligung unterscheidet sich vom verengten Bild des isolierten „Wirtschaftsmenschen“. Der Antrieb zur Beteiligung ist nicht, sich selbst möglichst optimal zu verwerten, sondern das zu tun, was man wirklich tun möchte. Das können pragmatische Gründe sein, etwa durch Selbermachen sich ein wenig aus Marktabhängigkeiten zu lösen. Oder Spaß an der Sache, das Vergnügen, gemeinsam etwas Nützliches herzustellen. Viele wollen auch einfach „etwas zurückgeben, nachdem man vorher reichlich bekommen hat“. Die Schlüsselworte lauten hier *individuelle Selbstentfaltung* – die unschlagbare Quelle kreativer Kraft und Motivation.

Die resultierenden sozialen Logiken bei der Warenproduktion und bei der commons-basierten Peer-Produktion unterscheiden sich fundamental. Die „unsichtbare Hand“ des Marktes ist eine der Selektion, und es ist keineswegs so wie Adam Smith annahm, dass an alle gedacht ist, wenn jeder an sich selbst denkt. Tatsächlich basiert die Marktdynamik auf einer Logik der Exklusion. Auf

allen Ebenen setzen sich die Einen auf Kosten anderer durch: Marktgewinner gegen Verlierer, Arbeitsplatzinhaber gegen Arbeitslose, Inländer gegen Migranten, Hochproduktive gegen Abgehängte, Nordländer gegen Südländer usw. usf. Die Peer-Produktion ist hingegen nur erfolgreich, wenn sie die Beitragenden gewinnt und integriert, wenn die Bedingungen für die individuelle Selbstentfaltung stimmen, wenn die Entfaltung des Einen die Voraussetzung für die Entfaltung aller anderen ist. Die *Logik der Inklusion* entsteht nicht als Ergebnis moralischer Maximen, sondern umgekehrt: Es entstehen inklusive Maximen, weil nur diese den Erfolg gewährleisten (s.u.).

## Zukunft der commons-basierten Peer-Produktion

Manche mögen nun einwenden, dass nicht-stoffliche digitale Informationsgüter wie Wissen, Musik, Filme, Software usw. nahezu aufwandslos kopiert werden könnten, während jedes Exemplar eines stofflichen Guts erneut Energie, Material und Arbeitsaufwand benötigte. Dem ersten Anschein nach ist das zutreffend. Genau besehen ist der Unterschied zwischen Informationsgütern und stofflichen Gütern nicht so groß. Informationen können nur deswegen mit geringem Aufwand vervielfältigt werden, weil es dafür eine weltweit verfügbare stoffliche *Infrastruktur* gibt – das Internet als universelle Kopiermaschine.

Gleichzeitig verfügen auch stoffliche Produkte über große „Kopiermaschinen“, nämlich die industrielle Massenproduktion. Untersucht man die Industrieproduktion genauer, dann stellt man fest, dass der übergroße Aufwandsanteil an den stofflichen Produkten informationeller Art ist. Produkte müssen erforscht, technisch konzipiert, gestalterisch entworfen, getestet, geprüft usw. werden; desgleichen noch einmal für die entsprechenden Produktionsprozesse, in

denen die Produkte entstehen. In den Produktionsprozessen wird vergegenständlicht, was vorher gedacht und als Wissen entwickelt wurde. Diese Infrastrukturalisierung der Produktion stofflicher Güter rückt sie näher an Informationsgüter heran. Jedes stoffliche Gut war vorher ein Informationsgut!

Damit liegt es auf der Hand, dass die commons-basierte Peer-Produktion auch vor dem Bereich der Produktion stofflicher Güter keinen Halt machen würde. Projekte im Bereich Freier Designs entstehen derzeit zahlreich, einige ausgewählte Beispiele seien im Folgenden kurz vorgestellt.

### Open Design

*OpenWear* ([openwear.org](http://openwear.org)) ist eine kollaborative Kleidungsplattform, die Menschen unterstützt, selber zum Produzenten zu werden. Ähnliches betreibt *Pamoyo* in Berlin ([pamoyo.com](http://pamoyo.com)) oder *Threadless* in Chicago ([threadless.com](http://threadless.com)). Offenes Möbeldesign betreibt *Ronen Kadushin* ([ronen-kadushin.com](http://ronen-kadushin.com)). Architektur entsteht im *Open Architecture Network* ([openarchitecturenetwork.org](http://openarchitecturenetwork.org)) und im Projekt *Architecture for Humanity* ([architectureforhumanity.org](http://architectureforhumanity.org)). Im Bereich elektronischer Hardware ist das italienische *Arduino*-Projekt ([arduino.cc](http://arduino.cc)) sehr bekannt geworden, auf dem u.a. das *Fritzing*-Projekt in Potsdam ([fritzing.org](http://fritzing.org)) aufbaut. Das *Ronja*-Projekt ([ronja.twibright.com](http://ronja.twibright.com)) entwickelt Hardware für die optische Datenübertragung. *Freifunk* ([freifunk.net](http://freifunk.net)) baut freie Funknetze auf. Auch das Projekt *One Laptop per Child* ([laptop.org](http://laptop.org)) verwendet ein offenes Design. Beispiele für offen entwickelte Autos sind *TREV* ([trevipedia.net](http://trevipedia.net)) und *C,mm,n* ([cmmn.org](http://cmmn.org)). Viel Aufmerksamkeit hat der 3D-Drucker *RepRap* ([reprap.org](http://reprap.org)) erregt, der seine eigenen Bauteile auch selbst „ausdrucken“ kann. *Fab@Home* ([fabathome.org](http://fabathome.org)) ist ein weiterer 3-D-Drucker, ebenso der *Maker-Bot* ([makerbot.com](http://makerbot.com)), um den herum sich eine große Community gebildet hat. *Thingiverse*

([thingiverse.com](http://thingiverse.com)) ist die entsprechende Austausch-Plattform für 3D-Designs. Der Bau von Produktionsmitteln für die „personal fabrication“ ist das Ziel der Projekte *Contraptor* ([contraptor.org](http://contraptor.org)) und *CubeSpawn* ([cubespawn.com](http://cubespawn.com)). *FabLabs* ([fablab.is](http://fablab.is)) und *Hackerspaces* ([hackerspaces.org](http://hackerspaces.org)) sind die Orte, wo die vorher beschriebenen Produktionsmittel (und andere) genutzt werden können – sie entstehen derzeit weltweit.

Alle erwähnten Projekte und Firmen zeichnen aus, dass sie Freie Lizenzen (GNU General Public License oder Creative Commons) verwenden, die es erlauben, die Designs frei zu nutzen. Die meisten Projekte laden zur Modifikation der vorhandenen Entwürfe ein, so dass eine hohe Dynamik der kreativen Entfaltung entstehen kann. Auf diese kreative Potenz können auch immer weniger traditionelle kapitalistische Produzenten verzichten. Nicht offen zu sein, wird zunehmend zum Nachteil in der Konkurrenz um Marktanteile. Selbst Monopolisten wie Microsoft mussten sich öffnen und unterstützen inzwischen auch Freie Software. Google fördert Freie Software und setzt sich für offene Standards ein. Doch das sind zögerliche Schritte, die darauf basieren, das Tafelsilber geheim zu halten, um mit ein paar Nettigkeiten die produktiven Communities zufrieden zu stellen. Das ist kein Modell der Zukunft. Der Wettlauf um Offenheit geht weiter.

### Der MeeGo-Weg

Nur in Freiheit entfaltet sich Kreativität und Produktivität. Im Widerspruch zwischen „Selbstentfaltung und Selbstverwertung“ ([spw 120](http://spw.120.org)), zwischen freier, selbstbestimmter Entfaltung der eigenen Vorstellungen und der Unterwerfung unter fremde Anforderungen der Verwertbarkeit, hat sich die Grenze wiederum ein Stück in Richtung Freiheit verschoben. Ein herausragendes Beispiel dafür ist die *MeeGo*-Community. *MeeGo*

(meeGo.com) ist Nokia + Intel + Community unter Schirmherrschaft der unabhängigen Linux-Foundation. Ziel ist die Herstellung eines freien Betriebssystems für vernetzbare Mobil- und Consumer-Geräte: Netbooks, Tablets, Smart Phones, MediaCenter/TV, In-Vehicle Devices, Infotainment, Energiemanagement usw. Nachdem einige Firmen (Sun, Oracle u.a.) damit gescheitert sind, das Modell „open source“ einseitig auszunutzen, hat sich MeeGo vollständig dem offenen Entwicklungsprinzip verschrieben.

MeeGo hat vier Prinzipien der Projektorganisation, die zeigen, dass die Logik der commons-basierten Peer-Produktion verstanden wurde: *Inklusion* bedeutet, dass das Projekt offen für alle ist, die sich beteiligen wollen. Voraussetzung dafür sind niedrige Eintrittshürden und die volle Transparenz aller Prozesse (Code, Diskussion, Entscheidungen, Regeln). *Meritokratie* zielt darauf ab, dass sich die besten Ideen durchsetzen und Entscheider/innen nach Reputation ausgewählt werden (so sind verantwortliche Entwickler unabhängig von den beteiligten Firmen). *Upstream-first* schließlich bedeutet, dass alle Veränderungen wieder in den zentralen Softwarebestand fließen, um die Konsistenz über die so unterschiedlichen Geräteplattformen zu gewährleisten.

Der offene „MeeGo-Weg der Entwicklung“ wird bewusst dem „kontrollierten Box-Modell“ gegenübergestellt, bei dem eine Firma die Nutzer mit ihren exklusiven Produkten beglückt – und sie maximal an sich bindet. Damit sind die proprietären Hersteller wie Apple u.a. gemeint. Es reicht zukünftig nicht mehr aus, einzelne coole Gadgets zu entwickeln, sondern es kommt darauf an, für die gesamte Palette der netzwerkfähigen Kommunikationsgeräte ein einheitliches System zur Verfügung zu stellen. Diese Skalierbarkeit und Kreativität bringt eine Firma alleine in einem geschlossenen Entwicklungsmodell nicht mehr zustande.

## Freies Produkt und offener Prozess

Die Abgabe der Kontrolle über ein Produkt durch ein (oder mehrere) Unternehmen ist ein radikaler Schritt, der noch vor Kurzem nicht vorstellbar war. Man muss sich klar machen, was das ökonomisch bedeutet: Das Feld, das das freie Produkt besetzt, wird faktisch entwertet. Mehr noch: Unternehmen investieren riesige Summen dafür, der Welt ein Produkt (kosten-) frei zur Verfügung stellen zu dürfen – nach bornierter kapitalistischer Logik eine Absurdität! Am MeeGo-Projekt kann man das gut nachvollziehen: Andere Unternehmen, die nichts mit dem MeeGo-Projekt zu tun haben, brachten bereits ihre Produkte mit MeeGo auf den Markt (z.B. WeTab).

Doch es geht nicht mehr anders. Intel und Nokia sind vor allem Hardware-Hersteller. Sie müssen offene Projekte unterstützen und gleichzeitig die Kontrolle abgeben, um langfristig das notwendige Umfeld für die Profitrealisierung auf dem Hardware-Sektor sicherzustellen. Es reicht nicht mehr aus, nur mehr schlicht ein eigenes Produkt unter eine Freie Lizenz zustellen, sondern nur ein Freies Produkt in einer lebendigen, offenen Entwicklungsumgebung ist überlebensfähig. Das Freie Produkt zieht den offenen Prozess notwendig nach sich.

Was als Freie Software begann und zur commons-basierten Peer-Produktion wurde, ist dabei, sich viral als neue Produktionsweise auszudehnen. ■

☞ Stefan Meretz ist Ingenieur und Informatiker und bloggt auf [keimform.de](http://keimform.de) rund um die Themen einer commons-basierten Peer-Produktion. Dieser Artikel kann online unter [keimform.de/2011/spw](http://keimform.de/2011/spw) diskutiert werden.

## Mehr Demokratie durch das Internet?

von Andreas Hetzer

Foto: www.fotolia.com, © mark yuill



### 1. Das Internet und der Wandel von Kommunikation in der Demokratie

Es gehört zu den Grundannahmen der Politikwissenschaft, dass eine funktionsfähige Demokratie von der kommunikativen Verfasstheit einer Gesellschaft wesentlich beeinflusst wird. Es „ist zu erwarten, dass die Art und Weise, wie kommuniziert wird, und welche Transmissionssysteme dabei zur Anwendung kommen, Auswirkungen auf die Qualität der Demokratie selbst haben werden“ (Lindner 2007: 72). Die Ausgestaltung der kommunikativen Beziehungen hat somit Konsequenzen sowohl für die Politikvermittlung an die Bürger als auch für die Kontrolle und Legitimation politischer Herrschaft, indem die Interessen der Bürger an die politischen Entscheidungsträger weitergeleitet und als Input in das politische System eingespeist werden (vgl. Gerhards 1998: 268).

Es liegt allerdings in der Natur der technischen Bedingtheit von Massenmedien, dass es sich um einen einseitigen und vertikalen Kommunikationsprozess handelt, der sich

durch eine klare Rollentrennung zwischen Sender und Empfänger auszeichnet (vgl. Habscheid 2005: 57). Es lässt sich folglich eine Diskrepanz zwischen den notwendigen Kommunikationsbeziehungen einer Demokratie und der technischen Medienentwicklung aufmachen. An dieser Stelle kommt das Internet ins Spiel, das durch seine Infrastruktur die Mängel der Massenkommunikation korrigiert und als ‚Multimediu‘ die Trennung bisheriger Kommunikationsmedien überflüssig macht (vgl. Geser 1996; Bohman 2004: 143). „Das Internet eröffnet als interaktives Medium grundlegende Kommunikationsmöglichkeiten neu und ist damit auch demokratietheoretisch relevant. Dies betrifft vor allem die Konstituierung von Öffentlichkeit [...] und die Möglichkeiten politischer Information, Deliberation und Partizipation.“ (Grunwald 2006: 13) Politisch sind besonders die Vereinfachung der Informationsbereitstellung und die Rückkanalfähigkeit des Internets von Bedeutung, weil sie zumindest formal an das Aufklärungsideal des informierten Bürgers anknüpfen und zu einer Ausdifferenzierung der Kommunikation führen (vgl. Leggewie 2003: 116; Kuh-

len 2007: 202). Neben der klassischen Einweg (One-to-Many)-Kommunikation (z.B. Kampagnenseiten, Informationsdownloads) finden sich im Internet Anwendungen, die durch partizipative und interaktive (Many-to-One) (z.B. elektronische Petitionen, Online-Wahlen) und Mehrweg-Kommunikationsformen (Many-to-Many) (z.B. Diskussionsforen, Soziale Netzwerkseiten) spezifiziert sind (vgl. Welz 2002: 5). Demgemäß lässt sich eine Koexistenz massenmedialer und nicht-massenmedialer Kommunikationsangebote feststellen, die je nach Gestaltung und Design interaktionale und rein distributive Nutzungsweisen ermöglichen.

Trotz der mittlerweile allgemein anerkannten Tatsache, dass „ein eher geringer Anteil netzbasierter Kommunikation politische Themen betrifft“ (Grunwald 2006: 11) und „dass das Internet weder zu einem eigenen politischen Raum geworden ist noch dazu geführt hat, die Politik an grundlegend neuen politikulturellen Kriterien aktivbürgerschaftlicher, quasi basisdemokratischer Politikgestaltung zu messen“ (Siedschlag 2005: 20), soll der Blick für die kreativen Freiräume des Internets geschärft werden, in denen Widerstand gegen herrschende Machtverhältnisse möglich wird. Mit Bohman (2004: 132) und Dahlberg et al. (2007: 6) wird argumentiert, dass entgegen pessimistischer Prognosen das Internet auch weiterhin Potenziale radikal-demokratischer Praxis bietet, die in Ansätzen von zivilgesellschaftlichen Akteuren realisiert werden. Beispielhaft dafür steht die erfolgreiche Internet-Kampagne gegen den Gesetzentwurf der Bundesfamilienministerin von 2005 bis 2009, Ursula von der Leyen, zur Sperrung von Websites mit kinderpornographischen Inhalten. Die überwiegend über Twitter und soziale Netzwerke verbreitete Kritik prangerte die mangelnde Effektivität der Netzsperrungen und die zweifelhafte rechtsstaatliche Kontrollierbarkeit des Verfahrens an. Ein ähnliches Beispiel, das in der deutschsprachigen Netzwelt für Furore und schließlich in den Massenmedien für Aufmerksamkeit gesorgt hat,

waren die vom damaligen Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble vorgeschlagenen Online-Durchsuchungen von privaten Computern oder die Vorratsdatenspeicherung. Über die Online-Kampagne hinaus konnten breite Gesellschaftsschichten zur Verteidigung ihrer Bürgerrechte für Straßenproteste mobilisiert werden. Neben diesen eher internetaffinen Themen lässt sich das Internet aber auch für andere Formen zivilgesellschaftlichen Widerstands nutzen, wie die Proteste gegen die Welthandelsorganisation 1999 in Seattle oder der virtuellen Streiks von Gewerkschaftern aus aller Welt gegen den italienischen Ableger des Computerherstellers IBM 2007 gezeigt haben. Zwar dürfen die Erfolge dieser Kampagnen nicht überschätzt werden, jedoch illustrieren sie die Möglichkeiten transnationaler Solidarisierung und die vielfältigen Formen von netzgestütztem oder rein netzbasiertem Protest (für weitere Beispiele politischer Kampagnen im Internet siehe: Baringhorst/Kneip/Niesyto 2009; Baringhorst et al. 2010).

## 2. Potentiale des Internets für Neue Soziale Bewegungen (NSB)

Im Kampf um die Öffentlichkeit und die gesamtgesellschaftliche Aufmerksamkeit kommt dem Internet eine zentrale Rolle für die Neuen Sozialen Bewegungen zu. Nach Rucht (vgl. 2005: 1f.) lassen sich vier mediale Strategien von Protestbewegungen unterscheiden, die sich auf das Internet übertragen lassen. Erstens gibt es Akteure, die sich aufgrund negativer Erfahrungen mit Massenmedien und der fundamentalen Ablehnung der massenmedialen Logik auf die Binnenkommunikation konzentrieren und sich von der öffentlichen Bühne zurückziehen. Zweitens wird die Option des Angriffs gewählt, indem beispielsweise Redaktionsräume besetzt werden und auch physische Gewalt nicht ausgeschlossen werden kann. Drittens gibt es Gruppierungen, die die Funktionslogik des massenmedialen Systems internalisieren, ihre Gesetzmäßigkeiten zu durchschauen versuchen und diese für

ihre Kommunikationsziele nutzen. Dazu zählen teils professionelle Kampagnen und speziell abgestimmte Inszenierungsstrategien, um Nachrichtenwerte zu schaffen. Viertens schließlich geht es um die Schaffung von Alternativen und die Nutzung eigener Kommunikationskanäle. Diese vier Strategien lassen sich unter Bezug auf die Demokratisierung der Kommunikation in ihrer Zielrichtung differenzieren, die zum einen auf eine „Demokratisierung durch die Medien“ und zum anderen auf eine „Demokratisierung der Medien selbst“ (Carroll/Hackett 2006: 84) abhebt. Demnach streben demokratische NSB mit der Nutzung des Internets eher eine Demokratisierung durch die Medien an, so dass strategisch zwei Prinzipien zum Tragen kommen: Einerseits kann das Internet für Kampagnen und virtuelle Protestformen genutzt werden, um die Selektionsbarriere von der Versammlungs- zur massenmedialen Öffentlichkeit zu überwinden. Andererseits können gegenhegemoniale Diskurse zu den ‚Mainstream-Medien‘ und alternative Kommunikationsformen eingesetzt werden, die sich aus einer Kritik an der Vermachtung und Kommerzialisierung speist (vgl. Habermas 1990: 27f.).

Es macht also Sinn, die Öffentlichkeit des Internets als ein zusätzliches und komplementäres Öffentlichkeitsforum zu betrachten (vgl. Ludwig 1998: 178; Salter 2003: 135f.). Das Internet wird damit zu einem Medium, das das Verhältnis zwischen der dominanten und einer gegenhegemonialen Öffentlichkeit neu definiert, weil es neue ideologische Freiräume zunehmend unkontrollierbarer macht (vgl. Plake/Jansen/Schuhmacher 2001: 145; Geser 1996). Dadurch entstehen neue Formen von Gegenöffentlichkeit, die auch historisch immer schon als Teilöffentlichkeiten definiert wurden und sich um spezifische Diskurse gruppieren. Gegenöffentlichkeiten sind daran anschließend „parallele diskursive Arenen, wo Mitglieder subalternen Gruppen Gegendiskurse erfinden und verbreiten, welche wiederum die Formulierung oppositioneller Interpretationen ihrer

eigenen Identitäten, Interessen und Bedürfnisse erlauben.“ (Fraser 1997: 81) Der Entzug vor politischer und wirtschaftlicher Macht wird auch zum Aufbau dissidenter Strukturen genutzt, die die herrschende Ordnung zu delegitimieren versuchen und radikale Gesellschaftskritik üben. Gegenöffentlichkeiten fungieren also als permanente Herausforderung zur Rechtfertigung der dominanten öffentlichen Meinung.

Jeffrey Wimmer (2008: 214; vgl. auch Grunwald et al 2006: 183) hat drei Dimensionen von Gegenöffentlichkeiten unterschieden, die an die obigen Medienstrategien von Rucht anknüpfen. Auf der Makro-Ebene handelt es sich um die bereits angesprochenen Alternativmedien und neuen Gegenöffentlichkeiten, die sich im Internet besonders durch die vereinfachten Software- und Programmiermodelle vervielfacht haben und neuerdings mit dem Terminus ‚Producer‘ als Kombination aus Produzent und Nutzer beschrieben werden. Die Meso-Ebene umfasst eher die Kommunikations- und Kooperationsweisen, die den NSB neue Chancen der Koordination eröffnen und kollektive Lern- und Erfahrungsprozesse innerhalb des Bewegungszusammenhangs in Gang setzen. Dazu zählt neben der Binnenkommunikation natürlich auch die veränderte Außendarstellung. Die Mikroebene schließlich umfasst die diversen Formen des Netzaktivismus, die in rein webbasierte und webgestützte Aktionen unterteilt werden und subversive Züge annehmen können. Hier geht es um konkrete politische Aneignungsformen des Internets durch politische Aktivisten der NSB.

Die Erzeugung von Online-Gegenöffentlichkeiten wird von den NSB intensiv genutzt, sei es über alternative und von den Nutzern selbst generierte (Open Posting) Nachrichtenportale, zentrale Knotenpunkte zur Bekanntmachung von Protestkampagnen oder Social-Web-Anwendungen zur Verbreitung von Informationen. Die geringen Kosten und der vergleichsweise geringere technische Auf-

wand begünstigen ressourcenschwache Akteure, die zumindest potenziell mit kommerziellen Anbietern in Wettbewerb treten können. Die zunehmende Professionalisierung von Design und Benutzerfreundlichkeit hat dazu geführt, dass sich auch alternative Medienangebote durchaus hoher Aufmerksamkeit erfreuen. Das Veröffentlichungsmonopol der Massenmedien wird aufgebrochen und der Zugang zu ungefilterten Informationen erleichtert, auch wenn sich ein Großteil der Angebote immer noch an der massenmedialen Agenda orientiert. Bei der unabhängigen Laienberichterstattung ergeben sich Probleme der Authentizität und Unabhängigkeit durch die Abwesenheit journalistischer Standards (vgl. Wimmer 2008: 220; Grunwald et al 2006: 183ff.). Demnach verlangt die Internetnutzung kognitive Informationsselektions- und Informationsverarbeitungskapazitäten, um zwischen strukturiert aufbereiteten Informationen und subjektiven Standpunkten und Gewichtungen abzuwägen (vgl. Welz 2002: 5; Habscheid 2005: 63).

Ganz ähnliche Voraussetzungen<sup>1</sup> müssen die Akteure der NSB auf der Meso-Ebene zur Organisation und Binnenkommunikation mitbringen. Die lose und häufig thematisch fokussierten Aktionsnetzwerke, die zudem über eine schwache Identitätsbindung und ideologische Basis verfügen, bedürfen einer ausgeprägten Kommunikations- und Kollaborationskompetenz (vgl. Kühlen 2007: 213), um die Kontinuität der Bewegung zu garantieren (vgl. Walk/Brunnengräber 2000: 196). Nur so lassen sich die Internetanwendungen als Arbeits- und Organisationsmittel nutzen. Kommunikationsinhalte können miteinander vernetzt, multimedial aufbereitet, individuell und dezentral verändert sowie deren Überarbeitung nachvollziehbar gemacht werden. Die Kostenersparnisse bei der Informationsverteilung und Kommunikation in Echtzeit ermögli-

chen eine schnelle und flexible Mobilisierung, die unter Umständen über Ländergrenzen hinweg funktioniert. Die flachen Hierarchien und der gemeinsame und transparente Symbol- und Wissensvorrat stärken die kollektive Identität, die durch die Ablösung von persönlichen Beziehungsmustern eine ungleich höhere Kommunikationsdichte zur ständigen Selbstvergewisserung erfordert (vgl. Kardorff 2008: 46f.). Doch auch unter diesen Umständen kommt es zur Herausbildung von besonders aktiven Informationseliten zur Verwaltung der Software und Administration der Zugangsrechte für Außenstehende (sogenannte Editorial Teams). Die Binnenkommunikation der NSB bewegt sich im steten Spannungsfeld zwischen Öffnung und Schließung. Während auf der einen Seite deliberative Diskussionsforen den Dissens pluraler Akteure innerhalb der Bewegung sichtbar machen (vgl. Geser 1996) und Informationen und Wissen zur Weiterverarbeitung in anderen Zusammenhängen generieren (vgl. Kühlen 2007: 203), „entfaltet sich elektronische Kommunikation am besten innerhalb bereits gefestigter Gruppierungen, in denen dank dichter vorgängiger Primärinteraktion hoch spezifizierte, standardisierte Verständigungs-codes entstanden sind, die es ermöglichen, sich selbst durch sehr knapp gehaltene Meldungen erfolgssicher zu verständigen“ (Geser 1996).

Dieser Umstand bleibt natürlich nicht ohne Folgen für die deliberativen und partizipativen Prozesse, deren Umsetzung ein Großteil der Software-Programme nach Ansicht zahlreicher Autoren schuldig bleiben (vgl. exemplarisch Baringhorst 2007: 83; Salter 2003: 136). Dementsprechend bleibt die Umsetzung weit hinter den gegebenen Möglichkeiten zurück. Die Hoffnungen auf die Realisierung kommunikativer Rationalität basieren auf der Annahme, dass die zeitlich versetzte Kommunikation mit dem Ausblenden emotionaler situationsbedingter Reize und die Erwartung von Rückmeldungen durch eine unbegrenzte Zahl von potenziell anwesenden Kommunikationsteil-

<sup>1</sup> Schmidt (2006: 39) nennt beispielsweise beim Einsatz von Social Software drei unterschiedliche Handlungskomponenten für die erfolgreiche Nutzung: Informations-, Identitäts- und Beziehungsmanagement.

## PapyRossa Verlag



**Heinrich Hannover: Reden vor Gericht**  
Plädoyers in Text und Ton; 276 Seiten mit Audio-CD; EUR 22,00

Heinrich Hannovers Plädoyers reichen von der Kommunistenverfolgung der frühen BRD über »Terroristenprozesse« bis zum Prozeß gegen Hans Modrow. Die CD mit Originalton macht die Atmosphäre vor Gericht spürbar.



**Mario Tal (Hg): Umgangssprachlich Krieg**  
Der Testfall Afghanistan und die deutsche Politik;  
275 Seiten; EUR 14,90

Ökonomische und geostrategische Interessen und der deutsche »Einsatz« in Afghanistan; Vor und nach der US-Intervention; Frauenrechte als Kriegspropaganda; »Kundus«; »Terrorabwehr« und Einsatz der Bundeswehr im Innern.

Tel.: (02 21) 44 85 45 | [mail@papyrossa.de](mailto:mail@papyrossa.de)  
[www.papyrossa.de](http://www.papyrossa.de)

nehmern einen erhöhten Grad an Reflexivität mit sich bringt (vgl. Geser 1996; Bohman 2004: 136). Die beobachtbare kommunikative Praxis zeigt jedoch, dass das Reflexionsniveau meistens gering ist, die Kommunikationspartner sich kaum aufeinander beziehen und wenige Individuen und Gruppen die Foren dominieren (vgl. Dahlberg 2001). Für die Meso-Ebene bleibt also festzuhalten, dass die Vorteile der Online-Kommunikation im Moment nur für die organisatorische Vernetzung über nationale Grenzen hinweg und für die Artikulation gemeinsamer Interessenstandpunkte ausgeschöpft werden.

Auf der Mikroebene des Netzaktivismus kommen verschiedene Protestformen zum Einsatz. Chat-Nachrichten, Nachrichtengruppen (Newsgroups), Newsletter oder auch Mailing-Listen haben in erster Linie eine Informations- und Koordinierungsfunktion, um zahlreiche Netzbürger (Netizens) zur Teilnahme an Protestaktionen zu bewegen oder über den aktuellen Stand von Kampagnen zu informieren. Da die Aktivitätsschwelle im Internet wesentlich geringer ist, können darüber hinaus neue Teilnehmer mobilisiert werden, um beispielsweise mittels elektronischer Petitionen oder Kettenbriefen ihren Unmut zum Ausdruck zu bringen. Inwieweit daraus ein längerfristiges politisches Engagement erwächst, darf zumindest bezweifelt werden. Im WWW können darüber hinaus Protestseiten als Zentren dienen, um Online- und Offline-Aktionen zu koordinieren und den Teilnehmerkreis zu erweitern. Ein höheres Aktivitätsniveau wird schließlich bei sogenannten Netstrikes (z.B. Denial-of-Service-Attacken) verlangt, bei denen möglichst viele User zur gleichen Zeit Anfragen auf gegnerische Websites starten und es dadurch zu einer Überlastung des Servers und damit zu einem Ausfall des Webangebots kommen kann. Ebenfalls rein webbasiert sind Aktionen der Hacktivismus-Bewegung (eine Zusammensetzung der Wörter Hacker und Aktivismus), die mit ihren Eingriffen in die Quelldatei von Websites und die Manipulation

von fremden Inhalten hohe technische Fertigkeiten erfordern und selten von einem großen Personenkreis legitimiert sind (vgl. Köhler 2007: 248f.).

Diese virtuellen Varianten direkter Aktion bedürfen spezieller und flexibler Koordinationsmechanismen, die ohne die computervermittelte Kommunikation undenkbar wären. Es kollaborieren temporär Menschen im virtuellen Raum, die sich weder kennen noch vorher getroffen haben. Die Basis der Zusammenarbeit besteht lediglich in der gemeinsamen Unmutsäußerung und der Identifikation des gegnerischen Akteurs, der für die Missstände verantwortlich gemacht wird. Auf dieser Ebene gilt die globalisierungskritische Bewegung als ‚virtuelle Avantgarde‘, die ihre Aktionen in kurzen Zyklen auf den Gegner abstimmen kann und zur Bildung spontaner, transnationaler Kollektive fähig ist (vgl. van de Donk et al 2004: 11). Zur Demokratisierung der konzerngetriebenen Globalisierung haben sich zahlreiche NSB auf themenfokussierte und unternehmenskritische Kampagnen konzentriert. Während die Organisation konkreter Handlungsprogramme und die Themenfokussierung bei Kampagnen der dezentralen Kommunikationsstruktur des Internets eher entgegen läuft, können die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien zur Stabilisierung kollektiver Identität durch Partizipationsangebote und zur Vernetzung räumlich getrennter Handlungszusammenhänge durchaus einen wichtigen Beitrag leisten (vgl. Baringhorst 2007: 97ff.). Kampagnen bewegen sich dabei stets im Spannungsfeld zwischen dezentraler Organisationslogik und notwendigen zentralen Koordinierungsleistungen. „Es lässt sich der Schluss ziehen, dass Anti-Corporate Campaigns (unternehmenskritische Kampagnen, A.H.) heute vor der Herausforderung stehen, die Balance zwischen individueller und kollektiver Partizipation, stabilen dauerhaften und flexiblen Strukturen sowie demokratisch erlangten und hierarchisch bestimmten Deutungsrahmen in der Kampagnenkommuni-

kation und -organisation auszutarieren, um zum einen internen und demokratischen Anforderungen der Mit- und Selbstbestimmung gerecht zu werden und zum anderen auf externe Veränderungen – beispielsweise in den Verhaltensweisen von Unternehmen – eingehen zu können.“ (Baringhorst/Kneip/Niesyto 2007:133)

Was bisher überwiegend in Bezug auf die digital vermittelte Kommunikation und Interaktion diskutiert wurde, lässt sich in seiner Wahrnehmbarkeit potenzieren, wenn die Gegenöffentlichkeit und der Protest auf die Straße getragen werden. Es ist davon auszugehen, dass digitale Gegenöffentlichkeiten auf ein bereits funktionierendes soziales Netzwerk aufbauen und sich erst dann Synergieeffekte im digitalen Raum einstellen, die das Solidaritätsnetzwerk erweitern und zur Mobilisierung beitragen. Gleichzeitig werden auf der Straße lokale Medien eingesetzt, die „die Verschmelzung von virtuellem und physikalischem Raum, Körper und Technologie“ (Hamm 2005: 1) in einem Maße vorantreiben, die die oft getrennt betrachteten Analysekatégorien zumindest verflüssigen. Es bestehen direkte Verknüpfungen und Anschlussfähigkeiten zwischen beiden Kommunikationssphären, die die Bezeichnung des Cyberspace als einer Parallelwelt absurd erscheinen lassen (vgl. von Kardorff 2008: 26).

### 3. Demokratietheoretische Anknüpfungspunkte

Werden die erwähnten organisatorischen und kommunikativen Herausforderungen bewältigt, so darf den NSB und ihren Aktivitäten im Internet eine gewisse Wirkkraft zur Demokratisierung westlicher moderner Gesellschaften zugeschrieben werden. Trotzdem überwiegt bei der Lektüre der Literatur mittlerweile eher ein Pessimismus, der den Einsatz des Internets zur politischen Kommunikation kritisch beurteilt. Natürlich ist kaum zu bezweifeln, dass „die Dispositionen der Bürgerschaft“

(Leggewie 2003: 118) sowie „die Struktur und politische Kultur des betreffenden politischen Systems die entscheidende Voraussetzung für eine angemessene netzgestützte Demokratie sind“ (Siedschlag 2005: 18). Und auch die massenmediale Resonanz ist ein wichtiges Erfolgskriterium für die Wahrnehmung zivilgesellschaftlicher Anliegen durch das politische System (vgl. Köhler 2007: 250), weil ansonsten „Schnittstellen zwischen Online-öffentlichkeit und politischem System eher schwach“ (Grunwald et al 2006: 229) bleiben. Doch ist kaum zu bestreiten, dass das Internet abgesehen von den internen Vorteilen für NSB erweiterte plebiszitäre Elemente für die Demokratie bereitstellt, enge vertikale Verbindungen zwischen Regierten und Regierenden herstellt und neuen, bisher ungehörten Vermittlern eine Stimme geben kann (vgl. Geser 1996; Grunwald et al 2006: 69). Zusätzlich „liegt der politische Wert des Internets in der Stärkung des öffentlichen Raumes und der politischen Kontrollfunktion der Medien sowie in der Förderung des öffentlichen Diskurses und des öffentlichen (sic!) Abwägens verschiedener Politikpositionen und Problemlösungsansätze - d.h. in der Realisierung von Online-Deliberation“ (Siedschlag 2005: 18).

Das Internet kann Räume und Diskurse pluralisieren und abweichende Positionen geltend machen. Die Varianten autonomer und nicht vermachteter Gegenöffentlichkeit im Internet schaffen Möglichkeiten der Selbstreflexion marginalisierter Minderheiten, die im vorpolitischen Raum Kapazitäten für spätere gesamtgesellschaftliche Diskurse entwickeln (vgl. Dahlberg/Siapera 2007). „Dabei kann die demokratische Gesellschaft nicht länger als eine Gesellschaft vergegenwärtigt werden, in welcher der Traum perfekter Harmonie und Transparenz erfüllt wäre. Ihr demokratischer Charakter kann nur darin bestehen, dass kein partikularer sozialer Akteur mehr für sich selbst die Repräsentation der Totalität oder die Hoheit über die Gesellschaftsgrundlagen in Anspruch nehmen kann.“ (Mouffe 2007: 43)

Damit werden Machtbeziehungen als Grundbestandteil demokratischer Gesellschaften anerkannt, aber der permanente Widerstreit zwischen sozialen Positionen hervorgehoben. Übertragen auf das Internet bedeutet dies, dass die schier unendlichen Teilöffentlichkeiten, die von zivilgesellschaftlichen, staatlichen und ökonomischen Akteuren bevölkert werden, in ständigem Konflikt miteinander stehen. Das Internet ist damit ein Abbild gesellschaftlicher Konfliktlinien und zugleich Kampffeld für hegemoniale und gegenhegemoniale Kommunikationsstrategien. Inwieweit die Gegenöffentlichkeiten gegenüber der dominierenden Hegemonie marginalisiert bleiben, hängt zum einen von der Aufnahmekapazität des politischen Systems für Gegenpositionen und zum anderen von der Bereitschaft der Wählerinnen und Wähler zur stärkeren Gewichtung der Inputlegitimation ab (vgl. Plake/Jansen/Schuhmacher 2001: 65). Erst wenn Mitbestimmungs- und Partizipationsansprüche quer zur sozioökonomischen Schichtung der Gesellschaft massenhaft geltend gemacht werden, müssen direktdemokratische Elemente mit den funktionierenden Repräsentationsmechanismen verstärkt kombiniert werden. Die Aufrechterhaltung von Gegenöffentlichkeiten im Internet und deren Vernetzungsgrad im Cyberspace ist dabei nur eine Bedingung unter vielen, um die Substanz demokratischer Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse aufrecht zu erhalten. ■

↳ Andreas Hetzer forscht und lehrt seit 2007 an der Universität Siegen im Fach Politikwissenschaft. Sein Interessenspektrum reicht von politischer Kommunikation im Netz über Medienpolitik bis hin zu politischen Systemen in Lateinamerika. Seine laufende Promotion beschäftigt sich mit der Rolle der Medien im politischen Transformationsprozess in Bolivien.

Wichtigste aktuelle Veröffentlichung: Medienpolitische Initiativen der Regierung Morales, in: Ernst, Tanja/Schmalz, Stefan (Hrsg.): Die Neugründung Boliviens? Die Regierung Morales (Studien zu Lateinamerika, Bd. 1). Baden-Baden: Nomos 2009, S. 166-180.

## Literaturverzeichnis

- Baringhorst, Sigrid et al. (Hg.): Unternehmenskritische Kampagnen. Politischer Protest im Zeichen digitaler Kommunikation. Wiesbaden 2010
- Baringhorst, Sigrid/Kneip, Veronika/Niesyto, Johanna (Hg.): Political Campaigning on the Web. Bielefeld 2009
- Baringhorst, Sigrid: Konsumenten als Netizens. Das Internet als ambivalentes Medium für ein Empowerment von Verbrauchern, in: Dies. et al (Hg.): Politik mit dem Einkaufswagen. Unternehmen und Konsumenten als Bürger in der globalen Mediengesellschaft (Medienumbrüche, Bd. 21), Bielefeld (2007), S. 81–108
- Baringhorst, Sigrid/Kneip, Veronika/Niesyto, Johanna: Wandel und Kontinuität von Protestkulturen seit den 1960er Jahren: Eine Analyse ausgewählter Anti-Corporate Campaigns, in: Baringhorst, Sigrid et al (Hg.): Politik mit dem Einkaufswagen. Unternehmen und Konsumenten als Bürger in der globalen Mediengesellschaft (Medienumbrüche, Bd. 21), Bielefeld 2007, S. 109–135
- Bohman, James: Expanding dialogue: the Internet, the public sphere and prospects for transnational democracy, in: Crossley, Nick; Roberts, John Michael (Hg.): After Habermas. New perspectives on the public sphere, Oxford 2004, S. 131–155
- Carroll, William K./Hackett, Robert A.: Democratic media activism through the lens of social movement theory, in: Media, Culture & Society, Jg. 28 (2006), H. 1, S. 83–104
- Dahlberg, Lincoln: Computer-Mediated Communication and The Public Sphere: A Critical Analysis, in: Journal of Computer-Mediated Communication, Jg. 7 (2001), H. 1. URL: <http://jcmc.indiana.edu/vol7/issue1/dahlberg.html> (31.07.2009)
- Dahlberg, Lincoln: The Internet and Discursive Exclusion: From Deliberative to Agonistic Public Sphere Theory, in: Ders./Siapera, Eugenia (Hg.): Radical democracy and the Internet. Interrogating theory and practice, Basingstoke 2007, S. 128–147
- Dahlberg, Lincoln/Siapera, Eugenia (Hg.): Radical democracy and the Internet. Interrogating theory and practice. Basingstoke 2007
- Fraser, Nancy: Justice interruptus. Critical reflections on the "postsocialist" condition, New York 1997
- Gerhards, Jürgen: Öffentlichkeit, in: Jarren, Otfried/Sarcinelli, Ulrich/Saxer, Ulrich (Hg.): Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft. Ein Handbuch mit Lexikonteil, Opladen u. a. 1998, S. 268–274
- Geser, Hans: Auf dem Weg zur „Cyberdemocracy“. Auswirkungen der Computernetze auf die öffentliche politische Kommunikation (1996), in: Sociology in Switzerland: Towards Cybersociety and Viral Social Relations. URL: [http://socio.ch/intcom/t\\_hgeseroo.htm](http://socio.ch/intcom/t_hgeseroo.htm) (30.07.2009)
- Grunwald, Armin et al: Netzöffentlichkeit und digitale Demokratie. Tendenzen politischer Kommunikation im Internet (Studien des Büros für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag, Bd. 18), Berlin 2006
- Habermas, Jürgen: Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft, Frankfurt a. M. 1990
- Habscheid, Stephan: Das Internet - ein Massenmedium, in: Siever, Torsten/Schlobinski, Peter/Runkehl, Jens (Hg.): Websprache.net. Sprache und Kommunikation im Internet (Linguistik - Impulse & Tendenzen, Bd. 10), Berlin 2005, S. 46–66
- Hamm, Marion: Indymedia – Zur Verketzung von physikalischen und virtuellen Öffentlichkeiten (2005). URL: [http://republicart.net/disc/publicum/hammo4\\_de.pdf](http://republicart.net/disc/publicum/hammo4_de.pdf) (02.09.2009)
- Köhler, Tanja: Netzaktivismus. Herausforderung für die Unternehmenskommunikation, in: Baringhorst, Sigrid et al (Hg.): Politik mit dem Einkaufswagen. Unternehmen und Konsumenten als Bürger in der globalen Mediengesellschaft (Medienumbrüche, Bd. 21), Bielefeld 2007, S. 245–267
- Kuhlen, Rainer: Potenziale einer politischen Kollaborationskultur, in: Leggewie, Claus (Hg.): Von der Politik zur Gesellschaftsberatung. Neue Wege öffentlicher Konsultation, Frankfurt a. M. 2007, S. 199–222
- Leggewie, Claus: Von der elektronischen zur interaktiven Demokratie. Das Internet für demokratische Eliten, in: Klumpp, Dieter/Kubicek, Herbert/Roßnagel, Alexander (Hg.): Next generation information society. Notwendigkeit einer Neuorientierung, Mössingen-Talheim 2003, S. 115–128
- Lindner, Ralf: Politischer Wandel durch digitale Netzwerkkommunikation. Strategische Anwendung neuer Kommunikationstechnologien durch kanadische Parteien und Interessengruppen, Wiesbaden 2007
- Ludwig, Johannes: Öffentlichkeitswandel durch „Gegenöffentlichkeit“. Zur Bedeutung computervermittelter Kommunikation für gesellschaftliche Emanzipationsprozesse, in: Prommer, Elizabeth/Vowe, Gerhard (Hg.): Computervermittelte Kommunikation. Öffentlichkeit im Wandel, Konstanz 1998, S. 177–209
- Mouffe, Chantal: Pluralismus, Dissens und demokratische Staatsbürgerschaft, in: Nonhoff, Martin (Hg.): Diskurs – radikale Demokratie – Hegemonie. Zum politischen Denken von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe, Bielefeld 2007, S. 41–53
- Nonhoff, Martin (Hg.): Diskurs – radikale Demokratie – Hegemonie. Zum politischen Denken von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe, Bielefeld 2007
- Plake, Klaus/Jansen, Daniel/Schuhmacher, Birgit: Öffentlichkeit und Gegenöffentlichkeit im Internet. Politische Potenziale der Medienentwicklung, Wiesbaden 2001
- Rucht, Dieter: Cyberprotest – Möglichkeiten und Grenzen netzgestützter Proteste (2005). URL: [http://www.wzb.eu/zkd/zcm/pdf/rucht05\\_cyberprotest.pdf](http://www.wzb.eu/zkd/zcm/pdf/rucht05_cyberprotest.pdf) (03.08.2009)
- Salter, Lee: New Social Movements and the Internet: A Habermasian Analysis, in: Ayers, Michael D./McCaughy, Martha (Hg.): Cyberactivism. Online activism in theory and practice, New York 2003, S. 117–144
- Schmidt, Jan: Social Software: Onlinegestütztes Informations-, Identitäts- und Beziehungsmanagement, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Jg. 9 (2006), H. 2, S. 37–47
- Siedschlag, Alexander: Digitale Demokratie - Netzpolitik und Deliberation, in: WeltTrends, Jg. 13 (2005), H. 48, S. 11–26
- van de Donk, Wim et al (Hg.): Cyberprotest. New media, citizens and social movements, London 2004
- von Kardorff, Ernst: Virtuelle Netzwerke – neue Formen der Kommunikation und Vergesellschaftung, in: Willems, Herbert (Hg.): Weltweite Welten. Internet-Figurationen aus wissenssoziologischer Perspektive, Wiesbaden 2008, S. 23–55
- Walk, Heike, Brunnengräber, Achim: Die Globalisierungswächter. NGOs und ihre transnationalen Netze im Konfliktfeld Klima, Münster 2000
- Welz, Hans-Georg: Politische Öffentlichkeit und Kommunikation im Internet, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, H. B39-40 (2002), S. 3–11
- Wimmer, Jeffrey: Gegenöffentlichkeit 2.0: Formen, Nutzung und Wirkung kritischer Öffentlichkeiten im Social Web, in: Zerfuß, Ansgar/Welker, Martin/Schmidt, Jan (Hg.): Kommunikation, Partizipation und Wirkungen im Social Web. Bd. 2: Strategien und Anwendungen: Perspektiven für Wirtschaft, Politik und Publizistik (Neue Schriften zur Online-Forschung, Bd. 3), Köln 2008, S. 210–230

## Die digitale Gesellschaft sozial und demokratisch gestalten.

von Lars Klingbeil und Björn Böhning

Foto: www.fotolia.com, © Nmedia



Der Aufbruch in die digitale Gesellschaft ist ein Glücksfall für die SPD. Ein Glücksfall, wenn die SPD mit dem Fortschritt geht. Dieser Fortschritt ist umkämpft, und die SPD droht den Anschluss zu verlieren. Daher muss die SPD als Fortschrittspartei die digitale Gesellschaft offensiv gestalten. Sozialdemokratische Grundwerte weisen dabei auch im digitalen Zeitalter den Weg.

Die digitale Revolution verändert unser Leben und Arbeiten, sie verändert damit auch Politik und Demokratie. Zu lange hat die Politik diese Entwicklung mit einem gehörigen Maß an Fortschrittsskeptizismus betrachtet. Wir plädieren dafür, dass die Politik und erst recht sozialdemokratische Politik die digitale Gesellschaft mutig und optimistisch betrachtet und beginnt, sie zu gestalten.

Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität – das sind die Grundwerte der SPD, die auch heute noch

aktuell sind. Sie werden ihren Wert auch in der digitalen Gesellschaft nicht verlieren.

Willy Brandt hat in seiner großen Abschiedsrede als SPD-Parteivorsitzender den Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten aufgetan:

*„Wenn ich sagen soll, was mir neben dem Frieden wichtiger sei als alles andere, dann lautet meine Antwort ohne Wenn und Aber: Freiheit.“*

Freiheit in der digitalen Gesellschaft bedeutet, die Unfertigkeit, ja Rohheit, des Internets zu belassen, weil wir glauben, dass es soziale und ökonomische Innovationen fördert – nicht zerstört. Und das bedeutet auch, nicht zuerst danach zu fragen, wie Fehlentwicklungen korrigiert werden können, sondern wie Freiheit und Sicherheit in veränderter Art und Weise kombiniert werden können.

Sozialdemokratische Netzpolitik hat die Aufgabe, die neue digitale Ordnung zu gestalten, das Leben und Arbeiten in Würde zu ermöglichen und Technologie, dort, wo sie den Fortschritt antreibt, zu fördern. Dabei sind wir natürlich nicht technikblind und kritiklos euphorisch – auch bei den neuen Informationstechnologien nicht. Aber wir sind offen und wollen die Potenziale des Informationszeitalters für eine bessere Wirtschaft und Gesellschaft nutzen. Das Internet ist primär eine unbegrenzte Medium für Wissen und Informationen, die Gesellschaft und Wirtschaft positiv beflügeln. Es ist eine Plattform für Meinungsvielfalt und -austausch. Das Netz fördert Demokratie und Teilhabe, wenn wir es richtig nutzen. Es erhöht die Chance einzelner Gesellschaftsmitglieder, sich an Politik und Partizipationsprozessen zu beteiligen. Das Web 2.0 hat dabei auch Partizipationsansprüche und -erwartungen geweckt, die Politik und Parteien heute erfüllen müssen. Diese Freiheit der Kommunikation und die Demokratie zu fördern bleibt unsere Maßgabe – auch im Internet.

Die moderne Übersetzung des Freiheitsbegriffs in der digitalen Gesellschaft bedeutet, Offenheit zu fördern. Offenheit von Daten und Prozessen, Offenheit von Technologien, Offenheit von Entwicklungen dort, wo technologische Prozesse die Gesetzgebungsprozesse dramatisch überholen. Die SPD wird hier mutig neue Wege gehen und sich konsequent für einen offenen und transparenten Staat einzusetzen. Dies bedeutet einerseits staatliches Wissen für die Öffentlichkeit zugänglich zu machen, andererseits auch die Kommunikations- und Partizipationschancen des Netzes zu nutzen und politische Prozesse nachhaltig zu verändern.

Freiheit ist maßgebend, auch im Internet. Gerechtigkeit zu fördern bedeutet, Zugang und Teilhabe am Internet zu ermöglichen. Daher ist es Aufgabe der Politik, digitale Spaltungen zu verhindern, wo immer sie auftreten

mögen. Das gilt natürlich primär für den Zugang zu schnellem Internet. Wir plädieren für ein Grundrecht auf Breitband-Internet, wie es andere Länder längst eingeführt haben. Nach derzeitigem Stand würde dies vor allem ländlichen Regionen nützen. In den Ballungsräumen und Städten muss der Glasfaser-Ausbau wo nötig auch mit öffentlicher Unterstützung vorangetrieben werden. Aber auch die Wahrung der Netzneutralität, also gleichberechtigter Zugang zum Internet, beugt digitalen Spaltungen vor. Sie muss daher gesetzlich abgesichert werden.

Gerechtigkeit betrifft auch die Eigentumsfrage. Denn im Netz wird derzeit die Frage am Haben und Sagen neu erstritten. Das Urheberrecht kann nicht dieselbe Gestalt annehmen, wie in der analogen Gesellschaft – die Zeit hat es überholt. Die Verfügung über Information und Wissen führt aber zu neuen Konfliktlinien, die öffentliches versus privates Eigentum betreffen. Hier muss Gemeinwohlorientierung weltweit jeden Tag aufs Neue erstritten werden. Denn wenn beispielsweise Google die öffentlichen Weltbibliotheken scannt, so ist die Eigentumsfrage dieses Weltwissens in Form digitaler Daten noch nicht geklärt. Wer in 100 Jahren nicht möchte, dass einem privaten Unternehmen dieses Wissen allein gehört, muss heute den Bestand an öffentlichem Wissen für die Allgemeinheit sichern.

Solidarität im Web ist ein sperriger Begriff. Klar, überall wo soziale Bewegungen sich im Netz konstituieren und verbinden, entsteht auch kollektive Solidarität. Aber das allein wäre ja nichts Besonderes. Mit dem Internet entstehen vor allem neue sozialstaatliche Herausforderungen. Denn mit dem Internet verändert sich auch die Arbeitswelt, sie wird flexibler, selbständiger, technikgetriebener. Nicht selten mischt sich diese Entwicklung mit dem Willen nach Selbstbestimmung und Autonomie, wie Holm Friebe und Sascha Lobo in ihrem Werk „Wir nennen es Arbeit“ wegweisend beschrieben haben. Mehr und mehr erkennen wir aber,

VERLAG WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT

## Ein Buch wie eine Taschenlampe,

die in die Schattenseite  
der unsozialen Marktwirtschaft  
hineinleuchtet. (taz)



2010 - 169 S. - 14,90 €  
ISBN: 978-3-89691-864-2

WWW.DAMPFBOOT-VERLAG.DE



dass Autonomie und Freiheit in der neuen Arbeitswelt nicht selten mit Überforderung, Projektdruck und sozialer Verunsicherung einhergehen. So sind allein in Berlin knapp die Hälfte aller Menschen, die in der Kreativwirtschaft arbeiten, (Solo-) Selbständige und freie Mitarbeiter mit meist geringem Einkommen. Die bekannten und bewährten Mechanismen des Sozialstaats greifen hier nicht, so dass wir neu überlegen müssen, wie das Solidarsystem die Betroffenen vor Armut und Prekarität schützen kann. Kollektive Angebote der sozialen Sicherung für Menschen, die im und am Netz arbeiten, zu formulieren, dies sollte die Aufgabe der Sozialdemokratie bei der solidarischen Gestaltung der digitalen Gesellschaft sein.

Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität in der digitalen Gesellschaft – die sozialdemokratische Politik sollte sich mutig diesen Herausforderungen stellen. Wir stehen heute an einer neuen historischen Schwelle der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte.. Offenheit für gesellschaftliche Entwicklungen und Zuversicht bei ihrer Gestaltung hat die Politik der SPD und den letzten 150 Jahren ausgezeichnet. Die Sozialdemokratie muss zeitgemäße Antworten für die digitale Gesellschaft finden wenn sie Fortschrittspartei sein will. ■

↳ Björn Böhning ist Vorsitzender des Forums Demokratische Linke (DL21) und Mitglied des SPD-Parteivorstandes.

↳ Lars Klingbeil ist SPD-Bundestagsabgeordneter und Mitglied im Verbindungsausschuss des Deutschen Bundestages

## Kinderspiel Kapitalismus: Kapitalismus im Spiel

von Gesa Rünker

„Werf den Ball nach'm Torwart“, ruft hinter mit die Stimme – es ist ein bitterkalter Samstag und ich bin „Auf Schalke“. Der einsame Rufer hätte auch in Bochum oder in Dortmund so klingen können. Aber diesen Mannschaften geht es derzeit besser als den Königsblauen: Bochum hofft mal wieder auf den Aufstieg in die erste Liga, Dortmund schickt sich an, Deutscher Meister zu werden. Schalke enttäuscht. So tief schon sind Schalke-Fans gesunken, dass man viele von ihnen brummen hört: „Na gut, gönnen wir es den Zecken aus Lüdenscheid Nord!“

Dort, wo ich sitze, kennt man sich nicht, man sieht sich nur regelmäßig. Hinter mir sitzt der einbeinige Kalle, der mit Schalke schon die letzte Meisterschaft 1958 gefeiert hat. Daneben der aus Bielefeld, der manchmal Geld bietet: „Ich geb Dir hundert Euro, wenn Du mir sagst, wie das Spiel heißt, das die da unten versuchen!“ Heute auch wieder dabei die schimpfende Krankenschwester, zu deren durchdringendem Stimmorgan ich sonst einige Plätze Distanz haben darf. Heute nicht, Sitze blieben leer. Links von mir mein Mann, rechts Opa Hans mit seinem Enkel Timmy. Opa hat Dauerkarte, Enkel ist nur zu Besuch, weil die sonstige Platzhalterin Rücken hat – oder Blase – oder beides.

Trotz aller Unterschiedlichkeiten: Gemeinsam fühlen wir uns als kleiner Teil des großen harten Kerns. Denn seit zehn Jahren, seit es die Arena gibt, sitzen wir hier zusammen.

Zweite Halbzeit, 50. Spielminute. Das Gegenteil fällt, Schalke liegt zurück. „Schönes Tor!“ brüllt die Dauerschimpferin. „Das ist doch nicht normal!“ sagt Kalle. „Timmy, noch ist Zeit“, raunt der Opa. „Noch ist nichts verloren.“ Doch unten auf dem Spielfeld sieht es ganz anders aus.

70. Spielminute: Auch der zehnte Eckstoß der Schalker geht ins Seitenaus. „Wie oft trainieren die eigentlich so in der Woche?“ fragt Enkel Timmy. „Gute Frage“, sagt sein Opa.

80. Spielminute: Schalke verschießt einen Elfmeter. Da bietet der Bielefelder: „Fünfhundert Euro, wenn einer mir sagt, wen Magath als nächstes kauft!“

„Kann ja mal Olaf Thon zurückholen“, meint die Wütende, „ist zwar über vierzig, aber er hat Spielerfahrung!“

„Man hat wirklich das Gefühl, die da unten kennen sich gar nicht“, sinniert mein Mann, und Opa Hans legt nach: „Magaths Menschenmaterial – heute gekauft, morgen verhökert, ganz global!“ „Steht auch in der WAZ“, sagt die Krankenschwester.

„Hat einer von Euch den Magath im Sport-Studio gesehen?“ fragt Kalle. Alle haben, aber er erzählt trotzdem: „Der sagt, er hat zwei Spieler gekauft, von denen er hofft, dass er sie NICHT BRAUCHT: Jetzt kommst Du!“

„Pervers“, schimpft die Krankenschwester, „absolut pervers!“

„Magath sagt auch, man braucht kein Abitur als Fußballer“, weiß Kalle. „Wahrscheinlich macht zu viel Bildung die Gutverdiener zu aufmüpfig.“

Abpfiff. Schalke verliert, 1:0 zwar nur, dennoch aussichtslos. Keiner will mehr was sagen, nur Opa Hans versucht es noch mit Didaktik: „Timmy, geh hier nie wieder hin. Hier lernst Du nichts Gutes. Du hast sie noch, die Chance, kein Fußballfan zu werden!“ ■

☞ Gesa Rünker arbeitet als Hörfunkredakteurin und lebt in Leichlingen.

## Stichwort zur Wirtschaftspolitik:

### Wirtschaftspolitische Koordinierung in der EU

von Arne Heise

Die Euro-Zone ist noch längst nicht wieder in sicherem ökonomischem Fahrwasser. Zwar ist ein Mechanismus geschaffen worden, der in akuten Gefährdungslagen finanziellen Beistand für Regierungen von Staaten der Euro-Zone leisten soll, ohne dass langwierige politische Aushandlungsprozesse durchlaufen werden müssen. Doch die Entwicklung der ‚Zins-Spreads‘, also der Differenzen zwischen Zinsen auf Staatsschulden in Ländern wie Deutschland einerseits und Spanien, Portugal oder Griechenland andererseits, zeigt genauso wie die Diskussion um den finanziellen Umfang dieses Interventionsmechanismus, dass die Finanzmärkte noch lange nicht von der Nachhaltigkeit der Finanzpolitik einzelner Mitgliedsstaaten der Euro-Zone und der Tragfähigkeit des ‚Euro-Schutzschirmes‘ überzeugt sind.

Dieser Umstand aber macht nicht nur die Lage für die von hohen Zinsforderungen oder gar einem Insolvenzrisiko bedrohten Länder gefährlich. Durch ‚Ansteckungseffekte‘ oder gar das gänzliche Scheitern der Europäischen Währungsunion (EWU) sind alle Euro-Zone-Mitgliedsländer potentiell betroffen. Daher setzt sich zunehmend eine Erkenntnis durch, die gerade kritische Ökonomen einer europäischen Währungsintegration schon immer ins Stammbuch geschrieben haben: wirtschaftspolitische Koordinierung.

Tatsächlich war es insbesondere Frankreich, dass eine Währungsvereinheitlichung in der EU immer mit einer stärkeren wirtschaftspolitischen Koordinierung verband und unter dem Stichwort ‚Europäische Wirtschaftsregierung‘ (Gouvernement Economique) einforderte. Dem stand in der konkreten Ausgestaltung des EU-Go-

vernance-Systems Mitte der 1990er Jahre die Kohl-Waigel-Bundesregierung im Zusammenspiel mit dem damaligen Bundesbankpräsidenten Tietmeyer entgegen: Sie verwässerten vollkommen eine effektive Koordinierung der Wirtschaftspolitik im Rahmen der ‚Grundzüge der Wirtschaftspolitik‘ und setzten stattdessen eine Disziplinierung der Haushaltspolitik im Rahmen des ‚Stabilitäts- und Wachstumspakts‘ (SWP) durch. Der weite Bereich der wirtschaftspolitischen Koordinierung, der die Finanz-, aber auch die Sozial-, Steuer und Tarifpolitik umfassen muss, wurde damit sehr einseitig auf eine Haushaltspolitik beschränkt, die dem neoliberalen Leitbild eines ausgeglichenen Budgets folgte. Im Zusammenspiel mit der nach deutschen Forderungen sehr einseitig auf Preisstabilität fixierten Europäischen Zentralbank (EZB) wurde Europa also ‚getietmeyert‘.

Tatsächlich zielen alle Appelle auf eine Stärkung der wirtschaftspolitischen Koordinierung, wie sie gegenwärtig von Bundesfinanzminister Schäuble und Bundesaußenminister Westerwelle vorgebracht werden, nicht etwa darauf, den französischen Gedanken einer Europäischen Wirtschaftsregierung mit Leben zu füllen, sondern die vermeintliche Laxheit der haushaltspolitischen Restriktion durch den immerhin sanktionsbewährten SWP zu überwinden. Der SWP soll ‚mehr Biss‘ bekommen, indem Sanktionen früher und schneller ausgesprochen werden. Wenn es nach der Bundesregierung ginge, sollten Sanktionen nicht nur finanziellen Charakter haben, sondern auch Mitbestimmungsrechte in der EU tangieren. Alle weiteren wirtschaftspolitischen Bereiche, die bei tatsächlicher Koordinierung den Einstieg

in eine Sozial- und Transferunion bedeuten müssten, werden ausdrücklich zugunsten intergouvernementeller Absprachen vernachlässigt.

Neben dem Versuch, nationale Souveränitätsrechte in einer immer stärker zusammenwachsenden Welt zu verteidigen, steht hinter dieser Politik natürlich weiterhin das neoliberale Weltbild mit seiner Skepsis gegenüber staatlichen Interventionen. Verlässt man diesen ideologischen Bezugsrahmen, dessen ökonomisch-theoretisches Fundament – die neoklassische Gleichgewichtsökonomik – in der jüngsten Weltfinanzkrise erhebliche Risse bekommen hat, muss wirtschaftspolitische Koordinierung anders umgesetzt und orientiert werden:

- eine Koordinierung der Haushaltspolitik im Rahmen des SWP muss Spielraum für wachstumsförderliche Investitionsausgaben lassen und den unterschiedlichen Entwicklungsständen der Euro-Zone-Ländern Rechnung tragen. Vor allem aber kann es nicht nur um Restriktion gehen, sondern in Krisensituationen, wie der gerade durchlebten Weltfinanzkrise, müssen auch koordinierte Expansionsmaßnahmen getroffen werden können, denn sonst droht eine allgemeine konjunkturelle Abwärtsspirale. Die völlig unkoordinierten EU-weiten Sparprogramme lassen ein derartiges Szenario gegenwärtig befürchten.
- eine Koordinierung der Sozial- und Steuerpolitik muss verhindern, dass mangels Wechselkursanpassung die öffentlichen wie betrieblichen Ausgaben für soziale Maßnahmen und die (vor allem Unternehmens-)Steuersätze zu den wesentlichen Stellschrauben des Wettbewerbs zwischen den Euro-Zone-Ländern werden. Aufgrund der unterschiedlichen Leistungskraft und historischer Pfadabhängigkeiten darf ‚Koordinierung‘ aber

nicht mit ‚Harmonisierung‘ verwechselt werden.

- eine Koordinierung der Tarifpolitik ist unbedingt erforderlich, um die wesentliche Bedrohung der Existenz der EWU – die sich kumulativ aufbauenden Leistungsbilanzungleichgewichte als Folge auseinanderdriftender Lohnstückkostenentwicklungen – systematisch in den Griff zu bekommen.

Schließlich müssen die unterschiedlichen Politikbereiche nicht nur über nationale Grenzen hinweg koordiniert, sondern auch untereinander und insbesondere mit der Geldpolitik der EZB abgestimmt werden. Ansonsten droht eine Blockade, die ein inflationsfreies Wachstum in jener Größenordnung unmöglich macht, die die Arbeitsmärkte, aber auch die öffentlichen Haushalte nach der Weltfinanzkrise unbedingt benötigen.

Wie schwer es wird, eine effektive Koordinierung der Wirtschaftspolitik in die Praxis umzusetzen, braucht nicht betont zu werden. Allein der Hinweis auf den vollkommenen Zusammenbruch der europäischen (Währungs-)Integration im Alternativfall dürfte heute um einiges glaubwürdiger erscheinen als noch vor ein bis zwei Jahren. ■

---

☞ Dr. Arne Heise ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Hamburg.

## Rot-Grün-Rot und die Außenpolitik

von Ulrich Cremer

Soll 2013 ein rot-grün-rotes Regierungsbündnis noch angepeilt werden, sind einerseits atmosphärische Lockerungsübungen und andererseits inhaltliche Debatten auf diversen Politikfeldern vonnöten, denn eine Koalition entsteht nicht in den Koalitionsverhandlungen, sondern vorher. Die formalen Verhandlungen gießen einen entsprechenden Prozess nur in ein Vertragswerk. Sofern die Verhandlungen sich darum drehen, wechselseitig Erklärungen zu Mauerbau und DDR (seitens DIE LINKE) oder Distanzierung von der Zustimmung zu den Kriegskrediten 1914 und damit zusammenhängend die zwingend erforderliche Umbenennung der Friedrich-Ebert-Stiftung (seitens der SPD) oder die Distanzierung von ihrer eigenen Zustimmung zum völkerrechtswidrigen Kosovo-Krieg (seitens der GRÜNEN), ist das Scheitern vorprogrammiert und man kann den Versuch nach 10 Minuten beenden.

Tritt man jedoch ernsthaft in einen Verständigungsprozess ein, dürfte die Sollbruchstelle etwaiger zukünftiger Koalitionsverhandlungen zwischen SPD, GRÜNEN und DIE LINKE in der Außenpolitik liegen. Genau so war es in den 90er Jahren, als die spätere Rot-Grüne Regierung vorbereitet wurde. Umso überraschender ist der fast völlig fehlende Debattenzusammenhang. Z.B. fehlt das Feld Außenpolitik im Gründungsauftrag des Cross-Over-Instituts „Institut Solidarische Moderne“ komplett. Vor 1998 war das anders, da gab es unter Federführung des Friedensforschers Dieter S. Lutz den erfolgreichen Versuch, über einen Gesprächskreis die sehr kontroversen Positionen und widerstrebenden Akteure in Diskussionszusammenhänge zu verwickeln.<sup>1</sup>

Karsten Voigt, 1983-1998 außenpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion (danach 1999-2010 Koordinator der Bundesregierung für die deutsch-amerikanische Zusammenarbeit) hatte 1994 als die „wichtigsten umstrittenen Punkte“ folgende Themen ausgemacht:

- „deutsche NATO-Politik
- schrittweise Abschaffung von Bundeswehr und Wehrpflicht
- keine Beteiligung an militärischen out-of-area-Einsätzen und Verzicht auf deutsche ‚Krisenreaktionskräfte‘
- keine neuen Vorhaben der Rüstungsbeschaffung
- Ausstieg aus dem ‚Eurokorps‘
- deutsche Rüstungsexporte ausschließlich in Länder der Europäischen Union“<sup>2</sup>

2010, also 16 Jahre später, hat Voigt die Liste pragmatisch auf drei Punkte verkürzt. Er fordert von DIE LINKE eine Zustimmung zum Lissabon-Vertrag ein, ein klares Bekenntnis zur NATO und eine Absage an jegliche nationalen Alleingänge (friedenspolitischer Natur selbstverständlich, z.B. ein nicht eingebetteter Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan)<sup>3</sup>.

Die Geschichte ist eben nicht stehen geblieben, heute geht es um keine Keimzelle (Eurokorps) mehr, sondern um eine ausgewachsene EU Armee, EU Battle Groups, konkrete EU-Militäreinsätze, eine EU-Sicherheitsstrategie und die entsprechende vertragliche Fixierung im Lissabon-Vertrag. Die Krisenreaktionskräfte der Bundeswehr sind aufgebaut und im Einsatz. Die Bundeswehr nimmt u.a. auf dem Balkan und in Afgha-

<sup>1</sup> Siehe Grundlagenpapier und Teilnehmerliste „Parteiübergreifender Gesprächskreis zur Europäischen Friedens- und Sicherheitspolitik“, Hamburg/Bonn, November 1996

<sup>2</sup> Wolfgang Bruckmann / Karsten D. Voigt: Verantwortbar und regierungsfähig? Eine kritische Betrachtung der außen- und sicherheitspolitischen Vorstellungen von Bündnis 90/DIE GRÜNEN, Bonn Dezember 1994, S.5  
<sup>3</sup> <http://www.aicgs.org/analysis/c/voigt051310.aspx>, gefunden: :14.5.2010

nistan an konkreten Militär- bzw. Kriegseinsätzen teil.

Die Wehrpflicht ist inzwischen ausgesetzt worden, so dass dieser Konfliktpunkt entschärft ist. Hochaktuell bleibt natürlich, wie eine Regierungskoalition sich zu einer interventionsfähigen Armee stellt. Die Abschaffung der Bundeswehr wird von DIE LINKE nicht gefordert, aber sie tritt in ihrem Programmwurf für „den Umbau der Streitkräfte auf der Basis strikter Defensivpotenziale“<sup>4</sup> (also für eine angriffsunfähige Armee) ein.

Das Thema Rüstungsbeschaffung hat sich gleichzeitig relativiert, da auch eine nicht-angriffsfähige Armee Defensivwaffen beschaffen muss. Das Konzept der nicht-angriffsfähigen Armee knüpft an entsprechende SPD-SED-Konzepte der 80er Jahre an und könnte zwischen den beiden sozialdemokratischen Parteien SPD und DIE LINKE eine Brückenfunktion haben. Schwerer dürften sich damit die GRÜNEN tun, die nie diese Konzeption vertraten.

## Afghanistan-Krieg

Das Thema Afghanistan-Kriegsbeteiligung wird sich bis 2013 kaum entschärfen, haben sich doch die NATO-Staaten auf eine Laufzeitverlängerung für den Krieg bis mindestens 2014 verständigt. Auch danach soll es weitergehen, auch wenn dann keine deutschen Kampftruppen mehr am Hindukusch im Einsatz sein sollen. Der Fortschrittsbericht der Bundesregierung von Dezember 2010 weiß, dass „die afghanische Regierung die internationale Gemeinschaft und damit möglicherweise Deutschland um die Unterstützung durch Ausbildungskräfte und Schlüsselqualifikationen der Bundeswehr... auch

über 2014 hinaus bitten“ wird.<sup>5</sup> Bemerkenswert: während sich die deutsche Regierung nicht auf den Beginn des Abzugs im Jahr 2011 festnageln lassen will, steht bereits heute fest, dass die „souveräne“ afghanische Regierung in vier Jahren eine Fortsetzung des NATO-Einsatzes fordern wird. Dieses „Hilfeersuchen“ wäre dann in der nächsten Legislaturperiode zu entscheiden.

Dass bei der Bundestagsabstimmung im Januar 2011 die Zahl der Nein-Stimmen bei SPD und GRÜNEN nur marginal angestiegen ist, zeigt in aller Schärfe, dass es in beiden Parteien festgefügte Mehrheiten für den Krieg gibt. Hinter vielen Enthaltungen verbirgt sich ein prinzipielles JA zum Afghankrieg. Insbesondere bei den GRÜNEN ist die Begründung des Krieges als „humanitäre Intervention“ nahezu unerschüttert, so dass hier der Widerstand gegen den Truppenabzug am vitalsten sein dürfte.

Die Oppositionsarbeit von SPD und GRÜNEN beschränkt sich bisher im Wesentlichen darauf, eine Evaluation des Einsatzes oder angesichts bestimmter Einzelereignisse eine Regierungserklärung zu fordern. Ein frühzeitigeres Abzugsdatum mögen SPD und GRÜNE nicht nennen, um in der NATO anschlussfähig zu bleiben. So wird gewissermaßen die „Bündnisfähigkeit“ am Hindukusch verteidigt. Die aus den Reihen der GRÜNEN erhobene Forderung, bis zum 19. August 2011, dem afghanischen Unabhängigkeitstag, abziehen, ist aktuell nicht mehrheitsfähig<sup>6</sup>.

Bis 2013 sind vor diesem Hintergrund vier Szenarien möglich:

- 1) „Erneuter Strategiewechsel“: Die NATO stockt die Truppenzahl von 150.000 auf über 200.000 auf. Begründung

4 [http://die-linke.de/programm/programmwurf/iv\\_linke\\_reformprojekte\\_schritte\\_gesellschaftlicher\\_umgestaltung/4\\_wie\\_schaffen\\_wir\\_frieden\\_abruistung\\_kollektive\\_sicherheit\\_und\\_gemeinsame\\_entwicklung\\_abruistung\\_und\\_strategische\\_nichtangriffsaehigkeit/](http://die-linke.de/programm/programmwurf/iv_linke_reformprojekte_schritte_gesellschaftlicher_umgestaltung/4_wie_schaffen_wir_frieden_abruistung_kollektive_sicherheit_und_gemeinsame_entwicklung_abruistung_und_strategische_nichtangriffsaehigkeit/)

5 Fortschrittsbericht Afghanistan zur Unterrichtung des Bundestages, Dezember 2010, S.34

6 Ein entsprechender Aufruf erschien am 26.1.2010 in der taz und wurde von über 280 GRÜNEN Mitgliedern unterstützt. Siehe: [www.gruene-friedensinitiative.de](http://www.gruene-friedensinitiative.de)

wie üblich: Der Abzug wäre nicht verantwortlich, denn dann kehrten die Taliban zurück; die afghanischen Sicherheitskräfte wären noch nicht so weit zu übernehmen. Die weitere Aufstockung werde zu einer positiven militärischen Entwicklung in 2014 führen.

- 2) Die NATO zieht 2011 oder 2012 tatsächlich symbolisch ein paar Einheiten ab. Die Zahl sinkt z.B. um 10% auf 135.000 SoldatInnen. Mehr erlaube die Lage nicht, da der Aufbau der afghanischen Sicherheitskräfte hinter Plan sei<sup>7</sup> usw.
- 3) NATO zieht signifikant Truppen ab, so dass die Abzugsperspektive eine gewisse Glaubwürdigkeit erhalte. 2013 würden nur noch 50.000 Soldaten stationiert sein. Diese hätten sich auf einige Stützpunkte zurückgezogen, die offensive Kriegsführung wäre eingestellt worden. Mehrere lokale Waffenstillstände wären ausgehandelt worden und hielten. Die Aufständischen verhandelten ernsthaft über den Eintritt in eine nationale afghanische Einheitsregierung.
- 4) Der Abzug aller NATO-Truppen wäre abgeschlossen.

Leider ist Szenario 4 nahezu ausgeschlossen. Die beiden ersten Szenarien sind am realistischsten. Deswegen böte der Afghanistan-Krieg für eine rot-grün-rote Regierungsbildung 2013 erheblichen Sprengstoff. DIE LINKE müsste erreichen, dass ihr Regierungseintritt, den Abzug der NATO / Bundeswehr aus Afghanistan herbeiführt bzw. beschleunigt. Ein echtes Enddatum für den Abzug müsste im Koalitionsvertrag festgelegt werden, unabhängig bzw. im Widerspruch zu den US-Plänen für Afghanistan.

7 Entgegen den einem aufgestockten Kommunikationsetz (von 100 auf 290 Mio. \$) geschuldeten Erfolgsmeldungen dürfte es in der Wirklichkeit um Quantität und Qualität der afghanischen Sicherheitskräfte Anfang 2011 nicht zum Besten stehen. Details siehe: Cremer/Achleppöhler: Abzug nach Gutsherrenart, in Sozialismus 2/2011, S.3

Dabei wäre es natürlich guter Ton, einen einseitigen Abzug der Bundeswehr in der NATO auch vorher anzukündigen und zu erklären, um Andere zum Nachahmen zu bewegen. Es liegt auf der Hand, dass eine solche Einigungslinie nur möglich ist, wenn sich die gesellschaftlichen Mehrheiten gegen den Afghanistan-Krieg auch in entsprechenden Mehrheiten in SPD und GRÜNEN niederschlugen. Das wiederum ist nur denkbar, wenn die gesellschaftliche Mehrheit sich engagiert und nicht nur bei Meinungsumfragen ihr NEIN zu Protokoll gibt.

Die Alternative: DIE LINKE schleift ihre friedenspolitischen Ansprüche und übernimmt die Position von SPD und GRÜNEN, beim Krieg solange mitzumachen wie dieser eben dauert. Das würde ein Karsten Voigt dann sicher als „Regierungsfähigkeit“ und „Beendigung der Realitätsverweigerung“ feiern.

## NATO

Im 2010er Programmentwurf von DIE LINKE heißt es: „Wir fordern die Auflösung der NATO und ihre Ersetzung durch ein kollektives Sicherheitssystem unter Beteiligung Russlands.“

Exakt diese Position hatten die GRÜNEN auch vor der Regierungsbeteiligung 1998 vertreten: 1994 wurde das Ziel der „Entmilitarisierung der Politik“ betreten und dieses „bedeute auch die Auflösung der NATO“. Denn diese sei „strukturell ungeeignet, die komplizierten neuen zivilen und politischen Aufgaben einer gesamteuropäischen Friedensordnung in Europa wahrzunehmen.“ „Strukturen gemeinsamer Sicherheit müssen an die Stelle der Bündnisstrukturen treten und ermöglichen ihre Auflösung.“<sup>8</sup> Auch im 1998er Wahlprogramm hieß es noch: „Die langfristig angelegte antimilitaristische Strategie von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zielt

8 Grünes Bundestagswahlprogramm 1994, „Nur mit uns“, S.55

darauf ab, Militärbündnisse und nationale Armeen in eine gesamteuropäische Friedens- und Sicherheitsordnung aufzulösen. Sie muss die NATO ablösen...“ (S.143)

Diese Positionen fanden und finden - wenig überraschend - bei Karsten Voigt kein Verständnis. 2010 resümiert er: „Die 1990 auch von Teilen der SPD gegenüber einer NATO-Mitgliedschaft bevorzugte Mitgliedschaft in einem neuen, ganz Europa umspannenden, kollektiven Sicherheitssystem, ist heute illusionärer denn je, da fast alle Nachbarn Deutschlands der NATO angehören und weit davon entfernt sind diese Mitgliedschaft aufzugeben.“<sup>9</sup> Hier schimmert die bekannte Taktik auf, die eigenen Positionen hinter anderen Akteuren zu verstecken.

Der Eintritt in die Bundesregierung war es den GRÜNEN wert, ihre kritische NATO-Position abzuräumen. Sie trugen sogar mehrheitlich den NATO-Angriffskrieg gegen Jugoslawien (Kosovo-Krieg) mit, der nicht einmal völkerrechtlich legitimiert war. Heute finden sich in den GRÜNEN Programmen keine NATO-kritischen Passagen mehr. Mancher GRÜNER Spitzenpolitiker ist sich auch nicht zu schade, vor dem Hintergrund der eigenen Positionsentwicklung seit 1998 gegenüber DIE LINKE den Erziehungsberechtigten zu mimen und ihnen aufgrund ihrer außenpolitischen Haltungen die „Regierungsfähigkeit“ abzusprechen.

Der LINKEN würde heute übrigens erheblich mehr abgefordert als den GRÜNEN 1998, da damals die NATO den Kosovokrieg noch nicht geführt und auch ihren Afghanistan-Kriegseinsatz noch nicht begonnen hatte. Ihre Interventionskapazitäten waren noch nicht auf den heutigen Stand gebracht, sie hatte weniger Mitglieder und Verbündete. Die neue NATO nahm damals erst langsam Fahrt auf. Übernahme der NATO-Main-

stream-Position bedeutete für DIE LINKE heute Akzeptanz aller Fehlentwicklungen, die sie bzw. ihre Vorläuferorganisationen jahrelang bekämpft haben. Bei einem Bündnis auf Augenhöhe kann man eine solche bedingungslose Kapitulation eigentlich nicht ernsthaft verlangen.

Umgekehrt kann man in der Realpolitik kaum erwarten, dass SPD und GRÜNE mit wenigen Jahren Abstand ihre eigenen kriegspolitischen Fehlritte öffentlich bedauern. Positionen wie die von Ulrich Kasparick (SPD-MdB 1998-2009 und Ex-Staatssekretär) sind kurzfristig kaum mehrheitsfähig: „Ich habe den Mandaten für den Einsatz der Bundeswehr zugestimmt. Es gibt keine Entscheidung, die ich mehr bereue, als diese. Denn durch dieses Mandat wurde der 4. September 2009 [= NATO-Luftangriff auf Tanklaster mit 90 Toten] überhaupt erst möglich. Ich trage, gemeinsam mit meinen KollegInnen, die dem Mandat für die Bundeswehr ebenfalls zugestimmt haben, die politische Verantwortung für diese Toten... Wir haben mit unserem Mandat den 4. September 2009 ermöglicht. ... Deshalb gibt es nur den Weg des Abzugs der Truppen.“<sup>10</sup>

Die realpolitische Positionsbestimmung zur NATO hat zunächst einmal davon auszugehen, dass es gültige Verträge gibt, die Deutschland bei rot-grün-rottem Regierungsantritt an die NATO bindet. Es sind zahlreiche (friedenspolitisch gesehen: negative) Fakten geschaffen worden, die den Ausgangspunkt darstellen. Dazu zählt seit November 2010 die neue NATO-Strategie von Lissabon.

Statt einfach die aktuelle NATO-Politik fortzusetzen, hätte ein rot-grün-rotes Regierungsbündnis mit friedenspolitischem Anspruch folgende Optionen, die die bestehen-

9 <http://www.aicgs.org/analysis/c/voigt051310.aspx>, gefunden: 14.5.2010

<sup>10</sup> <http://ulrichkasparick.wordpress.com/2010/04/24/4-9-2009-bis-zu-142-tote-darunter-viele-zivilisten-man-will-uns-weismachen-dieser-krieg-sei-notig/>

den NATO-Militäreinsätze beenden und die NATO als Militärpakt schwächen würden:

- a) Austritt aus dem Militärpakt NATO. Diese Position hatten die GRÜNEN in den 80er Jahren bezogen. Im 1987er Wahlprogramm hieß es: „Wir begreifen eine Strategie der einseitigen Abrüstung als Prozess der Herauslösung der Bundesrepublik aus der NATO, die die Aufrüstungsspirale stetig vorangetrieben hat und vorantreibt... Wir müssen raus aus der NATO, weil es mit der NATO keinen Frieden geben kann und Schwächung, Desintegration und schließlich Aufhebung dieses Bündnisses unabdingbar ist, um Frieden zu schaffen. Die NATO ist nicht reformierbar.“ Im gleichen Jahr bekräftigte eine GRÜNE BDK: „DIE GRÜNEN bleiben daher bei ihrer Forderung nach einem Austritt der Bundesrepublik aus der NATO. Friedenspolitik kann nicht auf Basis von Militärblöcken betrieben werden.“<sup>11</sup> Einen Zeitpunkt für den Austritt hatten die GRÜNEN damals nicht genannt, das damalige Konzept hatte eher langfristigen, prinzipiellen Charakter. Zwar war es auf die Blockkonfrontation des Kalten Krieges bezogen, aber prinzipiell wäre die Grundposition auch heute mögliche Basis für eine Anti-NATO-Konzeption.
- b) Mitglied in der NATO bleiben und gleichzeitig auf die formale Auflösung der Organisation hinarbeiten, wie immer die Zwischenschritte aussehen könnten.
- c) Mitglied bleiben, einzelne Entwicklungen blockieren, Gelder kürzen, auf diese Weise die NATO schwächer und unwichtiger machen, sie „absterben“ lassen, ohne sie formal aufzulösen. Einen ähnlichen Prozess hat die OSZE in den letz-

ten 12 Jahren durchgemacht, sie besteht zwar noch, hat aber immer weniger politischen Einfluss. Diese Position böte den aktuellen NATO-BefürworterInnen eine Möglichkeit zur Gesichtswahrung. Parallel müssten alternative Sicherheitsstrukturen aufgebaut werden, z.B. die OSZE aus ihrem Dornröschen-Schlaf wieder geweckt werden.

Unvorstellbar, dass SPD und GRÜNE sich eine dieser Optionen zu eigen machen würden. Also werden solche Strategiebeschreibungen kaum in einem Koalitionsvertrag Karriere machen. Denkbar wäre aber ein Forderungskatalog, der beschriebe, was sich bei der NATO ändern soll. Der könnte neben dem Abzug aus Afghanistan z.B. solche Elemente enthalten:

- Die NATO darf sich die US-Präventivkriegsdoktrin nicht zu eigen machen;
- die Pläne für die NATO Response Force und das Konzept NATO-eigener Truppen werden aufgegeben;
- Aufgabe der „Raketenabwehr“-Pläne
- keine Aufnahme weiterer Länder in die NATO;
- der Kosovokrieg sollte von der NATO als Völkerrechtsbruch qualifiziert werden, verbunden mit einer Erklärung, dass man sich fortan an das Völkerrecht und die UN-Beschlüsse hält und keine Militäraktionen mehr auf eigene Faust starten wird;
- Verzicht den Aufbau weiterer Cyberwar-Angriffspotentiale
- Entflechtung der zivil-militärischen Zusammenarbeit und Respektierung der Neutralität der zivilen Hilfsorganisationen.

<sup>11</sup> zitiert nach: NATO-Broschüre der GRÜNEN "To be or NATO be", Bonn/Hamburg, Juli 1988, S.76, im Internet abrufbar unter: [http://www.gruene-friedensinitiative.de/bibliothek/1988\\_gruene\\_nato.pdf](http://www.gruene-friedensinitiative.de/bibliothek/1988_gruene_nato.pdf)

## EU

Eine noch härtere Nuss stellt das Verhältnis einer rot-grün-roten Regierung zum EU-Militär da. Dieses Problem bestand 1998 noch nicht in der gegenwärtigen Schärfe, schließlich wurden die entsprechenden Entwicklungen erst von der Schröder/Fischer-Regierung erfolgreich vorangetrieben. Damit besteht das Problem, dass eine friedenspolitische Positionierung für SPD und GRÜNE die Negation der eigenen Politik der letzten 12 Jahre bedeutet. Dafür dürften diese kaum reif sein. Hier ist auch kreative Kompromiss-Suche gefragt, denn umgekehrt dürfte auch hier DIE LINKE nicht einfach so die eigenen Positionen verraten wollen.

Juristisch ist die Thematik in der Ratifizierung des Lissabon-Vertrages und dessen internationalen Gültigkeit verborgen. Dieser bildet heute den Ausgangspunkt. DIE LINKE hält in ihrem Programmentwurf diesen Vertrag für ungeeignet, um eine „Friedensunion“ zu erreichen. Sie will „eine europäische Verfassung, die eindeutig auf die Sicherung des Friedens, zivile Konfliktlösungen und Abrüstung verpflichtet.“

Was die „Militarisierung der EU“ betrifft, so warnten auch die GRÜNEN in den Jahren vor Regierungsantritt genau vor der Entwicklung, die sie später selbst forcieren sollten: In ihrem 1998er Wahlprogramm stritten sie für „eine EU, in der... militärischen Interventionen eine Absage erteilt wird.“ Kritisiert wurde, dass mit dem damaligen Amsterdamer Vertrag „die enge Bindung der WEU und die Aufnahme gemeinsamer militärischer Aktionen bis hin zu militärischen Kampfeinsätzen die Tür weiter geöffnet (wurde) in Richtung auf einen Militärmacht EU. Dies lehnen wir strikt ab. Die EU benötigt keinen ‚militärischen Arm‘.“ (S.138f.)

Die Änderung des Lissabon-Vertrages geht ohnehin nicht von heute auf morgen,

aber eine rot-grün-rote Koalition müsste sich schon auf gemeinsame Reformschritte für die EU einigen, soll die deutsche EU-Sicherheitspolitik nicht als „business as usual“ weitergehen.

Alle inhaltlichen Festlegungen funktionieren nur, wenn auch entsprechendes Personal zur Umsetzung an den wichtigen Stellen platziert ist. Die Nominierung Joschka Fischers als Außenminister durch die GRÜNE Partei 1998 ist hier ein warnendes Beispiel: Er war nie in den entsprechenden GRÜNEN Diskussionen verankert und akzeptierte das eigene Parteiprogramm im außenpolitischen Bereich nicht. Insofern konnte man von ihm natürlich auch keine Umsetzung desselben erwarten.

## Miteinander reden

Wenn rot-grün-rot nicht auf absehbare Zeit als Perspektive abgeschrieben werden soll, ist es dringend erforderlich, einen entsprechenden Diskussionszusammenhang zu außenpolitischen Fragen zu etablieren – mit offenem Ausgang, vielleicht liegen die Positionen einfach zu weit auseinander, aber der Versuch sollte zumindest unternommen werden. ■

⇒ Uli Cremer ist Mitglied der GRÜNEN FRIEDENSINITIATIVE und Autor des 2009 erschienenen Buches „Neue NATO: die ersten Kriege“. 2003 initiierte er gemeinsam mit Niels Annen die Hamburger Erklärung gegen die Beteiligung am Irak-Krieg, die von vielen MdB und sogar einem damaligen SPD-Ministerpräsidenten unterschrieben wurde: Sigmar Gabriel.

## Affirmative Action

### – Heilsbringer für die deutsche Integrationspolitik?

von Daniela Kolbe und Daniela Kaya

Mit der Frage inwiefern positive Diskriminierung eine effektive und erfolgsversprechende Gegenstrategie zur negativen Diskriminierung sein kann, schließen Asiye Öztürk und Thilo Scholle ihre Einleitung im Schwerpunktheft *Integration und Diskriminierung – blinde Flecken der öffentlichen Debatte* (Heft 172/2009). Wir möchten diese Frage aufgreifen und diskutieren welchen Platz positive Diskriminierung in einer fortschrittlichen Integrationspolitik einnehmen kann.

#### Was ist Affirmative Action?

*„Man kann einen Menschen, der jahrelang in Ketten humpeln musste, nicht einfach auf die Startlinie eines Wettrennens stellen mit den Worten: >Du bist nun frei fürs Wettlaufen< und dabei auch noch glauben, man sei überaus fair.“*

erklärte der amerikanische Präsident Lyndon B. Johnson die Grundidee der Affirmative Action (AA) Politik im Jahr 1965. AA ist ein US-amerikanisches Antidiskriminierungskonzept, das auf der Annahme beruht, dass es Ungleichheiten gibt, die durch den guten Willen Einzelner nicht aufgelöst werden können, sondern besonderer Formen politischen Handelns bedürfen. Bei der AA geht es folglich um gesetzlich gesteuerte Maßnahmen gegen strukturelle Diskriminierung, die durchaus unterschiedliche Behandlung von Gruppen vorsieht, um bestehende Benachteiligungen auszugleichen.

Die gesetzlichen Regelungen beziehen sich auf eine aktive Gleichstellungspolitik in allen gesellschaftlichen Bereichen: Wirtschaft, Bildung (Schule und Universitäten), öffentlicher Dienst, auf die Repräsentanz von Minder-

heiten in den Medien, bis hin zur Vergabe von Sendefrequenzen und der Wohnungsvergabe. Bei dem Konzept der AA geht es maßgeblich darum, der informellen Bevorzugung der Angehörigen der Mehrheitskultur gegenzusteuern, indem Menschen mit *gleichen Qualifikationen*, die in der Regel benachteiligt werden, *bevorzugt* werden. Unterschieden wird bei der AA zwischen starken und schwachen Maßnahmen: u.a. wenn diskriminierte Gruppen zur Bewerbung aufgerufen werden- wie es beispielsweise in Deutschland bereits bei Ausschreibungen für den öffentlichen Dienst für Frauen oder Menschen mit Behinderung praktiziert wird- spricht man von *schwachen Instrumenten*. Starke Affirmative Action ist hingegen ergebnisorientiert. Sie hält beispielsweise Unternehmen zu bewussten Strategien der Rekrutierung von Zielgruppen an. Damit ist eine Bewusstseins- und Verantwortungswende verbunden, die weit in die Mehrheitsgesellschaft ausstrahlt. Denn bei ausbleibendem Erfolg müssen Gegenstrategien entwickelt werden.

#### Erfahrungen aus den USA

Wieso in die USA schielen, wenn wir über deutsche Integrationspolitik diskutieren? Schließlich ist die US-amerikanische Gesellschaft weder in ihrer Immigrationsgeschichte, noch in ihrer wohlfahrtstaatlichen oder in ihrer gesamtgesellschaftlichen Verfasstheit mit der Bundesrepublik vergleichbar. Aber, so argumentiert Birgit Rommelspacher treffend, die Konzepte sozialer Bewegungen in Europa sind, insbesondere auch in Deutschland in den letzten 30-40 Jahren (beispielsweise Frauen- und Friedensbewegung) in ihrer politischen Bewegungsform, wie auch in ihren theoretischen Diskussionen wesentlich von

## Harte und weiche Maßnahmen von Antidiskriminierungspolitik



\*contract compliance ist die Verknüpfung der Vergabe öffentlicher Aufträge an Auflagen, die sich auf Antidiskriminierungsmaßnahmen in einem Betrieb beziehen.

den USA bestimmt.<sup>1</sup> Welche Bedeutung kann nun die Politik der USA für den kulturellen Pluralismus in Deutschland haben?

Für die USA bedeutet Affirmative Action Politik die Aufarbeitung des historischen Defizits gegenüber diskriminierten und rassistisch benachteiligten Minderheiten. Die Bilanz der US-amerikanischen Affirmative Action Politik liest sich ambivalent: zwar ist die Erwerbsbeteiligung ethnischer Minderheiten in den USA insgesamt signifikant gestiegen, differenziert nach Hierarchie und Segment reicht ihr Aufstieg jedoch oftmals nur in die Mittelschicht. Gemessen an den ökonomischen Ressourcen zeigt sich<sup>2</sup>, dass die Veränderungen im Bildungswesen und die Rekrutierungspolitik nicht ausreichen um signifikante Veränderungen in der ökonomischen Machtverteilung herbeizuführen. Offensichtlich ist Affirmative Action also *nicht geeignet grundsätzliche Probleme der Ausgrenzung zu lösen*.

1 Rommelspacher, Birgit (2002): Anerkennung und Ausgrenzung. Deutschland als multikulturelle Gesellschaft. Frankfurt a.M.

2 Weiße Männer, die 41% der Bevölkerung verfügen über 95% des Wirtschaftslebens (vgl. Rommelspacher).

## Entmystifiziert Affirmative Action das Leistungs- und Individualitätscredo?

In der Diskussion für oder gegen Affirmative Action geht es im Wesentlichen um das Thema der Leistungsgerechtigkeit. Gegner der AA argumentieren, dass die Politik der positiven Diskriminierung das Leistungsprinzip und die Leistungsgerechtigkeit in der gesellschaftlichen Verteilung von Teilhabe aushebelt. Paradox, denn die Affirmative Action stellt ja gerade das Funktionieren des Leistungsprinzip in Frage. Da nicht-leistungsbezogene Merkmale<sup>3</sup> bei der Bewertung von Leistungen einfließen (z.B. beim formalen Bildungsabschluss) und in Auswahlverfahren (auf dem Aus-

bildungs- und Arbeitsmarkt) herangezogen werden und Menschen mit Migrationshintergrund durchschnittlich über geringeres ökonomisches und soziales Kapital verfügen, gelingt ihnen der sozioökonomische Aufstieg nur mit vergleichsweise überdurchschnittlichen Leistungen. Darüber hinaus fehlt ihnen in der weißen Mehrheitsgesellschaft Deutungsmacht in medialen und politischen Diskursen- das so genannte symbolische Kapital. Die symbolische Bedeutung der Affirmative Action ist folglich immens: erschüttert sie doch den gesellschaftlichen Glauben an das Gelten und die Wirkmächtigkeit des Leistungsprinzips und der Eigenverantwortung. Werte die mit dem Einzug neoliberaler Rhetorik und Politik auch in der Mitte unserer Gesellschaft verankert sind. Insofern würde die AA dazu führen das Leistungsprinzip stärker durchzusetzen. Die AA hat folglich einen hohen symbolischen Wert- sie unterstreicht den Anspruch einer Gesellschaft jedem die gleiche Chance zu geben.

3 Migrationshintergrund, Geschlechtszugehörigkeit, soziale Herkunft und Alter.

## Der Dreiklang von Antirassismus, Antidiskriminierung und Gleichstellungspolitik

Antirassismus bedeutet die Kategorien zu hinterfragen mit denen die „Anderen“ ausgegrenzt und vereinnahmt werden und wie dies mit eigenen symbolischen und materiellen Machtinteressen verbunden ist. Zwei unverzichtbare und sich ergänzende Säulen der rechtlichen Inklusion und gesellschaftlicher Gleichstellung von Einwanderern, sowie ihrer nachfolgenden Generationen, ist der Erwerb der Staatsbürgerschaft und der Schutz vor direkter und indirekter Diskriminierung. Die staatsbürgerliche Inklusion ist ein wichtiger Baustein für Integration. Die Staatsbürgerschaft hat eine sowohl ausschließende als auch einschließende Funktion, sie institutionalisiert Abgrenzung nach Außen und Solidaritätsbindungen nach Innen.<sup>4</sup> Mit der Erlangung der Staatsbürgerschaft sind Privilegien verbunden, die beim Bildungs- und Arbeitsmarkterfolg messbar sind.<sup>5</sup> Damit geht auch eine zunehmende Identifikation und steigendes gesellschaftspolitisches Engagement einher.<sup>6</sup> Überdies muss der Schutz vor direkter, persönlicher (*face to face*) als auch vor indirekter, institutioneller und struktureller Diskriminierung gewährleistet werden. Ziel von Antidiskriminierungspolitik muss also das Aufbrechen der Mechanismen sein, die die „Vererbung“ von ökonomischem, kulturellem und sozialem Kapital innerhalb der etablierten Gesellschaft steuert. Es geht also in erster Linie nicht darum andere zu fördern, sondern *strukturelle Benachteiligung* abzubauen. Ziel ist die Entkopplung der kulturellen Fremdheit von der strukturellen, so dass die

4 Dagegen sind mit fehlender Staatsangehörigkeit vielfältig eingeschränkte Rechte verbunden: kein Wahlrecht, aber Steuerpflicht, kein Demonstrations-, Versammlungs- und Vereinigungsrecht und kein Recht auf Wählbarkeit in Gremien der Sozialversicherung und Kinder- und Jugendhilfe, kein Zugang zum öffentlichen Dienst, Einschränkungen auf dem Arbeitsmarkt, eingeschränktes Recht auf Familiennachzug.

5 OECD (2010): „International Migration Outlook“

6 Alcin Kürsat-Ahlers (2001): „Die Bedeutung der staatsbürgerschaftlichen Gleichstellung und Antidiskriminierungspolitik für Integrationsprozesse“ In: Mehrländer, Ursula und Schultze, Günther (Hg.): Einwanderungsland Deutschland – Neue Wege nachhaltiger Integration, Bonn 2001, S. 117-142;

ethnische Zugehörigkeit kein Kriterium mehr für die soziale Statuszuweisung ist.

## Übertragbarkeit für die deutsche Integrationspolitik

Was lehrt uns die Erfahrung aus den USA? Zunächst lässt sich festhalten, dass es in Deutschland eine stärker ausgeprägte Erwartung an den Staat gibt, soziale Gerechtigkeit herzustellen. Dabei beziehen sich die Erwartungen an die staatlichen Egalitätsaufgaben zuvorderst an den Staat als Garanten von Schutz und Sicherheit für die „Volksgemeinschaft“. Jens Schneider fand in einer repräsentativen Befragung heraus, dass zwar die kulturelle Vielfalt in der Gesellschaft auch hier inzwischen durchaus goutiert wird, aber nur „solange es um ein *Nebeneinander* geht, denn sonst besteht die Gefahr, dass eine Mischmaschkultur entsteht und die *nationale Identität* durch die Multikulturalität zerstört wird“ (2001). Dies spiegelt sich auch in integrationspolitischen Diskussionen in Deutschland wieder, in denen es meist um die Anpassungsleistungen von Migranten geht. Der Integrationsbegriff wird im Sinne des Assimilationsdogmas politisch-normativ und imperativ aufgeladen („Die Migranten sollen mal machen“). Die Frage nach einer Synthese, also einer neuen gemeinsamen Identität kommt bisher nicht auf.

## Notwendigkeit einer Affirmative Action für Deutschland?

Zahlreiche empirische Studien haben eindringlich die strukturelle Diskriminierung im deutschen Bildungs- und Ausbildungswesen, sowie auf dem Arbeitsmarkt nachgewiesen, die sich nur teilweise mit nicht-adäquater Qualifikation erklären lässt.<sup>7</sup> Vielmehr weisen die Analysen darauf hin, dass der Migrationshintergrund ein Erklärungsfaktor für Erfolg bzw. Misserfolg auf der Bildungs- und Kar-

7 Vgl. PISA, IGLU, OECD, Bildungsbericht, Integrationsbericht.

riereleiter ist.<sup>8</sup> Hier stellt sich zwangsläufig die Frage nach einer integrationspolitischen Bringschuld der Gesellschaft und des Staates. Dagegen ist der Mythos der meritokratischen Leitfigur sozialer Ungleichheit in Deutschland ebenso wie in den USA ungebrochen. Zudem stützt das fehlende Klassenbewusstsein in unserer Gesellschaft das Mantra der individuellen Leistungsgerechtigkeit.

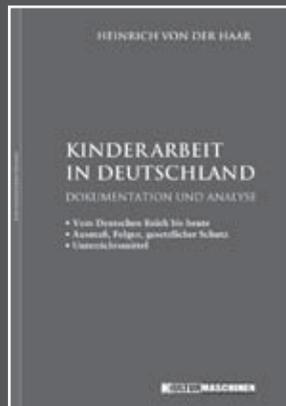
Der Status Quo von Antidiskriminierungspolitik in Deutschland ist recht überschaubar. Mit der Antirassismus-Richtlinie (2000/43) der EU im Jahr 2000 wurden mit dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz und der Einrichtung der Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS) erstmals Instrumente eingeführt, die diesem Politikbereich zuzuordnen sind. Die Arbeit der Antidiskriminierungsstelle des Bundes entwickelt sich maßgeblich seit dem Führungswechsel 2010 mit Christine Lüders in die richtige Richtung. Mit Forschungsaufträgen, Projektinitiativen und der Vernetzung von Akteuren leistet die ADS wichtige Pionierarbeit in der Antidiskriminierungspolitik.<sup>9</sup> Nichtsdestotrotz wäre eine Kompetenzerweiterung durch die Ausstattung mit Rechtsmitteln (juristische Beratung für Betroffene, eigenes Klagerecht), sowie die wissenschaftliche Evaluation unter der Federführung der ADS zu bereits durchgeführten Maßnahmen und Instrumenten von Antidiskriminierungspolitik in Deutschland (oder

8 Geißler, Rainer (2005): Die Metarmorphose der Arbeitertochter zum Migrantensohn. Zum Wandel der Chancenstruktur im Bildungssystem nach Schicht, Geschlecht, Ethnie und deren Verknüpfung" Berger, Peter/ Kahlert, Heike [Hrsg.]: Institutionalisierte Ungleichheiten. Wie das Bildungswesen Chancen blockiert. München, S. 71-100.; Granato, Mona/ Ulrich, Joachim Gerd (2006): „Also was soll ich noch machen, damit die mich nehmen?“ Jugendliche mit Migrationshintergrund und ihre Ausbildungschancen. In: [Wirtschafts- und sozialpolitisches Forschungs- und Beratungszentrum der Friedrich-Ebert-Stiftung Hrsg.] Kompetenzen stärken, Qualifikationen verbessern, Potenziale nutzen. Berufliche Bildung von Jugendlichen und Erwachsenen mit Migrationshintergrund. Bonn; Solga, Heike (2005): Meritokratie-die moderne Legitimation ungleicher Bildungschancen. In: Berger, Peter/ Kahlert, Heike [Hrsg.]: Institutionalisierte Ungleichheiten. Wie das Bildungswesen Chancen blockiert. München, S. 19-38.

9 Beispielsweise werden im Rahmen des Pilot-Projektes der anonymisierten Bewerbungsverfahren 225 Arbeits-, Ausbildungs- und Studienplätze vergeben. Mit dem EU-Projekt „Chancen gleich(heit) prüfen - Diversity Mainstreaming für Verwaltungen“ vergibt die ADS Mittel zur Forschung von Diversity Management in deutschen Verwaltungen und Schulungen für Verwaltungsmitarbeiter.



Woran liegt es, dass sich kein Widerstand regt? Tiefgreifend, interessant und durchaus kurzweilig stellt uns Werner Seppmann die Situation und die in ihr Handelnden vor. Was wird gebraucht, damit sich etwas ändert? Seppmann bleibt die Antwort nicht schuldig. 13,80 Euro - 148 Seiten



Das Standardwerk über die Kinderarbeit in Deutschland - vom Kaiserreich bis heute. Mit vielen Dokumenten, Tabellen und Nachweisen. Geeignet als Unterrichts- und Schulungsmaterial. 16,80 Euro - 220 Seite.

[www.kulturmaschinen.de](http://www.kulturmaschinen.de)

Im Buchhandel, in Online-Shops und unter  
[www.kulturmaschinen.de](http://www.kulturmaschinen.de)  
Belletristik und Sachbuch.  
Kontakt: [verlag@kulturmaschinen.de](mailto:verlag@kulturmaschinen.de)  
Tel.: 030 49783690 • Fax: 030 49809158

**KULTURMASCHINEN**

europaweit) wünschenswert, um Bewährtes aufzuspüren und zielgerichtet implementieren zu können.

Die Institutionalisierung der Kompensation von fehlendem Sozialkapital kann ein Ansatz zum Abbau struktureller Diskriminierung von Menschen mit Migrationshintergrund sein, den es für die Teilbereiche (Bildungs- Ausbildungs- und Arbeitsmarkt) zu übersetzen gilt. Beispielsweise sind StipendiatInnen mit Migrationshintergrund in den großen Förderwerken Mangelware. Ebenso wie die Geschlechtszugehörigkeit könnte der Migrationshintergrund als ein Kriterium für die Aufnahme in ein Stipendienprogramm eingeführt werden. Für den Arbeitsmarkt wäre die explizite Aufforderung und Adressierung von Bewerbern mit Migrationshintergrund in Stellenausschreibungen eine Maßnahme, die beispielsweise für die Zielgruppe der Frauen bereits praktiziert wird. Darüber hinaus könnten Mentoringprogramme helfen, den Mangel an Sozialkapital zu kompensieren. Arbeitgeberseitig wären Diversity Trainings für Personalverantwortliche und verbindliche betriebliche Vereinbarungen über den Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund weitere Maßnahmen.

Die leidige Definitionsfrage, wer denn eigentlich einer ethnischen Minderheit angehört und wie das festgestellt wird, taucht in der deutschen Diskussion immer wieder auf. Bemerkenswert, dass sie in den USA kein Thema ist, denn die Angehörigen von Minderheiten stufen sich dort selbst als solche ein, und wer das nicht möchte verzichtet eben auf die damit verknüpften Maßnahmen. Nebenbei bemerkt: es ist kein Fall aus den USA bekannt, in dem es um die Rechtmäßigkeit der Einordnung als ethnische Minderheit ging.

Im Übrigen kann eine progressive sozialdemokratische Integrationspolitik im Kontext der Erneuerung der SPD nicht umhin kommen ihren Kernauftrag der sozialen Gerechtigkeit

wahrzunehmen. Hierzu gehört die historisch relativ neue Gruppe der Menschen mit Migrationshintergrund als Zielgruppe ernst zu nehmen. Eine Ursache der Krise der SPD ist sicherlich auch in der kulturelle Entfremdung zwischen der Arbeiterschicht einerseits und arrivierten Aufsteigern (Früchte der SPD Aufsteiger-Politik) zu sehen, die heute das Groß der Funktionäre ausmachen; gleichzeitig symbolisieren die sozialdemokratischen Verantwortungsträger die weiße Mittelschicht. Die gefühlte Distanz zur migrantischen Unter-(bzw. Arbeiter-)schicht ist nicht zu übersehen, ebenso wie zu den migrantischen Aufsteigerkindern. Diese kulturelle Kluft gilt es innerparteilich aber auch symbolisch zu durchbrechen.

Integrationspolitik ist kein Rand- oder „Gedöns“-thema, vielmehr ist sie dringende Zukunftsaufgabe die es politisch zu gestalten gilt. Nicht nur im ökonomischen Sinne, wenn in bekannter Humankapitalmanier nach den ausländischen Fachkräften gerufen wird. Integrationspolitik ist eine ursozialdemokratische Aufgabe, denn es geht um die Verteilung von Teilhabe an Macht, Ressourcen und Lebenschancen, ungeachtet der Herkunft. In diesem Sinne ist Affirmative Action kein Heilsbringer, aber ein überfälliger Schritt. ■

↳ Daniela Kolbe ist Mitglied des Deutschen Bundestages

↳ Daniela Kaya ist Sozialwissenschaftlerin und Mitglied im Landesvorstand der AG Migration Berlin

## Am Ausgangspunkt von Stamokap – 40 Jahre Hamburger Strategiepapier

von Thilo Scholle und Jan Schwarz



Foto: www.photocase.de, © stieffne

Mit dem „Hamburger Strategiepapier“ feiert eines der wichtigsten programmatischen Dokumente der Juso-Geschichte in diesem Jahr seinen 40. Geburtstag. Hintergrund war die bald nach der Linkswende von 1969 beginnende Theoriedebatte im Verband. Schnell wurde klar, dass neben einem gemeinsamen Grundverständnis von den Jusos als linker Kraft innerhalb und außerhalb der SPD deutliche Unterschiede in politischer Analyse und daraus abgeleiteten tagespolitischen Forderungen bestanden. Trotzdem fällt ein Blick zurück nicht leicht: Zu beachten sind sowohl der allgemeine politische und gesellschaftliche Kontext der Debatten, als auch die Hintergründe der konkreten verbandsinternen Auseinandersetzungen mit ihren auf innerverbandliche Durchsetzung und innerverbandliche Auseinandersetzungen bezogenen Facetten.

### Die theoretische Debatte bei den Jusos am Anfang der 1970er Jahre

Im Mittelpunkt der Diskussion stand dabei die Auseinandersetzung zwischen revisionis-

tischen Politikkonzepten und an der „Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus“ (Stamokap) orientierten politischen Analysen. Anhand dieser inhaltlichen Kontroversen bildeten sich unterschiedliche Strömungen im Verband heraus, die in der Folgezeit nicht nur theoretische Debatten im Verband führten, sondern auch (und manchmal vielleicht zu viel) Personalpolitik im Verband organisierten.

Die theoretischen Auseinandersetzungen traten erstmals pointiert auf dem Hannoveraner Strategiekongress der Jusos von 1971 hervor, auf dem vor allem Grundsätze der ökonomischen Analyse festgelegt werden sollten. Das „Hamburger Strategiepapier“ wurde in der Folge das programmatische Gründungsdokument der sich an der Theorie des Stamokap orientierenden Strömungen. Obwohl es seitdem viele gravierende Veränderungen auf allen Ebenen der Gesellschaft, in der Partei und im Verband gegeben hat, kann zumindest eine Strömung über die Jahre hinweg auf gewisse inhaltliche und personelle Kontinuitäten zurückblicken: Das Netzwerk linkes Zentrum

(NWLZ) sieht sich hier in der Tradition des Hanoveraner Kreises (HK) und der Juso-Linken.

Eine umfassende Bestandsaufnahme, welche Anknüpfungspunkte sich auch heute noch ergeben, kann und will der vorliegende Artikel nicht leisten. Zumindest einen Teil dieser Aufgabe könnte jedoch eine kleine „Festschrift“ leisten, die von den heute Aktiven der Strömung im Laufe des Jahres herausgebracht werden soll.

Dabei wollen wir nicht den Eindruck erwecken, als gäbe es in den Theoriendebatten innerhalb der Strömung so etwas wie eine nahtlos aneinander anschließende Entwicklung unterschiedlicher Theoriestränge. Im Gegenteil, wir wollen auch Brüche und entscheidende theoretische Weiterentwicklungen in der Programmatik mit in den Blick nehmen, und nachprüfen, an welche Elemente unseres programmatischen und theoretischen Erbes sich auch heute noch politisch anschließen lässt.

Auch wenn die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus heute nicht mehr so vertreten werden kann wie noch in den 1970er Jahren, so finden sich doch nach wie vor inhaltliche Anknüpfungspunkte. Geblieben ist beispielsweise ein auf Marx zurückgehendes politisches Grundverständnis, in dem Theorie immer verstanden wird als das permanente Bemühen, ein aktuelles Verständnis von gesellschaftlichen Bewegungen und Funktionsweisen zu erlangen, um dies in politische Praxis umzusetzen. Ausgangspunkt bleibt zudem – anders als bei vielen anderen aktuellen linken Theorieangeboten – die Betrachtung von Wirtschaftsstrukturen und ihrer Verknüpfung mit staatlicher Regulierung und gesellschaftlichen Einflussmechanismen.

## Das Hamburger Strategiepapier

Ausgangspunkt des Papiers ist eine Analyse der Situation in Deutschland Anfang der 70er Jahre, deren Beschreibung heute keine Rol-

le mehr spielt, da sich die ökonomische Basis seitdem gravierend verändert hat. Spannend sind aber nach wie vor die theoretischen Hintergründe, die erwarteten Veränderungen im kapitalistischen System, und die beschriebenen Ansatzpunkte einer politischen Strategie und der Bezug zur SPD.

Am Beginn des Papiers wird die auch heute noch entscheidende Frage gestellt – „wie sind die Machtstrukturen in unserer Gesellschaft“ – und auch gleich beantwortet: „Die Struktur der ökonomischen Basis der hochentwickelten kapitalistischen Ländern wird mehr und mehr durch den umfassenden Einfluss der industriellen Großkonzerne bestimmt.“<sup>1</sup> Um dies zu belegen, werden mit ausführlichem Zahlenmaterial die zunehmende Zentralisierung des Kapitals und der damit verbundenen politischen Macht und die Realisierung des Monopolgewinns mit Hilfe des Staates beschrieben. Damit folgt ein Anwachsen der Gruppe der abhängig Beschäftigten, die unter Reallohnverlusten leiden. Mit den aufkommenden Krisen nach dem Wirtschaftswunder und der sich beschleunigenden technologischen Entwicklung nimmt die Kapitalkonzentration zu und der Staat übernimmt zunehmend die Kosten für Forschung und Entwicklung, Infrastruktur und Ausbildung, aber auch direkte Zahlungen an Unternehmen und Eingriffe in die Verteilung wie zum Beispiel bei Sozialversicherungen.

Die Erklärung dieser Entwicklungen bestimmte den Streit innerhalb der Jusos. Besteht überhaupt ein Zusammenhang von wirtschaftlicher Entwicklung und staatlichem Handeln und wenn ja, wie überträgt sich das Produktionsverhältnis in den gesellschaftlichen Überbau. Im „Hamburger Strategiepapier“ wird klar betont, dass die momentane Situation und die zukünftigen Entwicklungen das Ergebnis des Klassenkampfes ist. Somit wird im „Hamburger Strategiepapier“ die

<sup>1</sup> Hamburger Strategiepapier, Abgedruckt in: Der Thesenstreit um Starmokap, rororo, 1971, S. 59.

Funktion des Staates historisch entwickelt und auf den Grundwiderspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung von Produktionsmitteln bezogen. Der daraus gezogene Schluss ist, dass der Staat zunehmend in die Wirtschaft eingreift und als ideeller Gesamtkapitalist wirkt.

### Das Papier im Wandel der Zeit

In den letzten Jahrzehnten ist diese Interpretation der Gesellschaft fast in Vergessenheit geraten. Mit der Weltfinanzkrise der letzten Jahre wurde aber die Verknüpfung von staatlichem Handeln mit den Interessen der Wirtschaft – beispielsweise im Kontext von Finanzmarktderegulierung und anschließender Bankenrettung – wieder verstärkt in den Blick genommen. „Sie (die Herrschaft des Kapitals; adA) unterliegt, vor allem in den Großbetrieben der monopolistischen Konzerne, der direkten Ausbeutung durch die Monopole und erfährt durch die kontinuierliche Intensivierung des Produktionsprozesses am unmittelbarsten die Verschärfung der internationalen Konkurrenz und die wachsenden Schwierigkeiten der Verwertung des Monopolkapitals. In den meisten kapitalistischen Ländern verschärften sich daraufhin in den letzten Jahren die Klassenkämpfe auf allen gesellschaftlichen Ebenen.“<sup>2</sup>

Die Schlussfolgerungen des Papiers in Bezug auf den weiteren Verlauf gesellschaftlicher Kämpfe und die Perspektiven einer politischen und ökonomischen Transformation haben sich nicht erfüllt: Es ist nicht zum einen Erstarren der Arbeiterklasse gekommen, sondern die neoliberale Ideologie hat sich durchgesetzt und zu einer neuen Formation des Kapitalismus geführt. Die Machtverhältnisse haben sich verschoben und der Finanzmarktkapitalismus hat sich herausgebildet. Hier spiegelt sich im „Hamburger Strategiepapier“ der in der Linken lange vorherrschende Glaube wieder, der Kapitalismus gehe dem Ende entgegen. Die

Wandlungsfähigkeit des Kapitalismus wird unterschätzt.

### Ansatzpunkte der politischen Strategie

Als zentraler Ansatzpunkt zur Veränderung der Gesellschaft wird im „Hamburger Strategiepapier“ eine Demokratisierung aller Lebensbereiche gesehen. „Mehr Demokratie wagen“ muss deshalb für Sozialdemokraten bedeuten, in allen gesellschaftlichen Bereichen für die Interessen der arbeitenden Bevölkerung, die Verteidigung und die Ausweitung ihrer demokratischen Rechte und für die schrittweise Zurückdrängung und schließlich die Beseitigung der Monopole als entscheidende Voraussetzung für die Überwindung des kapitalistischen Systems.“<sup>3</sup> Was dies genau bedeutet bleibt weitestgehend offen, konkret wird es nur bei der Sozialisierung der Schlüsselindustrien, danach folgt lediglich der Ansatz einer geplanten Wirtschaft unter Einbeziehung der Interessen der Mehrheit der Bevölkerung über Räte wird kurz skizziert. Hier setzt der einer der zentralen Kritikpunkte der Gegner des Stamokapflügels an, der Vorwurf war eine Orientierung an dem System der DDR und der damit verbundene Mangel an Demokratie.

Die Demokratisierung aller Lebensbereiche ist nach wie vor die Leitidee der Jusos. In den letzten Jahren hat es aber keine Diskussion mehr darüber gegeben, wie dies insbesondere in der Wirtschaft geschehen soll, diese Debatte entwickelt sich erst wieder.

Die Herausforderung ist aber klar benannt: „Zugleich wird deutlich, dass die sozialistische Demokratie nicht durch eine Summe von Teilreformen innerhalb des kapitalistischen Systems gebildet wird, sondern einen grundlegenden Bruch mit diesem darstellt, eine qualitativ neue und höhere Form der Gesellschaft.“<sup>4</sup> Ein Ziel, dass in Folge des realexistie-

2 A.a.O. S. 57.

3 A.a.O. S. 68.

4 A.a.O. S. 70.

renden Sozialismus und der Rückzugsgefechte der Beschäftigten aus dem Blickfeld geraten ist.

Der strategische Ansatz ist aber auch heute noch bedenkenswert. Über gemeinsam er kämpfte Verbesserungen der Lebenssituation immer mehr Menschen dafür zu gewinnen, dass eine andere (und bessere) Gesellschaft erreicht werden kann. Dies kann nur über zielgerichtete Reformen geschehen. „Die Aktionsprogramme für diesen Bereich müssen einerseits die Möglichkeiten von Mobilisierung, Politisierung und Organisation der Betroffenen realistisch einschätzen, die zu bewältigenden Aufgaben benennen und den außerinstitutionellen Kampf verbinden mit der praktischen Arbeit in Partei und Institutionen. Zwischen inner- und außerinstitutioneller Arbeit wird dabei eine Wechselwirkung dergestalt bestehen, dass von beiden Bereichen gegenseitige Impulse ausgehen können, die insgesamt die politische Arbeit effektiver werden lässt als eine ausschließliche inner- und außerinstitutionelle Strategie.“<sup>5</sup> Spannend sind auch die Bereiche, die in dem „Hamburger Strategiepapier“ für konkrete Aktionsprogramme nennen, die Kommunen, der Personenverkehr oder die Umweltzerstörung. Dies sind auch die Themen, die die aktuellen Diskussionen im Juso-Verband bestimmen.

Auch die Forderungen an die SPD muten sehr aktuell an. „Die Verhinderung einer erneuten CDU/CSU-Regierung kann allerdings nicht bedeuten, auf eine konsequente Interessenvertretung der arbeitenden Bevölkerung und der Jugend sowie auf die Austragung der damit verbundenen Konflikte in Partei und Gesellschaft zu verzichten. Im Gegenteil – allein wenn die SPD sich diese konsequente Interessenvertretung wieder zum bestimmenden Ziel ihrer politischen Arbeit macht, wird auch ihr Kampf um parlamentarische Mehrheiten Erfolge haben.“<sup>6</sup> Diese Auseinandersetzung

führen die Jusos nach wie vor in der SPD, einer Partei deren Regierungshandeln vor allem mit dem Argument der Alternativlosigkeit begründet wurde.

## Was bleibt?

Böse Zungen könnten behaupten, dass sich gerade in der aktuellen Finanzkrise manches Element der Stamokap-Theorie bewahrheitet. Offensichtlich ist, dass die Funktion von Staatlichkeit nur im Zusammenhang mit der ökonomischen Struktur einer Gesellschaft gedacht werden kann. Den Staat hier nicht als gewissermaßen neutral außerhalb ökonomischer und gesellschaftlicher Bezüge stehende Struktur, sondern als Teil dieser Strukturen zu sehen, ist nach wie vor ein wichtiger Ansatzpunkt.

Auch die Tendenz im Kapitalismus zur Herausbildung von Monopolen lässt sich kaum bestreiten – ein Blick in verschiedene Branchen wie die Informationstechnologie oder den Energiesektor mag hier genügen.

Und noch etwas: Trotz der Tendenz zur formalen Entstaatlichung im Zuge des Neoliberalismus der letzten Jahre hat sich gerade in der Krise doch der enge Zusammenhang von staatlichem Handeln und wirtschaftlichen Interessen gezeigt.

Das aktuelle Paradigma eines finanzmarktgetriebenen Kapitalismus auch aus dieser Perspektive zu lesen, könnte weiterhin interessant sein. ■

↳ Thilo Scholle, lebt in Lünen und ist Mitglied der spw-Redaktion.

↳ Jan Schwarz, lebt in Weyhausen und ist stellvertretender Juso-Bundesvorsitzender

5 A.a.O.S.77.

6 A.a.O.S.75.

## Mehr Demokratie von unten wagen: Ein sozialdemokratisches Projekt?

von Ralf Höschele und Bettina Schulze

Es dürfte im gesamten Bundesgebiet kaum jemanden geben, dem der Begriff „Stuttgart 21“ nicht bekannt ist. Der Protest gegen den dortigen Bahnhofsbauprojekt existiert zwar schon mehrere Jahre, jedoch hat er sich innerhalb weniger Monate zu einer unglaublichen Bevölkerungsbewegung entwickelt. Nach dem Schlichtungsspruch ist „Stuttgart 21“ zwar größtenteils aus den Medien verschwunden, die Proteste der sogenannten „Wutbürger“ dauern aber an. Auch bei klirrender Kälte setzen sich die Mahnwachen und Proteste am Stuttgarter Hauptbahnhof fort.

### Protest gegen die repräsentative Demokratie

Auf eine solche Form des BürgerInnenprotestes lohnt es sich einen zweiten Blick zu werfen. Zwar gibt es seit jeher BürgerInnenbewegungen und -entscheide vor allem gegen Bauprojekte, dennoch haben sie sich bisher nie zu einer solch starken Bewegung entwickelt. Die Protestbewegung gegen „Stuttgart 21“ hat eine Dynamik entfaltet, die sich mehr und mehr gegen die Landesregierung und teilweise sogar gegen die repräsentative Demokratie selbst richtet und die zunehmende Entfremdung zwischen BürgerInnen und Machthabenden aufzeigt. Der Protest richtet sich zum großen Teil auch gegen „die Politik“, ihre Institutionen, Verfahren und Parteien.

### Beteiligung statt Handlungszwänge

Über Jahre wurde in Stuttgart der Umbau des Bahnhofs geplant, in Gremien Beschlüsse gefasst und schließlich das gesamte Bahnhofsprojekt als alternativlos für die Region, das Land und fast ganz Europa dargestellt. Vermeintliche Handlungszwänge der Politik

münden immer wieder in eine TINA<sup>1</sup> Politik – nicht nur beim Bahnhofumbau. Die SPD hatte ihre Politik der Agenda 2010 mit allen sozialen Einschnitten ebenfalls mit der Behauptung verkauft, es gäbe dazu keine Alternative. Noch letztes Jahr wurde „alternativlos“ als Unwort des Jahres gewählt.

Doch die demokratische Auseinandersetzung lebt von der Wahl zwischen politischen Alternativen. Spätestens seit dem sozialdemokratischen Weg der „Neuen Mitte“ werden die Parteien, ihre Programmatik und ihre Akteurinnen und Akteure jedoch zunehmend weniger unterscheidbar. Eine Wahl zwischen den Alternativen CDU/CSU und SPD erscheint immer größeren Teilen der Bevölkerung sinnlos. Die derzeitige Folge: Die Wahlbeteiligung sinkt kontinuierlich, Großorganisationen wie Parteien verlieren laufend Mitglieder, traditionelle Parteibindungen nehmen ab, sozial Schwächere nehmen oft nicht mehr am politischen Prozess teil – ressourcenstärkere Bevölkerungsgruppen engagieren sich in Bürgerbewegungen und bei Volksentscheiden. Eine linke Politik muss diese vermeintlichen Handlungszwänge als politische Strategie entlarven und Alternativen aufzeigen. Nur so ist die Entfremdung zwischen BürgerInnen und der Politik aufzuhalten.

### Direkte Demokratie: Gefahr des sozialen Ausschlusses

Grundsätzlich ist es zu begrüßen, wenn sich Bürgerinnen und Bürger stärker in demokratische Prozesse einbringen wollen und stärkere Mitsprachemöglichkeiten einfordern. Zur stärkeren Einbindung der Bürgerinnen und Bürger

<sup>1</sup> There is no alternative.

kommt dem Volksentscheid als zentrales Element direkter Demokratie eine entscheidende Rolle zu. Die Schranken für Volksentscheide sind in Deutschland sehr hoch. Auch die SPD fordert daher, die Grenzen zu senken, um mehr Mitbestimmung möglich zu machen. Grundsätzlich ist es für eine Demokratie mehr als wünschenswert, wenn sich die Bürgerinnen und Bürgern für bestimmte Ziele einsetzen und diese versuchen mit Elementen direkter Demokratie durchzusetzen. Formen direkter Demokratie bergen aber auch Gefahren.

Eine große Gefahr hat sich in Hamburg gezeigt. Dort hat das gut gebildete Bürgertum per Volksentscheid eine Gemeinschaftsschule und damit Aufstiegschancen für sozial schwächere Kinder verhindert. In Berlin versuchte eine Wirtschaftslobby den Flughafen Tempelhof für ihre Firmen- und Privatjets offen zu halten.

Volksentscheide haben einen entscheidenden Nachteil: Die Initiierung von Volksentscheiden setzt voraus, dass die betroffenen Akteure die Ressourcen besitzen, sich zu organisieren und für ihre Anliegen aufmerksam zu machen. Die individuellen Anforderungen bei direktdemokratischen Beteiligungsformen sind hoch. Sie erfordern finanzielle Ressourcen, Selbstbewusstsein, Bildung und rhetorische Fähigkeiten. Bürgerentscheide sind daher nicht zwangsläufig, aber doch mit großer Wahrscheinlichkeit von gut situierten und/oder gut gebildeten gesellschaftlichen Gruppen initiiert. Deshalb sind solche Formen tendenziell sozial selektiver und bergen damit demokratietheoretisch die Gefahr, für weniger statt mehr Demokratie zu sorgen, da das Instrument nur von sozial „starken“ AkteurInnen genutzt wird. Direkte Demokratie kann so schnell zu unsozialen Ergebnissen führen.

## Wem nutzt die direkte Demokratie?

Die Sozialdemokratie muss sich auch die Frage stellen, wem eigentlich mehr direkte

Demokratie nutzt. Die Vermutung liegt nahe, dass dies nicht das klassische sozialdemokratischen KernwählerInnenmilieu ist.

Der beschriebene Ausschlussmechanismus kann nur durchbrochen werden, wenn es Menschen gibt, die sich für diejenigen einsetzen, deren Ressourcen nicht ausreichen, um selbst Widerstand gegen ungerechte Politik zu artikulieren oder zu organisieren.

Birgt der Volksentscheid also bei allen Vorteilen die Gefahr der Instrumentalisierung von elitären Interessengruppen, ist es umso mehr die Pflicht der linken Parteien zum Einen diese Interessen offen zu legen und transparent zu machen und sich zum Anderen politisch für Menschen einzusetzen, die ihre Interessen nicht ohne weiteres artikulieren können. Die Aufgabe der Sozialdemokratie wäre es demnach nicht, dem (eher den Grünen nutzenden) Trend nach mehr direkter Demokratie einfach hinterherzulaufen, sondern sich stärker für eine solidarische Politik einzusetzen – und dafür auch bei direktdemokratischen Abstimmungen zu streiten.

## Rolle der Sozialdemokratie

Direkte Demokratie funktioniert nur in Zusammenarbeit mit der repräsentativen Demokratie. Oder mehr noch: die repräsentative Demokratie muss die Nachteile der direkten Demokratie ausgleichen. Wenn dies nicht gelingt, wird ein Teil der Bevölkerung nicht nur sozial, sondern auch politisch für immer abgehängt werden. Aus sozialdemokratischer Sicht ist daher die Stärkung der direkten Demokratie nur unter der Bedingung zu fördern und zu unterstützen, wenn dabei die Anwaltschaftfunktion der Sozialdemokratie für sozial Schwache nicht aufgegeben wird. ■

↳ Ralf Höschele ist stellvertretender Juso-Bundesvorsitzender und lebt in Berlin.

↳ Bettina Schulze ist stellvertretende Juso-Bundesvorsitzende und arbeitet im Deutschen Bundestag.

## Hat Europa seine Zukunft hinter sich?

von Bertram Sauer

*Vom Wahrsagen lässt sich wohl leben,  
aber nicht vom Wahrheit sagen.*

*Georg Christoph Lichtenberg*

Die Bewältigung der großen Krise, die sich auf EU-Ebene mit den dazugehörigen wirtschaftlichen Verwerfungen als Staatsschuldenkrise ausgewachsen hat, befindet sich in der dritten Etappe der Eurofragilität. Die kurzatmige Eurostabilisierungspolitik glaubte schon zweimal die Eurokrise für beendet erklären zu können. Einmal im Mai vergangenen Jahres, als die Pleitekandidaten der Eurostaaten einen befristeten Eurorettungsschirm erhielten und zum zweiten Mal, als im letzten Dezember der Eurorettungsschirm zu einem dauerhaften Krisenmechanismus umgespannt wurde.

### Der Euro - eine Erfolgsgeschichte

Bei der Überwindung der großen Krise geht es letztlich um die Rolle der EU als Wirtschaftsmacht in der Globalisierung, denn anders als z. B. die DM fungiert der Euro als Weltreservewährung und könnte an die Stelle des Dollars gesetzt werden. Bei der schmalbrüstigen Programmatik und phantasielosen Gestaltung strategischer Eingriffe durch die etablierte Europapolitik erscheint fraglich, ob die dritte Etappe der Euro-Krisenbewältigung die letzte bleibt. Die Dynamik der Weltwirtschaft und die unzureichenden Reaktionen seitens der EU darauf legen viel mehr den Schluss nahe, dass sich das Thema „Krisenbewältigung“ zur sprichwörtlichen unendlichen Geschichte entwickeln wird. Die Herausforderung, es nicht dazu kommen zu lassen, ist eine doppelte: Zum einen geht es darum, die Wahrnehmung für Möglichkeiten der Krisenüberwindung zu erweitern und zum anderen das Bewusstsein für die Zielsicherheit politischer Eingriffe zu

schärfen. Selbst wenn dieses gelänge, bliebe das Risiko nicht refinanzierbarer Staatsschulden eines, das sich letztlich zum Scheitern des Euros und damit der EU steigern könnte.

Welche Stellung die EU in der kapitalistischen Weltwirtschaft künftig einnehmen wird, hängt nicht nur von tektonischen Verschiebungen zwischen und innerhalb kapitalistischer Zentren (Asien/Lateinamerika) ab, sondern auch vom politischen Handeln der EU-Institutionen und ihrer Mitgliedsstaaten. Dabei geht es, gerade für Deutschland, um geschäftliche Interessen und weniger um moralische Fragen, denn die extrem hohe außenwirtschaftliche Verflechtung erfordert zielstrebige kurzfristige Eingriffe, ebenso wie eine fundamental andere strategische und programmatische Ausrichtung der deutschen Europapolitik, damit der Euro seine positive Rolle für die deutsche Exportwirtschaft weiter spielen kann. Das Eintreten von B. Lange im Heft 180 dieser Zeitschrift für eine europäische Wirtschaftsregierung weist zwar in die richtige Richtung, ist jedoch bestenfalls ein kleiner Schritt, selbst wenn deren Umsetzung auf der Ebene des Ministerrats in diesen Wochen gelänge.

### Gemeinwohlorientierung als Prämisse der weiteren EU-Integration

Bevor eine pragmatistische Instrumenten-debatte in der Europapolitik begonnen wird, sollten vielleicht Zielsetzung, Inhalt und Reichweite eines politischen Projektes verabredet werden, zu dessen Umsetzung dann neue Instrumente geschaffen werden können oder müssen.

Einen bedenkenswerten Beitrag dazu liefert I. Bruff in seinem Aufsatz „European varieties of capitalism and the international“, wo er

anführt „dass die Schriften Antonio Gramsci über den ‘Konsens’ (die Vernunft) es uns ermöglichen, die Eigenheiten des europäischen Kapitalismus näher zu analysieren, ohne dabei aus den Augen zu verlieren, auf welche Weise diese Formen von Kapitalismen sich zum Internationalen verhalten (sich darauf beziehen). Genaugenommen ist die Beziehung von beidem mein Schlüsselargument, weil, wie der internationale Kapitalismus uns erscheint konstitutiv dafür ist, wie wir die Welt verstehen (Übersetzung B. S.)

Im Kontext einer fortgeschriebenen europäischen Integration wäre die Frage zu stellen, ob es eine übernationale Gemeinwohlorientierung gibt, wie sie Noam Chomsky propagiert. Wenn es denn möglich ist, wie I. Bruff behauptet, im Spannungsfeld von nationaler Spielart des jeweiligen Kapitalismus und einem wandelbaren Internationalen soziale Kämpfe zu führen, dann wäre die Gemeinwohlorientierung mehr als nur ein rhetorischer Ansatzpunkt. Dies korrespondiert mit dem Postulat von A. Thierstein vom Lehrstuhl für Raumentwicklung an der TU München: „die Menschen sind in der Wissensökonomie die entscheidende Schlüsselgröße.“

Bei aller politischen Präzision im Detail erfordert eine Hegemonialauseinandersetzung auch die Dinge in einen Zusammenhang zu stellen. Denn unsere Zukunft wird von den nicht zu leugnenden ökologischen Katastrophen bedroht. Nur durch ein am Gemeinwohl orientiertes Umdenken mögen diese verhindert werden! Selbiges wäre die Voraussetzung für Frieden, Ernährungssicherung, Gesundheit und Bildung für jeden Menschen weltweit. Solcherart menschliche Politik könnte dann die Todesstrafe abschaffen und Fairness gegenüber allen fühlenden Wesen walten lassen.

Kein geringerer als der Ökonomie-Nobelpreisträger J. E. Stiglitz empfiehlt zur wirtschaftlichen Absicherung der human gestalteten Globalisierung die Erhöhung der

tatsächlich gezahlten Steuern mittels konsequenter Steuerprüfung, die Abschaffung der Sonderrechte für Kapitalgewinne und Dividenden im Steuersystem, die Streichung von Beihilfen und Subventionen vor allem für Banken, Pharmakonzerne und die Agrarlobby und eine weitaus deutlichere Kürzung der Militärausgaben. So wäre es immerhin denkbar, fiskalischen Spielraum für Gemeinwohl orientierte Zukunftsinvestitionen wiederzugewinnen.

Und so würden uns Chomskys mahnende Worte nicht als verstörendes Menetekel in den Ohren klingen, sondern als eine pragmatische, verheißungsvolle Handlungsanleitung.

*„An diesem entscheidenden Punkt der Menschheitsgeschichte gibt es zwei sich ausschließende Entwicklungsmöglichkeiten: Entweder wird die Allgemeinheit die Kontrolle über ihr Schicksal in die eigenen Hände nehmen und sich dem Gemeinwohl verpflichten, geleitet von Werten der Solidarität, des Mitgefühls und der Sorge um den Anderen, oder, alternativ dazu: Es wird keine Zukunft für die Menschheit mehr geben.“*

*Solange eine spezialisierte Klasse sich in einer Position der Herrschaft befindet, wird sie die politische Linie den spezifischen Interessen folgend gestalten, denen sie dient. Aber die Bedingungen für unser Überleben, geschweige denn für Gerechtigkeit, bedürfen einer vernünftigen sozialen Planung im Interesse des gesamten Gemeinwesens - und heute bedeutet dies eines globalen Gemeinwesens.“*

Noam Chomsky, 'Manufacturing Consent' (Übersetzung B. S.)

↳ Bertram Sauer, Jahrg. 1961, Studium der Sonderpädagogik bis 1989 an der Universität Hamburg, ist Förderschullehrer und Fachbereichsleiter am Landesbildungszentrum für Blinde in Hannover.

## Rezension: Euro-Dämmerung?

von Klaus Dräger

Erst die „griechische Tragödie“, dann der jähe Absturz Irlands – all dies nährt seit geraumer Zeit Spekulationen, welches Land als nächstes unter den ‚EU-Rettungsschirm‘ flüchten muss. Deutsche-Bank-Chefvolkswirt Thomas Mayer forderte bereits Portugal dazu auf. Andere Auguren sehen Spanien, Belgien und Italien als die nächsten Kandidaten. Ob der „Rettungsschirm“ für all das ausreicht und ob man damit überhaupt die Probleme lösen kann, scheint fraglich. Die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion – noch vor einem Jahrzehnt stürmisch als Erfolgsmodell bejubelt – hat offenbar eine schwierige Zukunft vor sich.

Alles in allem sind wir also Zeugen einer „dramatischen Entwicklung (...), die noch lange nicht abgeschlossen ist, deren Zuspitzung womöglich noch bevorsteht“, so Andreas Wehr im Vorwort zu seinem neuen Buch „Griechenland, die Krise und der Euro“. Der Autor war bis 1999 Mitherausgeber der Zeitschrift spw und von 1996 bis 1998 Mitglied in der Schwerpunkt-kommission Europa des Parteivorstandes der SPD. Seit 2000 arbeitet er für die Linksfraktion (GUE/NGL) im Europäischen Parlament.

Nach Meinung Wehrs zeigt sich jetzt, dass die mit dem Vertrag von Maastricht angeschobene Europäische Wirtschafts- und Währungsunion auf falschen wirtschaftspolitischen Fundamenten beruht.

Die auch heute noch geltenden Maastricht-Kriterien zur Begrenzung von Haushaltsdefiziten, gesamtstaatlicher Verschuldung und Inflation waren schon damals unsinnig. Der behauptete enge Zusammenhang zwischen staatlichen Defiziten und Inflation war auch nach Auffassung des damaligen Chefökonom der Dresdener Bank, Klaus Friedrich, „nicht zu erkennen“. Der Stabilitäts- und Wachstums-

Andreas Wehr

### Griechenland, die Krise und der Euro



PapyRossa Verlag, Köln 2010,  
ISBN 978-3-89438-443-2;  
180 Seiten, 12,90 €

[www.andreas-wehr.eu](http://www.andreas-wehr.eu)

pakt (SWP) erwies sich - so Wehr zu Recht - letztlich „als stumpfe Waffe“. Selbst eher neoklassische Ökonomen wie Charles Wyplosz und Barry Eichengreen kommentierten 1998, der SWP führe zu einer Wirtschaftsentwicklung in der EU mit starken Abschwüngen und schwachen Aufschwüngen, weil die Fiskalpolitik durch die rigiden Kriterien zu stark eingeschnürt werde. Sie sollten Recht behalten.

Die EU verfolgt nur eine ‚negative Koordination‘ ihrer Fiskal- und Wirtschaftspolitik. Solange die staatlichen Defizite nicht über die Maastricht-Obergrenzen hinauschießen und

das Inflationsziel der EZB von 2 Prozent nicht dauerhaft überschritten wird, besteht kein wirklicher Handlungsdruck für die Mitgliedstaaten und die EU-Ebene. Voraussetzung für eine stabile Währungsunion ist aber eine möglichst hohe realwirtschaftliche Konvergenz ihrer Mitglieder: z.B. ähnliche Faktorausstattungen (Arbeit/Kapital), geringe Differenzen im Lohnniveau und bei der Entwicklung der Lohnstückkosten, ein ähnlicher Entwicklungsstand der Wirtschaft und eine ähnliche Preisstruktur. Dann wären alle Regionen einer Währungsunion von so genannten „Shocks“ – relativ starke Veränderungen des Welthandels, des Angebots oder der Nachfrage – ähnlich betroffen und könnten mit einer gemeinschaftlichen Wirtschaftspolitik darauf reagieren.

Eine positiv koordinierte, auf realwirtschaftliche Konvergenz abzielende gemeinschaftliche Wirtschaftspolitik gibt es aber nicht in der EU. Die Mitgliedstaaten der Eurozone (und der EU 27 insgesamt) arbeiten bei ihren wirtschaftspolitischen Strategien nicht etwa zusammen, sondern jeder gegen jeden in einem europäischen wie globalen „Standortwettbewerb“. Die bestehenden Unterschiede in der Produktions- und Dienstleistungsstruktur, bei Produktivität und Lohnstückkosten verschärfen sich so, und mit ihnen wuchsen die Leistungsbilanzungleichgewichte innerhalb der EU. Vor diesem Hintergrund fragt Wehr durchaus zu Recht, ob eine Währung ohne Staat (Politische Union) auf Dauer überhaupt bestehen kann.

Ausgehend von den einschlägigen Schriften Hilferdings und Lenins zum Finanzkapital sowie neueren Untersuchungen zum Finanzmarktkapitalismus zeigt der Autor auf, wie in der EU über eine Strategie zur Stärkung der „Wettbewerbsfähigkeit“ und des Kapitalexports ein Kreislauf von Verschuldung (Privathaushalte, Unternehmen, Staaten) und Spekulationsblasen in Gang gesetzt wurde, von dem insbesondere deutsche Wirtschaftsunternehmen und ihre Exportmaschinerie (inklusive der Banken als Kreditgeber) profitierten.

Verständlich, fakten- und facettenreich beschreibt er die Hintergründe der Krisenentwicklung an der EU-Peripherie (Island, Lettland, Spanien, Griechenland). Die Diskussionen und Entscheidungen der EU-Akteure zur Griechenlandkrise, zur „Wirtschaftsregierung“ und dem Euro-Rettungsschirm werden kritisch beleuchtet.

Der EU-Rettungsschirm leitete die „Bankenrettung – zweiter Teil“ ein – denn damit soll die Bedienung der Kredite gewährleistet werden, die Banken und institutionelle Investoren aus kerneuropäischen Ländern den strauchelnden EU-Staaten der Peripherie zuvor ausgelobt hatten. Was die EU – angeführt von Deutschland – hier auf den Weg gebracht hat, ist ein Programm des „Klassenkampfes von oben“. Die Kosten der zweiten Bankenrettung werden vorwiegend den lohnabhängigen Schichten der Bevölkerung aufgebürdet.

Der von EU und IWF aufgezwungene Austeritätskurs treibt das Wirtschaftswachstum in den betroffenen Peripherieländern in den Keller und die Arbeitslosenzahlen weiter in die Höhe. Da so auch deren Steuereinnahmen weg brechen, wird es unwahrscheinlich, dass sie die Schulden tatsächlich bedienen können. Von der EU-Peripherie her baut sich so erneut eine Abwärtsspirale auf, die auch die Kernländer nicht ungeschoren lassen wird. Ob die Europäische Union und der Euro die mit dem Austeritätskurs erzeugten Interessenkonflikte, sozialen Verwerfungen und wirtschaftlichen Spannungen überleben werden, ist unsicher.

Das Buch von Andreas Wehr liefert eine nützliche „Navigationshilfe“, um die kommenden Entwicklungen und Auseinandersetzungen um den Euro und die Zukunft der EU zu ergründen. ■

↳ Klaus Dräger, Jahrgang 1958, arbeitet als Referent der Linksfraktion (GUE/NGL) im Beschäftigungsausschuss des Europäischen Parlaments in Brüssel.

## LINKSREFORMISMUS – Neuer Rahmen für eine breite Debatte

Nach dem erfolgreichen Auftaktsymposium im September letzten Jahres traf das Projekt LINKSREFORMISMUS vom 4. bis zum 6. Februar 2011 zu einer Tagung in Berlin zusammen. Über 70 TeilnehmerInnen aus linken Parteien, nicht parteigebundene Linke sowie GewerkschafterInnen diskutierten in der ver.di-Bildungsstätte Clara Sahlberg Positionen aus dem reformorientierten Spektrum. Im Mittelpunkt standen acht Leitthemen: Sozial & Ökologisch, Arbeit & Integration, Verteilungs- & Leistungsgerechtigkeit, Governance: Lokal & Institutional, Europa & International, Solidarität & Differenz, Linke & Reformtheorie sowie Mobilisierung & Kommunikation. Finanziell getragen wird das Projekt von der Heinrich-Böll-Stiftung, der Rosa-Luxemburg-Stiftung sowie der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Leonhard Dobusch, Mitinitiator von LINKSREFORMISMUS, skizzierte gleich zu Beginn den Kern des Projekts: „Indem wir diese parteipolitische Brille abnehmen und in einen inhaltlichen Diskurs einsteigen, soll – quasi als erwünschte Nebenwirkung einer dann hoffentlich produktiveren Auseinandersetzung – deutlich werden, dass es durchaus auch Potentiale für Synergien und Win-Win-Situationen gibt. Dass, um nur ein Beispiel zu nennen, die ökologische und die soziale Frage vielleicht gar nicht so widersprüchlich sind, wie sie auch von progressiver Seite manchmal dargestellt werden. Der Verzicht auf parteipolitisches Denken und Debattieren soll so helfen, parteipolitische Kooperation überhaupt erst möglich zu machen.“

Ungewöhnlich für die deutsche Linke war, neben diesem Verzicht auf machtoptionales Taktieren zugunsten von gesellschaftlichem Diskurs, auch der Ablauf der Tagung. Die Leitthemen bildeten die Überschriften der parallel tagenden Tracks, die zugleich die Diskussionszusammenhänge des Wochenendes darstellten. In den Tracks stellten sich die TeilnehmerInnen mit ihren Diskussionspapieren

den Fragen, Beiträgen und Kritiken. Neben den politischen Unterschieden übten auch die vielfältigen beruflichen Hintergründe einen großen Reiz aus. So diskutierten im Track 3: Verteilungs- & Leistungsgerechtigkeit u.a. Richter, Bankerinnen, Bundesbanker, Ökonomen vom Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung sowie von der Wirtschaftsuniversität Wien gemeinsam mit dem Philosophen, dem Regierungsberater, dem Gewerkschaftssekretär und der Sozialwissenschaftlerin.

Organisatorisches Vorbild für LINKSREFORMISMUS sind die momentum-Kongresse in Österreich, die seit vier Jahren neoliberale Denkmuster in Frage stellen. Anders als die LINKSREFORMISMUS-Tagung besitzt der momentum-Kongress immer ein Oberthema für alle Tracks. In diesem Jahr ist es das Thema Gleichheit. momentum11 findet vom 27. bis 30. Oktober in Hallstadt statt.

[Knut Lambertin, Vorstandsmitglied des Forums Demokratische Linke 21, SPD-Abteilungsvorsitzender Pankow-Süd und Gewerkschaftssekretär beim DGB-Bundesvorstand]

- **Download der Diskussionspapiere:**  
[www.linksreformismus.de](http://www.linksreformismus.de)
- **Informationen zu momentum:**  
<http://momentum-kongress.org/>

Neue Wirtschaftsdemokratie und europäische Wirtschaftspolitik

### Jahrestagung des Forums Neue Politik der Arbeit am 11. und 12. März in Berlin

Das Forum Neue Politik der Arbeit veranstaltet seine Jahrestagung in Zusammenarbeit mit dem DGB Bezirk Berlin Brandenburg und der IG Metall Bezirksleitung Berlin-Brandenburg-Sachsen. Im Mittelpunkt stehen folgende Themenschwerpunkte: Europäische Makropolitik; Ansätze und Beispiele aus der Solidarischen Ökonomie; Mitbestimmung und Markt; Neue Medien, neue Technologien, neue Wirtschaftsdemokratie?; Europäische Deregulierung gegen Wirtschaftsdemokratie – vier Freiheiten zur Ausbeutung? Als ReferentInnen werden

u.a. Martin Allespach, Detlef Hensche, Dierk Hirschel, Sven Giegold, Clarita Müller-Plantenberg und Ralf Ptak erwartet.

- ▶ **Ort:** DGB-Berlin-Brandenburg, Keithstraße 1 + 3, 10787 Berlin, (Nähe U-Bhf. Wittenbergplatz)
- ▶ **Tagungsprogramm unter:** [www.forum-neue-politik-der-arbeit.de](http://www.forum-neue-politik-der-arbeit.de)

### Tagung „Das Programm der LINKEN. in der Diskussion“ am 19. März in Köln

Beiträge aus Sicht der „Herforder Thesen“ zur Programmdiskussion der LINKEN.

#### Programm

##### 11:00 Uhr

Begrüßung, Einführung  
Hans Lawitzke (SoFoR),  
Kurt Neumann (Herforder)

##### 11:30 Uhr

In welchem Kapitalismus leben wir?  
Stamokap, Finanzmarktkapitalismus,  
Postfordismus, Neoliberalismus  
**Friedrich Carl / Dr. Paul Oehlke (SoFoR);  
Lucas Zeise**

Moderation: Alex Recht

##### 13:00 Uhr

Mittagspause

##### 14:00 Uhr

Wer verändert die Verhältnisse?  
anti-monopolistisches Bündnis, Abstiegs-  
ängste der Mittelschichten, autoritäre  
Tendenzen des Kleinbürgertums  
**Dr. Diether Dehm (MdB / Herforder);  
Prof. Dr. Klaus Dörre**

Moderation: Dr. Günter Bell

##### 15:30 Uhr

Kaffeepause

##### 16:00 Uhr

Resümee  
Moderation: Astrid Kraus

##### 17:00 Uhr

Ende

#### ▶ **Veranstalter:**

Sozialistisches Forum Rheinland  
„die Herforder“  
Rosa-Luxemburg-Stiftung NRW  
WASG-Verein (Wolfgang-Abendroth-  
Stiftungsgesellschaft) -angefragt-

#### ▶ **Termin:** Samstag, 19.03.2011

#### ▶ **Ort:** Köln, Bürgerhaus Kalk, Kalk-Mülheimer-Str. 58

#### ▶ **Weitere Informationen:** [www.sf-rheinland.de](http://www.sf-rheinland.de)

### Vom Verwaltungsverfahrensrecht zum Bürgerbeteiligungsrecht!

Das Bündnis für Bürgerbeteiligung in und um Kassel hat auf Initiative von Horst Peter, spw-Mitherausgeber, eine Petition an den Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages und die Petitionsausschüsse der Landesparlamente für mehr Bürgerbeteiligung eingereicht. Anlass ist das geplante Gesetz zur Vereinheitlichung und Beschleunigung von Planfeststellungsverfahren. Mängel bei der Berücksichtigung unterschiedlicher Ansprüche und Ziele in gesetzlichen Planungsprozessen hätten zum Schlichtungsverfahren bei „Stuttgart-21“ geführt, so die VerfasserInnen. Das Instrument Mediation zeige auf, wie diese Mängel behoben werden könnten. So fordern die VerfasserInnen u.a., die Abwägung der Eingaben zu den Planungsvorhaben der Anhörungsbehörden generell durch eine Faktenfeststellung durch Mediation zu ersetzen. Die Ergebnisse sollen als Empfehlungen an die Planfeststellungsbehörden weitergegeben werden. Künftig sollen der Petitionsausschuss des Bundestages und die Petitionsausschüsse der Landtage die Träger der Faktenfeststellung sein. Diese Institutionen erfüllten die in der Petition geforderten Kriterien: unabhängige Faktenfeststellung, demokratische Legitimation sowie erforderliche Kompetenz.

#### ▶ **Download der Petition unter:** <http://langesfeld.bplaced.de/gutachten.php>

## Fünf Fragen an... Sonja Riedemann



↳ Sonja Riedemann

Foto: schulterblick,  
coaching + kommunikation

*Sonja Riedemann, Jahrgang 1974, studierte an der Ruhr-Universität Bochum Rechtswissenschaften und Labour Law (LSE). Sie trat am 16. November 1995 in die SPD ein. Das war zufällig auch der Tag, an dem von Oskar Lafontaine Vorsitzender der SPD geworden ist, wobei kein kausaler Zusammenhang besteht. 1996/97 war sie AStA-Vorsitzende in Bochum und darauf folgte ein intensives Engagement bei den Jusos, u.a. Im Bezirksvorstand Westliches Westfalen. 2001 hat sie die SPD verlassen, um, wie sie sagt, „Teil eines statistischen wahrnehmbaren Protests zu sein“. Sie ist Gründungsmitglied der European Women Lawyers' Association (EWLA) sowie Gründungsmitglied und nunmehr Vorsitzende des FES-Ehemalige e.V. (ehemalige StipendiatInnen der Friedrich-Ebert-Stiftung) sowie Mitglied im Kuratorium und Förderverein von „köln kickt“. Beruflich hat Sonja als Rechtsanwältin/Fachanwältin für Arbeitsrecht in einer internationalen, wirtschaftsberatenden Kanzlei ihren Weg gemacht. Sie lebt mit ihrem Partner in Köln und erwartet im Sommer ihr erstes Kind.*

**spw:** Welche politischen Ereignisse und Themen haben dich besonders geprägt?

» **S.R.:** Als Mensch geprägt haben mich – lange vor meiner politisch aktiven Zeit – drei Dinge: Zum einen diese absolute

Ohnmacht angesichts der Ungerechtigkeit als privilegiertes Lehrerkind in einem Dortmunder Stadtteil mit sozialen Problemen, dass andere Kinder nur deswegen benachteiligt sind und oftmals jahrelang bleiben, weil sie zufällig bei bestimmten Eltern mit bestimmten sozialen, finanziellen und kulturellen Hintergründen aufwachsen.

Zum zweiten der Tschernobyl-GAU und die Zeit danach: ich war zwölf, eine Regenwolke nahte, ich war mit dem Fahrrad unterwegs und strampelte in Todesangst zu einem schützenden Dach. Jahrzehnte später beim rot-grünen Atomausstieg war ich emotional schwer ergriffen - bei anderen politischen Themen bin ich selten emotional involviert, sondern rein sachlich. Zuletzt meine Erziehung, dass man, wenn man die Chance dazu hat, Verantwortung zeigen und anderen helfen sollte und man Stück für Stück versuchen kann, überall kleine Veränderungen zu bewirken. Das ist erkennbar kein revolutionärer Ansatz.

**spw:** Du hast bei den Jusos intensiv Politik gemacht und dabei sicher vieles gelernt. Was hast du aus dieser Zeit mitgenommen?

» **S.R.:** Geblieben sind die – sicher verzerrten – Erinnerungen an unglaublich langwierige Antragsdiskussionen mit mehr oder weniger Sinn. Gelernt oder verstärkt habe ich die so genannten social skills, die im Beruf und anderswo enorm hilfreich sind: v. a. so etwas ohne größere Schmerzen zu ertragen oder besser noch zu verhindern, Mehrheitsverhältnisse einzuschätzen, sinnvoll Vorbesprechungen einzusetzen und in Besprechungen taktisch zu agieren etc.

Für mich richtig war die Entscheidung, niemals beruflich von Parteipolitik abhängig sein zu wollen, sondern dies nur als „Hobby“ zu betreiben. Meine politische Meinung kann ich nun haben und theoretisch jederzeit ändern, ohne dass dies existenzielle Auswirkungen auf meinen Lebensunterhalt hat.

**spw:** Du arbeitest als Rechtsanwältin. Welche Ungerechtigkeiten begegnen dir dabei, die du gerne schnell politisch beseitigen würdest?

» **S.R.:** Der angeblich so strikte deutsche Kündigungsschutz hält nicht das, was er verspricht. In den wenigstens Fällen wird ein Arbeitsverhältnis nach einer unrechtmäßigen Kündigung wieder fortgesetzt – es dominiert die „freiwillige“ Abfindungszahlung. Und damit erhalten diejenigen, die gegen eine Kündigung klagen (würden), oftmals nur Abfindungen, und diejenigen, die sich nicht wehren (würden), oft gar nichts. Dass letztere überwiegend bildungsfern und/oder weiblich sind und/oder einen Migrationshintergrund haben, überrascht nicht.

**spw:** Wo bist du heute sonst noch politisch aktiv?

» **S.R.:** Parteipolitisch nirgends. Nach dem Austritt aus der SPD 2001 haben mich Studiengebühren/Studienkontenmodelle, Hartz IV und fast alles der großen Koalition immer von einem Wiedereintritt abgehalten. Meine Ersatzbefriedigung im „Großraum Sozialdemokratie“ habe ich bislang darin gefunden, die lockere Initiative ehemaliger FES-StipendiatInnen organisatorisch zu festigen und nunmehr als Vorsitzende des FES-Ehemalige e. V. den weiteren Weg des Engagements mitzugestalten. In den letzten Jahren haben wir u. a. mit dem Engagementpreis eine Art Startup-Wettbewerb für neue soziales Engagement ins Leben gerufen und mit einer Anschubfinanzierung inzwischen erfolgreichen Initiativen wie z. B. [arbeiterkind.de](http://arbeiterkind.de) den Weg geebnet.

**spw:** Welche Position möchtest du unbedingt in einem SPD-Regierungsprogramm sehen?

» **S.R.:** Komplette Gebührenfreiheit sämtlicher Betreuungs- und Bildungseinrichtungen, Einführung der „Bürgerversicherung“ nebst Abschaffung der Beitragsbemessungs-

grenzen und Abschaffung des Ehegattensplittings bzw. Einführung der Individualbesteuerung mit Anhebung des Spitzensteuersatzes und Einführung einer Vermögenssteuer.

**spw:** Sonja, vielen Dank für das Gespräch.

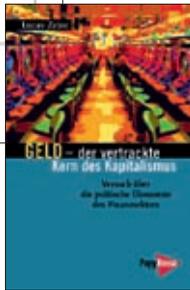
↳ Das Interview führte Alexandra Kramm.

### ■ [www.arbeiterkind.de](http://www.arbeiterkind.de)

Die Initiative ArbeiterKind.de ermutigt SchülerInnen nicht-akademischer Herkunft zum Studium und unterstützt sie auf ihrem Weg zum erfolgreichen Studienabschluss. Wer selbst aus einer nicht-akademischen Familie stammt und trotzdem studiert hat, weiß, dass nicht Geld eine Rolle spielt, sondern die eigentliche Benachteiligung vor allem in einem großen Informationsdefizit besteht.

Die seit Mai 2008 bestehende Initiative ArbeiterKind.de zielt darauf ab, dieses Informationsdefizit zu beheben und SchülerInnen aus nicht-akademischen Herkunftsfamilien zum Studieren zu ermutigen. Auf ArbeiterKind.de können sich die SchülerInnen über die Vorteile eines Studiums und die Berufsperspektiven für AkademikerInnen informieren. Außerdem werden verschiedene Möglichkeiten aufgezeigt, wie sich ein Studium finanzieren lässt. Das Portal bietet zudem hilfreiche Informationen darüber, wie man wissenschaftlich arbeitet, im Ausland studieren kann, sich um Praktika bewirbt und schließlich erfolgreich das Examen (Bachelor, Master, Magister, Diplom...?) meistert. Über das Internetportal hinaus wird ein bundesweites Netzwerk von MentorInnen aufgebaut.

## Leser/in werden – Prämie wählen!



### Prämienpaket 1

Post-Neoliberalismus?  
Ulrich Brand  
224 Seiten; € 13,80

Arbeit, Kapital und Staat  
Heinz J. Bontrup  
649 Seiten; € 28,00

### Prämienpaket 2

Wohlfahrtsstaatlichkeit und Geschlechterverhältnisse aus feministischer Perspektive  
Regina-Maria Dackweiler / Reinhild Schäfer (Hrsg.)  
248 Seiten; € 27,90

Geld – der vertrackte Kern des Kapitalismus  
Lucas Zeise  
192 Seiten; € 12,90

### Prämienpaket 3

VielfachKrise  
Alex Demirović / Julia Dück / Florian Becker / Pauline Bader (Hrsg.)  
232 Seiten; € 16,80

Politische Ökonomie des Sozialstaats  
Heiner Ganßmann  
229 Seiten; € 19,90

## Neue Abonnenten/innen erhalten eine Buchprämie als Geschenk

- Ich möchte ein **spw**-Probeheft!
  - Ich abonniere **spw** für mindestens zwölf Monate ab Heft: \_\_\_\_\_
    - Normal-Abo (39,00 € Inland, inkl. Versand; 37,00 € bei Bankeinzug)
    - Auslands-Abo (42,00 € inkl. Versand)
- Mein Prämienpaket:  1  2  3

Die **spw** geht an:

Name, Vorname \_\_\_\_\_

Straße, Nr. \_\_\_\_\_

PLZ, Ort \_\_\_\_\_

Telefon \_\_\_\_\_

E-Mail \_\_\_\_\_

Datum, Unterschrift \_\_\_\_\_

- Ich wünsche Bankeinzug:

Geldinstitut \_\_\_\_\_ Bankleitzahl \_\_\_\_\_

Konto-Nr. \_\_\_\_\_

Datum, Unterschrift \_\_\_\_\_

- Ich zahle per Rechnung. Die Rechnung geht an:

Name, Vorname \_\_\_\_\_

Straße, Nr. \_\_\_\_\_

PLZ, Ort \_\_\_\_\_

Datum, Unterschrift \_\_\_\_\_

- Ich möchte regelmäßig mit dem **spw** E-Mail-Newsletter informiert werden.

spw erscheint mit sechs Heften im Jahr bei einem Gesamtumfang von ca. 432 Seiten. Die Kündigung des Abonnements ist unter Einhaltung einer dreimonatigen Frist nur zum Jahresende möglich.

Ihr Postbote ist Ihr Experte für den *E-POSTBRIEF*.

# Wir bringen die Post. Und alle Infos zum ***E-POSTBRIEF***.



*„Ich wähle meinen  
Postboten zum  
E-POSTEXPERTEN 2011.“*

*Und zwar so: einfach auf  
www.epost.de kostenlos  
registrieren und Aktionscode  
aus der Broschüre eingeben.*



Jetzt kostenlos registrieren unter:  
**www.epost.de**

Ihr Postbote ist Ihr Experte für den *E-POSTBRIEF*®. Jetzt ist erstmals sichere und vertrauliche Kommunikation im Internet möglich. Ihr elektronischer Briefkasten ist die perfekte Ergänzung zu Ihrem Hausbriefkasten. Besitzt der Empfänger noch keine *E-POSTBRIEF* Adresse, drucken wir Ihre Mitteilung vertraulich aus und stellen sie wie gewohnt zu. Dabei ist der *E-POSTBRIEF* nicht nur genauso sicher wie ein Brief, sondern auch genauso günstig. Es entstehen keine Grundgebühren und die Registrierung sowie der Empfang von *E-POSTBRIEF*EN sind völlig kostenlos. Sichern Sie sich jetzt ganz leicht den Zugang zum E-Postnetz auf [www.epost.de](http://www.epost.de). Noch Fragen? Antworten ab jetzt auch an Ihrer Haustür.

Deutsche Post 

Die Post für Deutschland.